

# *Stenografischer Bericht*

## **2. Sitzung des Landtages Steiermark**

---

XIX. Gesetzgebungsperiode 21. Jänner 2025

Beginn: 10.00 Uhr

Entschuldigt: KO LTAbg. Schwarz

### **AN. Einl.Zahl 146/1**

Freier Tagesordnungspunkt (Landtag)

Betreff: *Angelobung von Abgeordneten*

Wortmeldung: LTAbg. Mag.(FH) Kroismayr-Baier (60)

### **B1. Einl.Zahl 166/1**

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Bekanntnis zur Klima- und Energiestrategie 2030+*

Frage: KO LTAbg. Krautwaschl (62)

Beantwortung der Frage: Landeshauptmann Kunasek (63)

Zusatzfrage: KO LTAbg. Krautwaschl (64)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmann Kunasek (65)

### **B2. Einl.Zahl 170/1**

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Steirische Gemeinden unterstützen – Landesumlage aussetzen*

Frage: KO LTAbg. Swatek, BSc (66)

Beantwortung der Frage: Landeshauptmann Kunasek (66)

Zusatzfrage: KO LTAbg. Swatek, BSc (68)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmann Kunasek (69)

**D1. Einl.Zahl 171/1**

Dringliche Anfrage der SPÖ an Landesrat Dr. Kornhäusl

Betreff: *Akutambulanzen in vollem Umfang erhalten - Steirer:innen fordern ihre Gesundheitssicherheit zurück*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Lercher (102)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Dr. Kornhäusl (107)

Wortmeldungen: KO LTAbg. Krautwaschl (120), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (124), LTAbg. Mag.(FH) Hofer (127), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (130), LTAbg. Reif (130), LTAbg. Lercher (133), LTAbg. Mag. Dr. Holasek (135), KO LTAbg. Triller BA MSc (137), LTAbg. Izzo (139)

Beschlussfassung: (142)

**M.**

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: Mitteilungen gem. § 39 GeoLT

**RZ. Einl.Zahl 147/1**

Freier Tagesordnungspunkt (Landtag)

Betreff: *Redezeitentabelle gem. § 57 GeoLT*

**1. Einl.Zahl 13/2**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Verfassung

Betreff: *42. und 43. Bericht der Volksanwaltschaft an den Landtag Steiermark (2022-2023)*

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Schoeller (70), LTAbg. Zenz (72), KO LTAbg. Krautwaschl (75), LTAbg. Nitsche MBA (77), LTAbg. Melinz, Bakk. Phil. (78), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (81), LTAbg. Könighofer (84), LTAbg. Stroißnig (86), LTAbg. Könighofer (87), Landesrat Mag. Amesbauer BA (89)

Beschlussfassung: (90)

**2. Einl.Zahl 122/2**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Finanzen

Betreff: *Änderungen der Budgetstruktur im Budgetprovisorium Steiermark 2025*

Beschlussfassung: (101)

**3. Einl.Zahl 11/2**

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes (Reihe Einkommen 2024/1); Allgemeiner Einkommensbericht 2024*

Wortmeldungen: LTAAbg. Nitsche MBA (91), Dritte Präsidentin Ahrer (94) LTAAbg. Eisel-Eiselsberg (96), LTAAbg. Günter Wagner (97), LTAAbg. Reif (98), LTAAbg Kaufmann MMSc BA. (100)

Beschlussfassung: (102)

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Hohes Haus! Es findet heute die zweite Sitzung des Landtages Steiermark in der XIX. Gesetzgebungsperiode statt. Ich wünsche Ihnen und allen einen guten Start in das neue Jahr, begleitet von viel Erfolg und vor allem Gesundheit für das Jahr 2025! Nachdem dies heute die erste inhaltliche Sitzung ist, wünsche ich uns allen auch eine erfolgreiche Gesetzgebungsperiode zum Wohle unseres Bundeslandes und seiner Bewohner. Mit dem Auftrag, die Steiermark weiter voranzubringen erwarte ich mir, dass wir alle mit diesem gemeinsamen Ziel vor Augen in die kommenden 5 Jahre starten. Darauf werde ich als Landtagspräsident besonderes Augenmerk legen und im Sinne meiner überparteilichen Vorsitzführung stets auf eine respektvolle, steirische Debattenkultur achten. Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreter der Medien sowie alle Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mario Kunasek an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist heute unser Klubobmann LTAAbg. Johannes Schwarz.

Ich komme zur Tagesordnung. Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Ich ersuche gemäß § 55 Abs. 1 GeoLT um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Wir kommen zur Angelobung von Abgeordneten:

Die Landeswahlbehörde hat gemäß § 7a Abs. 1 GeoLT mitgeteilt, dass

- mit Schreiben vom 19. Dezember 2024 LTAbsg. Albert Royer und
- mit Schreiben vom 20. Dezember 2024 LH Mario Kunasek und LR Mag. Stefan Hermann sowie
- mit Schreiben vom 10. Jänner 2025 LR<sup>in</sup> MMag.<sup>a</sup> Barbara Eibinger-Miedl, LR Dr. Karlheinz Kornhäusl, LR<sup>in</sup> Simone Schmiedbauer und LH-Stv.<sup>in</sup> Manuela Khom

ihre Mandate als Abgeordnete zum Landtag Steiermark zurückgelegt haben.

Für die Nachbesetzung wurden von der Wahlbehörde folgende Personen als Mitglieder in den Landtag berufen:

Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Sandra Holasek

Cornelia Izzo

Martina Kaufmann, MMSc B.A.

Markus Konrad

Robert Mörth

Alexander Putzenbacher

Johannes Wieser

Die Genannten sind heute erschienen und können die gem. Art. 13 Abs. 3 L-VG in Verbindung mit § 7 Abs. 2 GeoLT vorgeschriebene Angelobung leisten.

Ich ersuche daher die Schriftführerin, Frau LTAbsg. Mag.<sup>a</sup> (FH) Eva-Maria Kroismayr-Baier zum Redepult zu kommen und die Angelobungsformel zu verlesen, worauf nach namentlichem Aufruf die genannten Damen und Herrn Abgeordneten mit den Worten „Ich gelobe“ die Angelobung zu leisten haben.

Geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus, ich darf Sie hierzu ersuchen, sich von den Plätzen zu erheben. Bitte, Frau Abgeordnete.

Mag.(FH) Eva-Maria Kroismayr-Baier – FPÖ (10.03 Uhr): Geschätzte Damen und Herren, die Angelobungsformel lautet wie folgt. „Ich gelobe unverbrüchliche Treue zur Republik Österreich und zum Lande Steiermark. Dann stete und volle Beachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung der Pflichten.

Mag. Dr. Sandra Holasek. Ich gelobe. So wahr mir Gott helfe.

Cornelia Izzo: Ich gelobe. So wahr mir Gott helfe.

Martina Kaufmann, MMSc B.A.: Ich gelobe.

Markus Konrad: Ich gelobe.

Johannes Wieser: Ich gelobe.

Alexander Putzenbacher. Ich gelobe.

*(Allgemeiner Applaus – 10.03 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann 10:04 Uhr: Danke, Frau Abgeordnete. Ich begrüße Sie sehr herzlich als neue Abgeordnete sowie die wiederkehrenden Damen und Herren Abgeordneten im Hohen Haus und darf Sie einladen, Ihre Sitzplätze einzunehmen. Wir kommen zu Befragungen von Mitgliedern der Landesregierung. Ich teile dem Hohen Haus mit, dass zwei Anfragen gemäß § 69 der Geschäftsordnung eingebracht wurden. In diesem Zusammenhang darf ich die Fragestellerin bzw. den Fragesteller als auch das beantwortende Mitglied der Landesregierung um die gebotene Kürze ersuchen. Gemäß § 69 ist beim Aufruf der gegenständlichen Tagesordnungspunkte die Frage mündlich zu wiederholen. In Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz werde ich lediglich eine kurze, präzise und auf die Fragestellung hinführende Begründung in einem maximalen Ausmaß von zwei Minuten zulassen. Gemäß § 69 hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt und soll ein Ausmaß von fünf Minuten nicht übersteigen. Nach Beantwortung der Frage kann die Fragestellerin bzw. der Fragesteller eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Diese darf nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und muss mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Über die Beantwortung der Anfragen finden keine Wechselreden statt. Bevor wir zu dieser kommen, möchte ich festhalten, dass wir einvernehmlich in der Präsidiale festgestellt haben, dass hinkünftig alle Befragungen direkt an die jeweilig zuständigen Regierungsmitglieder zu richten sind. Dieses wird über die Landtagsdirektion im Vorfeld abgestimmt und mit den Klubobleuten behandelt. Ich komme

nun zur Behandlung der ersten Befragung mit der Einlagezahl 166/1. Am Donnerstag, den 16. Jänner 2025, wurde von Frau Klubobfrau Landtagsabgeordneter Sandra Krautwaschl, namens des Landtagsklubs der Grünen, eine Anfrage an Herrn Landeshauptmann Mario Kunasek betreffend „Bekenntnis zur Klima- und Energiestrategie 2030“ eingebracht. Ich ersuche die Fragestellerin, Frau Klubobfrau Landtagsabgeordnete Sandra Krautwaschl, die Frage mündlich am Rednerpult zu stellen.

**KO LTAbsg. Krautwaschl – Grüne (10:06 Uhr):** Danke, Herr Präsident, werte Medienvertreter, Zuhörende, Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Landeshauptmann!

Wir haben ja gerade am Beispiel der Volksbefragung gegen Windkraft in Kärnten auf erschreckende Weise erlebt, wie ein rückwärtsgewandter, von Fehlinformationen und geschürten Ängsten getriebener Diskurs eine sichere und unabhängige Energieversorgung eines Landes gefährden kann. Und in der Steiermark ist so etwas Ähnliches auch auf Basis der Zahlen im Regierungsprogramm zu befürchten, auch ohne irgendein konkretes Windkraftverbot, weil diese Zahlen im Regierungsprogramm mit einem zusätzlichen Ausbau von 400 Megawatt Windkraft bis 2030 eindeutig unter den in der Klima- und Energiestrategie beschlossenen Zielwerten sind. Und deswegen müssen wir uns schon ganz ernsthaft fragen, ob diese Landesregierung, die neue Landesregierung, sich eigentlich überhaupt noch zu diesen Zielen bekennt. Und diese Ziele sind kein Selbstzweck. Sie sind notwendig für die unabhängige Energieversorgung unseres Landes. Sie sind notwendig für sichere Arbeitsplätze der Zukunft. Das wissen wir, hat der ehemalige Herr Landeshauptmann Drexler oft betont, wie viele Arbeitsplätze auch durch den Ausbau erneuerbarer Energien gesichert werden und wie die Industrie auch davon abhängig ist. Und sie sind ganz wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Und in letzter Konsequenz sind diese Ziele natürlich auch wichtig, um gerade in angespannten Budget-Situationen, wie wir sie jetzt haben, unglaubliche Folgekosten durch Klimaschäden in Zukunft hintanzuhalten. Und deswegen ist es, glaube ich, sehr angebracht, auch den neuen Landeshauptmann in seiner Gesamtverantwortung für dieses Land zu befragen. Und deswegen stelle ich hiermit die konkrete Frage: Bekennt sich die Landesregierung zum Ausmaß des Ausbaus der Windkraft, wie er in der Klima- und Energiestrategie 2030 vorgesehen ist? Ich bitte um Beantwortung.  
(Beifall bei den Grünen – 10.13 Uhr)

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Ich bitte Herrn Landeshauptmann Mario Kunasek um die Beantwortung.

---

**Landeshauptmann Kunasek - FPÖ (10.09 Uhr):** Ja, herzlichen Dank, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, werte Zuhörer hier im Saale und auch im Livestream!

Frau Klubobfrau, im Regelfall weiß ich, beginnt man solche Beantwortungen oft mit dem Satz, ich bedanke mich für die Frage, um dann sozusagen einbegleitend einiges sagen zu können. Ich würde jetzt die Unwahrheit sagen, wenn ich sage, ich bedanke mich für die Frage, weil Sie wissen und Sie haben es ja auch angedeutet mit dem Beisatz in der Gesamtverantwortung des Landeshauptmannes, dass ich an sich nicht das zuständige Regierungsmitglied für die Beantwortung dieser Frage bin, aber ich komme dem Wunsch natürlich gerne nach und werde hier einiges noch einmal verdeutlichen und vielleicht auch konkretisieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. Bitte aber auch das, was der Herr Präsident bereits eingangs gesagt hat, hinkünftig auch ernst zu nehmen, dass wir uns an Regeln halten, die auch für Sie, meine sehr geehrten Damen und Abgeordnete, adäquat sind, um auch Antworten zu erhalten, nämlich von den fachlich auch zuständigen Regierungsmitgliedern, die wahrscheinlich in der einen oder anderen Frage fundierter Auskunft geben können, vor allen Dingen dann, wenn es in die Materie geht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Klubobfrau, vielleicht zu Beginn eine Anmerkung, weil Sie auch die Volksabstimmung in Kärnten hier angesprochen haben. Ich maße mir nicht an, diese zu beurteilen, hier aus der Steiermark heraus. Aber ich kann eines schon auch sagen, dass wir gut daran täten, dass wir, wenn wir demokratische Ergebnisse von Abstimmungen ernst nehmen und auch in den politischen Diskurs einfließen lassen, das sei nur zu Beginn angemerkt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Klubobfrau, Sie wissen, dass im Regierungsprogramm der Freiheitlichen Partei und der Volkspartei dem Thema der erneuerbaren Energiequellen sehr breiter Raum eingeräumt wird. Und ich verstehe schon auch, dass für Sie, und eines der Kernthemen ist eben auch diese Frage für die Grünen, hier ganz besonders auch Wert gelegt wird, hier vielleicht zu konkretisieren. Und ich werde versuchen, das auch zu tun. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe auch in meiner Zeit als Oppositionsabgeordneter immer wieder angeführt, dass ich der Meinung bin, dass wir im Bereich der erneuerbaren Energien in der Steiermark auf einem sehr guten Wege sind. Das habe ich bei vielen Diskussionen getan, auch öffentlich. Ich möchte hier die Photovoltaik ansprechen, die Windkraft, die Wasserkraft, die Biomasse, selbstverständlich auch die Geothermie. Und auch das Thema der Versorgungssicherheit, gerade in Zeiten wie diesen, ist für die Steiermark von essentieller Bedeutung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit

---

man auch wieder das Thema in das richtige Licht auch rückt und hier auch entsprechend Fakten gelten lässt. Ja, die Steiermark ist hinter Niederösterreich und Burgenland auf Platz 3, was das Thema Windkraft betrifft. Das heißt, wir sind hier auf einem sehr, sehr guten, und auch, wenn Sie das Regierungsprogramm lesen, ambitionierten Weg. Weil Sie wissen, dass wir uns vornehmen, bis 2030 400 Megawatt hier auch entsprechend sicherzustellen. Das ist ambitioniert und das wird auch seitens der Landesregierung selbstverständlich von allen, die hier anwesend sind, entsprechend mitgetragen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und auf Ihre konkrete Frage, wie es nun mit dieser Klima- und Energiestrategie Steiermark 2030 plus, etwas sperrige Bezeichnung, jetzt auch weitergeht, dann ist klar für uns, ja, diese Strategie wurde im letzten Jahr auch beschlossen. Damit hat sie auch selbstverständlich Gültigkeit, nämlich so lange, bis eine etwaige Neue entsteht. Das ist zwar nicht im Plan, aber meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade vor dem Hintergrund der neuen Entwicklungen, auch weltweiten Entwicklungen, wir haben gestern die Amtseinführung vom Präsidenten Trump in Amerika erlebt, auch die Frage, wie geht der Green Deal auf der europäischen Ebene weiter, ist es klar und richtig und auch wichtig, dass man diese Beurteilungsgrundlagen immer wieder auch bewertet und dann auch die richtigen Ableitungen für die Steiermark trifft. Das heißt, ja, sie hat Gültigkeit und ja, wir bekennen uns auch dazu, solange, bis es neue Überlegungen gibt und wir werden sie selbstverständlich, sollte dies irgendwann einmal der Fall sein, entsprechend auch in diese Überlegungen mit einbauen und hier auch auf ihre Expertise zurückgreifen. Ich bedanke mich. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 10.12. Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Geschätzter Herr Landeshauptmann. Ich bedanke mich für die Beantwortung dieser Befragung. Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte sehr Vielen Dank.

**KO LTabg. Krautwaschl – Grüne (10.13 Uhr):** Vielen Dank, Herr Landeshauptmann, für die Beantwortung und auch das prinzipielle Bekenntnis. Es mag Ihnen ambitioniert erscheinen, aber ich habe Ihnen hier aus der Klima- und Energiestrategie mitgebracht, wie viel mehr Bedarf an Strom hier prognostiziert wird bis 2050, und das ist mit diesem Ausbauziel nicht abgedeckt. Deswegen stellt sich mir die Frage, wie will die Landesregierung sicherstellen will, dass auch künftig genug Strom, vor allem für Industrie und Verkehr, das sind die größten Verbraucher von Strom in Zukunft, zur Verfügung gestellt werden kann? *(Beifall bei den Grünen 10.13 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Frau Abgeordnete. Bitte, Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Kunasek – FPÖ:** Ja, sehr geehrte Frau Klubobfrau, auch hier eine ganz kurze und knappe Antwort. Sie können davon ausgehen, dass es von höchstem Interesse ist, dass natürlich selbstverständlich die Versorgungssicherheit in der Steiermark gewährleistet ist, dass auch das ein laufender Prozess ist, wissen Sie natürlich auch. Und eines darf ich hier vielleicht auch noch anmerken, als Landeshauptmann der Steiermark und der Steiermärkische Landesregierung sind wir auch verantwortlich dafür, zum einen Energie, leistbare Energie für die Industrie und für die Wirtschaft auch in Zukunft zu haben, und ich sage das auch persönlich als Landeshauptmann der Steiermark, weitere Belastungen für die Steirerinnen und Steirer aus klimapolitischen Überlegungen lehne ich ab. Und eines möchte ich hier auch noch anmerken, weil hier so getan wird, als ob hier diese Landesregierung im Bereich der erneuerbaren Energie zu wenig tut oder hier die Windkraft vernachlässigt. Wir haben uns einmal angesehen, nur für Sie vielleicht auch zur Information, Frau Klubobfrau, wie das denn so in Ländern aussieht, wo die Grünen Regierungsverantwortung getragen haben über sehr lange Zeit, weil auch das gilt es zu bewerten. Und da ist mir Tirol eingefallen, wo Sie ja lange auch mitregiert haben, wo es auch Windkraftpotenzialstudien gibt, die hier von 160 möglichen Windkraftanlagen in Tirol sprechen. Und jetzt frage ich einmal so in die Runde, ob Sie wissen, wie viele Windkraftanlagen tatsächlich dann in Tirol unter grüner Federführung zur Umsetzung gelangt sind. Sie wissen die Antwort eh, es sind null. Von dieser Seite her, glaube ich, sind wir auf der Steiermark auf einem guten Weg. Ich bedanke mich dennoch für die Anfrage. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 10.15 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Herr Landeshauptmann, für die Beantwortung dieser Zusatzfrage. Bevor ich zur nächsten Befragung komme, begrüße ich den Herrn Abgeordneten außer Dienst Wolfgang Kasic sehr herzlich in unserem Hause. *(Allgemeiner Beifall)* Kommen wir nun zur Behandlung der zweiten Befragung mit der Einlagezahl 170/1. Am Freitag, dem 17. Jänner 2025, wurde von Herrn Klubobmann Landtagsabgeordneten Nikolaus Swatek namens des Landtagsklubs der NEOS eine Anfrage an Herrn Landeshauptmann Mario Kunasek betreffend „Steirische Gemeinden unterstützen - Landesumlage aussetzen“ eingebracht. Ich ersuche den Fragesteller, Herrn Klubobmann Swatek, die Frage mündlich am Rednerpult vorzulesen.

**KO LTabg. Swatek, BSc – NEOS (10.17 Uhr):** Vielen Dank Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

So schlimm war es noch nie. Mit diesen Worten beschreibt der steirische Gemeindebundpräsident Erwin Dirnberger die prekäre finanzielle Lage der steirischen Gemeinden. Etwa zwei Drittel der steirischen Gemeinden hatte 2024 schon große Probleme, ihre Finanzen im Griff zu behalten. Die Situation verschlechtert sich in diesem Jahr. Viele Gemeinden sind nicht mehr in der Lage dazu, mit ihren Einnahmen ihre Ausgaben zu decken. Die Situation ist also alarmierend, denn Gemeinden sind der Ort, an dem Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger direkt erbracht werden. Wenn diese finanziell ausbluten, trifft es vor allem die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar, bei der Kinderbetreuung, bei der Pflege oder bei der Infrastruktur. Es ist höchste Zeit also, dass wir die finanzielle Belastung der Gemeinden reduzieren, um ihnen endlich wieder auch Spielräume zu geben und ihr finanzielles Überleben auch zu sichern. Ein Grund für diese prekäre finanzielle Lage ist auch die Landesumlage, ein Relikt aus der Nachkriegszeit. Dabei landet Geld, das eigentlich im Finanzausgleich für die Gemeinden gedacht ist, beim Land Steiermark. Und dann kommt das Land Steiermark oft mit Förderungen, verteilt dieses Geld wieder kompliziert zurück. Also eigentlich kein moderner Finanzausgleich, sondern eher ein bürokratisches Hütchenspiel. Diese Landesumlage war schon oft hier auch im Landtag Thema und auch die FPÖ hat Anträge unterstützt, diese Landesumlage abzuschaffen, oder auch selbst Anträge eingebracht, um diese Landesumlage abzuschaffen. Jetzt hier in diesem Landtag würde es die Mehrheit dafür geben, unsere Gemeinden finanziell zu entlasten. Und daher meine Frage an Sie, Herr Landeshauptmann: „Werden Sie die Einhebung der Landesumlage bis auf Weiteres aussetzen und dadurch den angespannten finanziellen Spielraum der steirischen Gemeinden und der Landeshauptstadt Graz zu erweitern?“ *(Beifall bei den NEOS – 10.18 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Herr Landeshauptmann, Ich bitte um Beantwortung dieser Frage.

**Landeshauptmann Kunasek - FPÖ (10.19 Uhr):** Ja, herzlichen Dank, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren Zuseher hier im Saal und im Livestream!

Herr Klubobmann, es gilt in Wahrheit als Einbegleitung jetzt das Gleiche, wie für die Frau Klubobfrau gegolten hat. Sie wissen, dass die Zuständigkeit hier nicht beim

---

Landeshauptmann liegt. Dennoch werde ich auch hier noch einmal die Position auch der Landesregierung und auch meine persönliche Sichtweise gerne auch kundtun und versuchen, zumindest ansatzweise Ihre Frage so zu beantworten, dass es dann auch im Sinne der Abgeordneten ist. Ich möchte aber noch einmal hier feststellen, und Sie wissen, ich war lange Zeit Abgeordneter und habe vom Interpellationsrecht oft Gebrauch gemacht. Ich bitte wirklich, hinkünftig auch für die Qualität der Beantwortung die zuständigen Regierungsmitglieder zu befragen. Und Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das nicht ich bin, sondern in diesem Fall meine Stellvertreterin Manuela Khom. Und deshalb bitte ich hier auch um Verständnis, dass die Antwort etwas kürzer ausfallen wird. Aber, Herr Klubobmann, ja, Sie haben recht, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle wissen, die Gemeinden sind in einer sehr schwierigen Situation, das nicht erst seit heute oder seit der Angelobung dieser Landesregierung, sondern schon einige Zeit davor. Aber nicht nur die Gemeinden sind in einer sehr schwierigen Situation, auch das Land Steiermark hat im Zuge des Kassasturzes festgestellt, dass der Finanzierungssaldo mehr als doppelt so hoch ist, als ursprünglich angenommen. Und ja, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, auch auf Bundesebene hat sich dann das eine oder andere noch im Bereich des Budgets aufgetan, wo man heute auch natürlich im Zuge der Verhandlungen versuchen muss, das bestmöglich zu kompensieren. Ich glaube, ich spreche für die gesamte Landesregierung und auch für viele hier im Hause. Wir bekennen uns zu unseren steirischen Gemeinden. Schlichtweg deshalb, weil sie viele Aufgaben auch wahrnehmen. Es sind auch Bürgermeister da, es sind auch Gemeinderäte, viele von ihnen sind auch in den Gemeinderäten tätig. Sie wissen um die Aufgabenvielfalt, sie wissen um die Herausforderungen und deshalb liegt es auf der Hand und ist politische Notwendigkeit, die Gemeinden bestmöglich auch in schwierigen Zeiten zu unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ, ÖVP und den NEOS)* Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, und da bedanke ich mich auch beim Koalitionspartner und bei vielen Abgeordneten, auch von Nichtregierungsfraktionen, war es hier eigentlich im Hause immer außer Streit gestellt, dass wir diesen gemeinsamen Kurs auch für unsere Gemeinden gehen, wenngleich auch das ein Prozess sein wird, nämlich diese Unterstützung und Aufgabenreform, die wir hier auch andenken müssen, die uns allen auch entsprechend politischen Weitblick abverlangen wird. Wir wissen auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass der Finanzausgleich, nennen wir es einmal suboptimal für die Steiermark, in der Vergangenheit auch ausgestaltet ist oder wurde. Und deshalb ist es auch natürlich meine und unsere Aufgabe, hier auch ganz klar Richtung Bundesregierung zu

kommunizieren, dass wir als Steiermark nicht benachteiligt sein wollen. Und hier sehe ich mich auch in bester Gesellschaft mit meinem und unserem Koalitionspartner, weil wir hier auch sehr vertrauensvoll in die gleiche Richtung auch denken und arbeiten werden. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, dass wenn wir dieses Thema ernst nehmen, man auch sagen muss, und ja, Herr Klubobmann, ob man es stimmt, natürlich hat sich im letzten Jahr die Situation vielleicht noch anders dargestellt, kann mich auch erinnern, vielleicht noch ganz kurz, wo die Freiheitliche Partei auch das Aussetzen der Landesumlage gefordert hat, nämlich in einer sehr, sehr schwierigen und kritischen Zeit für uns alle, nämlich im Zuge der Corona-Pandemie, wo der heutige Landesrat Herrmann als Gemeindesprecher diesen Antrag auch gestellt hat. Warum erzähle ich das? Weil sich die Lage, um das militärisch auszudrücken, immer wieder verändert und neue Lagebeurteilungen auch notwendig macht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können sich darauf verlassen, dass wir die Gemeinden nicht im Stich lassen. Ich bedanke mich jetzt schon auch für die vielen, vielen Diskussionen, die noch folgen werden, nicht nur hier im Plenum des Landtags, sondern vor allen Dingen auch in den Besprechungszimmern der Landesregierung, damit wir diese große Aufgabe stemmen. Und Sie können sich darauf verlassen, dass diese Landesregierung alles daran setzen wird, die vielfältigen Aufgaben der Gemeinden auch bestmöglich in Zukunft zu unterstützen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP 10.22 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Ich bedanke mich für die Beantwortung. Und ich sehe, es gibt eine Zusatzfrage.

**KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (10.23 Uhr):** Vielen Dank, Herr Landeshauptmann. Vielen Dank, Herr Landtagspräsident!

Ich muss eine Sache vielleicht kurz ansprechen. Es wundert hier in den Reihen die Abgeordneten schon, dass ausgerechnet Sie, Herr Landeshauptmann, als erster Freiheitlicher Landeshauptmann, das Recht der Abgeordneten, hier Befragungen zu stellen, auch einschränken wollen. Ich darf Sie nur daran erinnern, dass Sie vor wenigen Monaten, vor drei Monaten erst als Klubobmann der FPÖ den Landeshauptmann Drexler zur Sozialunterstützung befragt haben, obwohl das auch nicht in seinem Ressort lag. *(Beifall bei den NEOS und den Grünen)* Dann meine Frage zum Thema.

*1. Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:* „Herr Abgeordneter, kommen Sie zur Zusatzfrage und halten Sie keine Rede.“

Wenn Sie mich nicht aufhalten würden, dann wäre das bereits passiert. Meine Zusatzfrage wäre, Sie haben den Finanzausgleich angesprochen, der unfair für steirische Gemeinden ist, haben Sie sich im Zuge der Koalitionsgespräche bereits als Landeshauptmann mit den derzeit zu verhandelnden Parteien zwischen FPÖ und ÖVP in Kontakt gesetzt, um sicherzustellen, dass der Finanzausgleich auch in den Koalitionsgesprächen auch wirklich vorkommt? *(Beifall bei den NEOS – 10.24 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Bitte, Herr Landeshauptmann, ich bitte um die Beantwortung.

**Landeshauptmann Kunasek - FPÖ (10.24 Uhr):** Ja, Herr Klubobmann, herzlichen Dank! Vielleicht nur zunächst noch eine Bemerkung. Das dritte Lied sollten wir uns wieder ein bisschen vor Augen führen, damit wir die Landtagssitzungen entsprechend auch bestreiten. Noch einmal, ich will sicherlich nicht das Interpellationsrecht einschränken. Nennen wir es so, ich will die Qualität auch der Antworten steigern. Aber da haben wir dann noch Zeit, darüber vielleicht im kleineren Rahmen zu diskutieren. Und ja, selbstverständlich, Herr Klubobmann, ist es meine und unsere Aufgabe, auch im Zuge der Regierungsverhandlungen auf Bundesebene im ständigen Austausch auch mit den Verhandlern zu sein, um, und das trifft ja nicht nur die Steiermark, sondern insgesamt auch die Gemeinden in Österreich, hier entsprechend auch auf der Bundesebene zu vertreten und hier auch Lösungen zu finden. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 10.24 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Herr Landeshauptmann. Bevor ich die Befragung beende, Herr Klubobmann Swatek, Kritik an der Vorsitzführung zieht einen Ordnungsruf nach sich, ich erteile einen Ruf zur Ordnung. Damit sind die Befragungen beendet und ich fahre mit den Mitteilungen fort.

Am Freitag, den 17. - bitte um Ruhe im Plenarsaal - am Freitag, den 17. Jänner wurde von Abgeordneten der SPÖ eine Dringliche Anfrage mit der Einl.Zahl 171/1 an Herrn Landesrat Dr. Karl-Heinz Kornhäusl betreffend „Akutambulanzen im vollen Umfang erhalten - Steirer\_innen fordern ihre Gesundheitssicherheit zurück“, eingebracht. Die Behandlung der Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des § 68 nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen.

Ich gehe nun zur Tagesordnung über.

Freier Tagesordnungspunkt mit der Einlagezahl 147/1 betreffend Redezeitentabelle gemäß § 57 Geschäftsordnung Landtag. Bitte um mehr Ruhe im Plenum. Der Landtag kann nach Beratung in der Präsidentskonferenz eine Gesamtredezeit für Abgeordnete, Mitglieder des Bundesrates und des Europäischen Parlaments in Form einer Redezeitentabelle, in der abgestuft bis zu höchstens 10 Stunden Sitzungsdauer zugeteilt werden, mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschließen. Der vorliegende Vorschlag, Einl.Zahl 147/2 wurde entsprechend der gesetzlichen Vorgabe in der Präsidentskonferenz am 15. Jänner, am heutigen Tage, beraten, und gilt vorbehaltlich positiver Beschlussfassung ab der kommenden Landtagssitzung für die aktuelle Gesetzgebungsperiode. Ich ersuche um Wortmeldungen.

Ich sehe keine Wortmeldungen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag mit der Einlagezahl 147/2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe.

Dieser Antrag fand gegen die Stimme der Grünen und der KPÖ die erforderliche Mehrheit.

Tagesordnungspunkt

**1. Bericht des Ausschusses für Verfassung mit der Einlagezahl 13/2 betreffend 42. und 43. Bericht der Volksanwaltschaft an den Landtag Steiermark zum Bericht mit der Einlagezahl 13/1.**

Bei diesem Tagesordnungspunkt steht den Mitgliedern des Bundesrates gemäß § 14 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung ein Rederecht zu. Am Wort ist die Frau Abgeordnete Mag. Bettina Schöllner.

**LTAbs. Mag. Schöllner - NEOS (10.28 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Zuschauer\_innen.

Ich freue mich sehr, heute als Teil dieses Hauses zu Ihnen sprechen zu dürfen und auf die zahlreichen konstruktiven Debatten in den kommenden Jahren. Der Weg hierher war für mich nicht vorgezeichnet. Ich habe einen psychologischen, einen elementarpädagogischen und einen unternehmerischen Background. Das heißt, ich bin noch frisch in der Politik. Nachdem ich aktuell auch als Bereichsleiterin in einer psychiatrischen Rehaklinik tätig bin und in eigener Praxis, kenne ich die Herausforderungen und die Chancen im Bereich Soziales und Gesundheit sozusagen aus erster Hand. Als meinen ersten Bericht habe ich den aktuellen

Bericht der Volksanwaltschaft an den Landtag sehr genau studiert. Es ist erfreulich, dass die Volksanwaltschaft in einigen Bereichen bereits wichtige Verbesserungen sieht, wie etwa in der stationären Kinder- und Jugendhilfe, also bei Kindern und Jugendlichen, die fremduntergebracht werden müssen. Mit der wichtigen Senkung der Gruppengröße von 13 auf 9 in den Kinder- und Jugendwohngruppen wurde eine langjährige Forderung der Volksanwaltschaft umgesetzt. Von Berufskolleg\_innen weiß ich aber, dass es hier noch viele Verbesserungen der Rahmenbedingungen braucht, damit die Beschäftigten in diesen herausfordernden und enorm wichtigen Jobs nicht ausbrennen und den Job verlassen. Der Bericht zeigt aber auch den dringenden Handlungsbedarf in vielen Bereichen auf. Als ich 1996 meinen ersten Job als Kindergartenpädagogin, so hat es damals noch geheißen, begonnen habe, habe ich die Betreuung eines sechsjährigen Bubens mit Behinderung im Sommerkindergarten Graz übernommen. Nur durch das Engagement, das Entgegenkommen von vielen Personen, war es möglich, dass der Dominik damals im Sommer betreut werden konnte. Die Eltern waren damals zutiefst dankbar, dass sie auch im Sommer dem Job nachgehen konnten. Und ich habe mich damals schon darüber empört, dass die Eltern auf die Gnade Einzelner angewiesen waren und nicht einen Rechtsanspruch darauf hatten. Und ich bin ehrlich gesagt entsetzt darüber, dass haargenau die gleichen Probleme jetzt noch immer existieren, 30 Jahre später. Denn aus dem Bericht der Volksanwaltschaft geht hervor, dass sich Eltern auch 2023 und 2024 mit demselben Problem an die Volksanwaltschaft wandten. Ein Mädchen mit Trisomie 21 kann die Ferienbetreuung ihrer Volksschule, die in den ersten fünf Ferienwochen lang angeboten wird, nicht besuchen. Und das, obwohl sie gerne mit ihren Freundinnen und Freunden dort wäre, und beide Eltern auch berufstätig sind. Dadurch also, dass während der Ferienzeit aus gesetzlichen Gründen keine Assistenz gestellt wird, wird dem Mädchen die Möglichkeit auf Inklusion genommen. Und es bekommt zu spüren, was wahrscheinlich noch viel schlimmer ist, dass es anders ist und den Sommer nicht mit seinen Schulfreundinnen und -freunden verbringen kann. An diesem Beispiel sieht man, dass wir von einer inklusiven Gesellschaft leider noch sehr weit entfernt sind. Und es ist Aufgabe der Politik und vor allem der neuen Landesregierung, diese Hürden auch in den nächsten Jahren abzubauen, und allen Steirerinnen und Steirern die gleiche Chance auf Teilhabe zu ermöglichen. Inklusion darf keine Illusion bleiben. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Ein weiteres Beispiel aus dem Bericht, auf das ich abschließend eingehen möchte, und das auch im Ausschuss bereits thematisiert wurde, betrifft einen Mann mit Behinderung, der in einem Pflegeheim verstorben ist, bevor sein frühzeitig eingebrachter Antrag auf Kostenübernahme

entschieden wurde. Seine Angehörigen haben die gesamten Heimkosten von über 9.000 Euro selbst tragen müssen. Wäre der Antrag früher entschieden worden, hätte es diese finanzielle Belastung nicht gegeben. Und auch wenn das kein Szenario ist, das alltäglich vorkommt, sollte man Regelungen schaffen, um die Hinterbliebenen in diesen Fällen zu entlasten. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass der Todeszeitpunkt nicht ausschlaggebend sein kann, ob die Hinterbliebenen auf den Kosten sitzen bleiben oder nicht.

Daher möchte ich folgenden Antrag einbringen. Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Novellierung des Steiermärkischen Behindertengesetzes in die Wege zu leiten, durch die eine Kostenübernahme im Falle des Ablebens von Betroffenen während eines Zuerkennungsverfahrens geregelt wird und dem Steiermärkischen Landtag diesen Gesetzentwurf zur Beschlussfassung vorzulegen.

Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 10.32 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Frau Abgeordnete. Als Nächster am Wort ist der Abgeordnete Klaus Zenz. Danke.

**LTabg. Zenz – SPÖ (10.33 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Hause und die uns via Livestream verfolgen! Erlauben Sie mir am Beginn meiner Ausführungen einen kurzen Überblick über die Tätigkeiten und die Vorgehensweisen der Volksanwaltschaft zu geben. Einerseits, weil sie auch die Systematik und Struktur dieses Berichtes ist, der uns vorliegt. Andererseits, es gibt viele neue Gesichter in diesem Hohen Haus. Und drittens auch für jemanden wie mich, der schon länger da ist, die Bedeutung der Volksanwaltschaft in diesem Bereich natürlich auch eine große ist. Die Volksanwaltschaft ist für die Menschen in Österreich und natürlich auch in der Steiermark so etwas wie die letzte Anlaufstelle bei Problemen mit der Behörde. Wenn Sie eine Entscheidung, die gefallen wurde, nicht nachvollziehen können, keine zufriedenstellende Lösungen auf Ihre Fragen bekommen, ich schaue zu einem sehr erfahrenen Volksanwaltschaft. Und wenn es auch unzumutbare lange Wartezeiten bei etwaigen Entscheidungen gibt. Die Volksanwaltschaft kann sämtliche Vorgänge überprüfen, feststellen, ob richtig und bürgernah gehandelt wurde und auch einschätzen, ob Gesetze treffsicher sind oder sie vielleicht doch irgendwie abgeändert werden sollten. Ihre primäre Aufgabe ist, den Betroffenen zu Recht zu verhelfen. Und aufgrund der Überprüfung tausender Einzelfälle, auf

die Zahl komme ich noch, ergibt sich natürlich auch ein allgemeines Bild, das uns in diesen jährlichen Berichten auch wiedergegeben werden. Darum halte ich sie auch für sehr bedeutend, wenn sie hier im Hohen Haus behandelt werden. Nur als Beispiel, dieser Berichtszeitraum 2022, 2023 handelt von 47.000 Beschwerden. Davon sind 33.500 für die Volksanwaltschaft zuständig gewesen. Die Steiermark betrifft das mit 1.517 Fällen, wobei die inhaltlichen Schwerpunkte hier an erster Stelle Raumordnung, Wohn- und Siedlungswesen, Baurecht, wie immer, sie kennen alle die bereits seit 2002 laufende Sendung Bürgeranwalt, in der die Volksanwaltschaft jede Woche seit 2002, das wusste ich auch nicht, sozusagen ihren Bericht abgibt und diese Fälle auch behandelt. Als nächstes sind Jugendwohlfahrt und Mindestsicherung in der Steiermark tragend gewesen, Gemeindeangelegenheiten, Staatsbürgerschaftsangelegenheiten und Gesundheitswesen sind sozusagen in diesem Zusammenhang auch die Highlights. Seit dem Jahr 2012 ist die Volksanwaltschaft auch für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in der Republik Österreich zuständig. Sechs regionale Kommissionen besuchen flächendeckend und routinemäßig Justizanstalten, Polizeianstalten, Anhaltezentren, Alten- und Pflegeheime, psychiatrische Einrichtungen der Kinder- und Jugendwohlfahrt und auch Einrichtungen der Behindertenhilfe. Ein sehr spezieller Mix, wie ich denke, der hier besucht wird. Es waren österreichweit 986 Kontrollen, davon 96 in der Steiermark, 93 davon haben Einrichtungen betroffen, drei waren bei Polizeieinsätzen. Nach dieser hoffentlich nicht allzu lange gewordenen Einleitung möchte ich auf einen Bereich dieses Berichts eingehen, der im vorliegenden Bericht durchaus einen breiten und einen prominenten Platz gefunden hat. Das ist die Kinder- und Jugendwohlfahrt. Meine Vorrednerin hat es bereits angesprochen. 1686 Kinder in der Steiermark sind fremduntergebracht. Das heißt, es sind hier besondere Fälle, das wären in der Statistik von 8,2 minderjährigen Kindern auf 1.000 Einwohner. Das sind natürlich alles spezielle Fälle und auf die genauen Punkte möchte ich hier auch nicht eingehen. Das bedeutet, dass die Steiermark bei diesen Fremdunterbringungen im österreichweiten Mittelfeld liegt. Zusätzlich gibt es einen Hall. (*Unterbrechung*)

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Herr Abgeordneter, bitte um kurze Pause. Es wird wahrscheinlich das Mikrofon etwas lauter gedreht, weil man versteht dich kaum. Und ich denke, dass dieser Hall die Ursache ist. Aber wir arbeiten daran.

**LTabg. Zenz - SPÖ (10.38 Uhr):** Versteht man mich jetzt besser? Da habe ich eine angeschlagene Stimme heute auch noch, dann werde ich noch leise geschalten. Das heißt, die Einleitung haben Sie hoffentlich alle gehört. Jetzt bin ich also bei dem Bericht. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Du hast ja ein lautes Organ!“*) Ja, ich habe ein lautes Organ, das stimmt, Herr Landesrat. Zusätzlich gibt es in der Steiermark auch noch 7.600 Maßnahmen zur Unterstützung der Erziehung, damit ist die Steiermark an dritter Stelle dieser doch recht häufigen und sehr qualitätsvollen Erziehungshilfen, was das betrifft. Die Volksanwaltschaft merkt durchaus positiv an, dass es vor allem in der stationären Kinder- und Jugendarbeit bei den Wohngruppen, meine Vorrednerin hat das bereits angesprochen, eine positive Reduzierung der Gruppengrößen von 13 auf 9 Kinder gibt. Und vor allem auch, was den Bereich der erhöhten Betreuungsbedarfe, hier merkt die Volksanwaltschaft das Bemühen des Landes an, hier passgenaue Vorsorge zu gewährleisten, stellt aber auch klar und deutlich weiterhin fest und fordert, dass das Angebot vor allem im stationären Bereich in diesem Bereich auch weiter erweitert werden muss. Das betrifft vor allem die psychiatrische Versorgung Minderjähriger und es verweist auch in diesem Zusammenhang auf den von der Landesregierung geplanten vorliegenden Strukturplan Gesundheit 2025. Hier gilt es, das Angebot zu erweitern, wobei auch hier die Volksanwaltschaft anmerkt, dass es in Anlassfällen zusätzliche Therapieangebote und Unterstützungen auch jetzt gegeben hat. Was ebenfalls positiv festgestellt und angemerkt wird, ist das hohe Ausbildungsniveau in der Steiermark, vor allem in dem Bereich der stationären Kinder- und Jugendhilfe. 53 % sind hier qualifiziert in der Sozialpädagogik und in der Sozialarbeit, 40 % verfügen über eine ähnlich akademische Ausbildung, 6 % sind in der sozialen Grundberufung qualifiziert und nur 1 % ist in Ausbildung. Das ist bemerkenswert, erlauben Sie mir das, wenn ich das dazwischen sage, weil es in diesem Bereich wirklich nicht leicht ist, qualifiziertes Personal zu finden und eher auch ein großer Nachholbedarf an Qualifikationen besteht. Also das ist durchaus eine bemerkenswerte Zahl. Was in weiterer Folge nicht so positiv vermerkt wird, dass wir durchaus auch in diesem Bereich eine hohe Fluktuation haben, leider ein Phänomen, das wir in diesen Bereichen sehr stark haben. Zusammenfassend ist für diesen Bereich grundsätzlich ein positives Bild gegeben, das hier geschildert wird, auch mit dem Auftrag verbunden, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen, wozu auch, ich hoffe, diese Landesregierung bereit ist und es in diesem Zusammenhang auch im Sinne der Kinder und Jugendlichen, die dieses Angebot wirklich stark benötigen, auch tun wird. Abschließend noch ein Wort zu den eingebrachten Entschließen. Ich darf hier kurz sagen, den beiden grünen Anträgen werden

wir unsere Zustimmung geben. Dem KPÖ-Antrag, der die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Berufe der Kinder- und Jugendwohlfahrt fordert, werden wir auch die Zustimmung erteilen. Bei dem Antrag der NEOS glauben wir, dass bereits mit der Novelle des BHG, wo der § 19 bereits gestrichen wurde, damit die Lösung gefunden wurde, weil die Zuständigkeit liegt jetzt im Pflege- und Betreuungsgesetz. Deshalb ist dieser Antrag nicht notwendig und wird auch nicht unsere Zustimmung bekommen. Zu dem bereits bekannten Antrag der KPÖ für einen steirischen Inklusionsbeauftragten, glaube ich, dass die Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung, die auch im BHG verankert ist und gut verankert ist und qualitativ verankert ist und auch qualitativ arbeitet, und zusätzlich auch der Monitoring-Ausschuss, durch den wir uns ja auch verpflichten, weil wir haben ja alle die UN-Konvention mit unterschrieben, die richtigen Instrumente sind, und dass es dazu keines zusätzlichen Instrumentes bedarf. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ein steirisches Glückauf! *(Beifall bei der SPÖ – 10.41 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke dir, Herr Abgeordneter. Als Nächster am Wort ist die Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl.

**KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.42 Uhr):** Danke, Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben schon einen sehr guten Überblick gegeben über die grundsätzliche Ausrichtung dieses Volksanwaltsberichts. Punkt oder einen Aspekt eingehen, den die Kollegin von den NEOS schon angesprochen hat, nämlich Ferienbetreuung für Kinder mit Behinderung. Wir glauben, dass es hier wirklich relativ leicht und schnell eine Verbesserung geben könnte, zumal wir ja dankenswerterweise, hier gilt der Dank wirklich an die damals zuständigen Landesräte, also an -rätin Doris Kampus und damals noch Werner Amon, die es geschafft haben, Kinder mit Behinderung in der Bildung einmal grundsätzlich gleichzustellen, indem eben Assistenzleistungen für diese Kinder auch wirklich in der Bildung verankert sind und auch Systemumstellungen in der Art und Weise der Leistungserbringungen gemacht worden sind. Es gab dann zu Beginn logischerweise, wie immer, wenn etwas umgestellt wird, natürlich die eine oder andere Anlaufschwierigkeit. Es hat ein bisschen Unsicherheiten bei manchen gegeben zuerst. Aber was ich höre, weil Sie wissen, ich komme ja auch beruflich aus diesem Bereich, läuft das doch jetzt recht gut an und muss natürlich weiter begleitet werden. Das heißt, eine Forderung, die die Volksanwaltschaft

---

in diesem Bericht auch erhebt, nämlich dass man jetzt diese Schulassistentenleistungen in dieser Form auch evaluiert, schaut, wo muss man vielleicht noch etwas nachbessern, funktioniert das so, wie man es sich vorgestellt hat, ist das wirklich einem inklusiven Schulalltag zuträglich oder muss man vielleicht die eine oder andere Schraube noch drehen? Die ist sicher sehr sinnvoll und sollte alsbald vorgenommen werden. Was aber jetzt ganz konkret auch in unserem Entschließungsantrag formuliert ist, bezieht sich eben auf die schon genannte eindeutige Schlechterstellung von Kindern mit Behinderung, was Sommerbetreuung angeht. Und der hier geschilderte Fall ist nur einer von vielen, die ich immer wieder auch höre, wie eben Kinder mit unterschiedlichen Behinderungen immer noch exkludiert sind von dem Angebot einer Ferienbetreuung in der Schule. Und das ist natürlich nicht nur für diese Kinder eine echte Schlechterstellung, das ist vor allem auch für die Eltern ein riesiges Problem und eine Schlechterstellung, weil die ohnehin schon eine weitaus größere Belastung im normalen Alltag haben und natürlich gerade, was Urlaub angeht, und so weiter oftmals viel mehr noch gefordert sind als Eltern, deren Kinder keine sichtbare Behinderung haben. Und das heißt, wenn denen dann eine Assistenz für die Sommerbetreuung nicht ermöglicht wird oder nicht bezahlt und übernommen wird, dann heißt es, sie haben keinen Platz im Sommer und der Druck auf diese Eltern steigt noch einmal enorm. Und ich denke, das ist allen hier im Raum wahrscheinlich einsichtig, dass man hier, wenn man auch der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht werden will, relativ rasch eine Veränderung machen muss. Die Volksanwaltschaft hat das auch auf Nachfrage noch einmal betont. Sie waren dabei im Ausschuss. Und ich denke, es wäre dann nur ein logischer nächster Schritt, hier eben auch eine gesetzliche Verankerung dieses Anspruchs im steirischen Behindertengesetz sicherzustellen bzw. im Schulassistentengesetz, je nachdem, welche Materien da notwendig sind. Aber jedenfalls hier rasch in die Gänge zu kommen, damit, und es sind ja keine Unzahl an Kindern, die das betrifft, aber das sind doch viele, denen man da ganz, ganz klar helfen könnte und ihren Eltern, damit diese Kinder wirklich auch Chancengleichheit auch in den Ferien, auch an der Teilhabe an Sommerbetreuung vorfinden.

Und in diesem Sinne stelle ich folgenden Antrag. Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert:

„Eine gesetzliche Grundlage zu erarbeiten, mit der explizit klargestellt wird, dass Kinder mit Behinderung beim Besuch der Sommerschule und/oder Ferienbetreuung am Schulstandort Anspruch auf Schulassistenten haben“.

Ich bitte um Annahme dieses Antrags. *(Beifall bei den Grünen – 10.46 Uhr)*

---

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Frau Klubobfrau. Am Wort ist die Frau Abgeordnete Nitsche.

**LTabg. Nitsche, MBA - Grüne (10.47 Uhr):** Vielen Dank, Herr Präsident. Werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen!

Es wurde ja schon viel gesagt über den Bericht der Volksanwaltschaft. Und dieser widmet sich eben in einem Unterkapitel auch der Kinder- und Jugendhilfe in der Steiermark. Und ich denke, es ist irgendwie auch ein guter Zeitpunkt, die Kinder- und Jugendhilfe vielleicht allgemein im Volksanwaltschaftsbericht zu besprechen, weil der ja quasi einen Übergang zwischen zwei Gesetzgebungsperioden erfasst. Der Bericht bezieht sich ja noch auf die Jahre 2022 und 2023, und jetzt müssen wir auf Basis von dem Bericht in die Zukunft schauen, weil die Verantwortung bleibt ja, auch wenn sie eben nicht mehr in den gleichen Händen liegt. Und der neue Landesrat Amesbauer hat ja auch zugesichert, zumindest habe ich das in einem Interview gelesen, dass es keine soziale Kälte geben wird in diesem Land. Und ich denke mir, die Kinder- und Jugendhilfe ist gerade ein Bereich, wo man sehr gut hinschauen muss. Denn aus diesem Bereich hat es in der Vergangenheit sehr viele Hilferufe gegeben. Und zwar wegen der unzureichenden Versorgungssituation und eben auch dem Mangel an Fachkräften. Das war im Sommer 2022, da hat der Österreichische Dachverband der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen eine schriftliche Gefährdungsmeldung abgegeben und im November 2023 gab es eben auch ein Schreiben der Bezirkshauptfrau der BH Murtal an die damalige Landesrätin Doris Kampus. Und da ist es eben auch um die Mängel in der regulären vollen Erziehung gegangen und um die Bereitstellung von Krisenpflegediensten. Und auch der Bericht der Volksanwaltschaft zeigt tatsächlich einige Fortschritte, die auch der Klaus Zenz schon dargelegt hat. Aber er zeigt eben auch, dass es weiterhin Problemstellungen im Bereich Kinder- und Jugendhilfe gibt und zwar eben in Bezug auf die Ressourcen und eben auch besonders das Fehlen von stationären Angeboten für Kinder und Jugendliche mit besonderem Betreuungsbedarf. Es gab von der Soziallandesrätin damals noch die Zusage, dass es in der Kinder- und Jugendhilfe einen Bedarfs- und Entwicklungsplan geben wird. Der ist sich vermutlich nicht mehr ausgegangen. Möglicherweise sind aber Vorarbeiten dafür schon getroffen worden. So ein Plan, muss man natürlich sagen, ist jetzt noch keine Lösung, aber ist ein Weg dorthin. Und jetzt liegt die Verantwortung eben bei der FPÖ. Und das Arbeitsübereinkommen der aktuellen Regierungspartner sagt dazu nichts, also zu diesem Bedarfs- und Entwicklungsplan, führt aber aus, dass in der Kinder- und Jugendhilfe die hohe

Qualität beibehalten werden soll. Außerdem will man gegenüber dem Bundesgesetzgeber sich für die Herabsetzung der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre einsetzen. Und das ist etwas, was von Fachexpert\_innen unisono abgelehnt wird. Stattdessen wird eben eine Erhöhung der Mittel für präventive Jugendarbeit gefordert. Es gibt da immer wieder den Vergleich mit dem Strafrecht in der Schweiz, aber dieses Strafrecht ist ganz anders aufgesetzt. Es setzt viel mehr auf Prävention, als das österreichische Strafrecht. Anstatt eben also den Fokus auf derartig populistische Maßnahmen zu setzen, wie eben die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters, zeigt der Bericht der Volksanwaltschaft deutlich, wo die Nöte in der Kinder- und Jugendhilfe sind. Es braucht eben eine Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen sowie die Schaffung passender Angebote für Kinder und Jugendliche mit psychischen Belastungen und Traumatisierungen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert:

„Einen Bedarfs- und Entwicklungsplan für steirische Kinder- und Jugendhilfe erarbeiten zu lassen.“

Was auch wichtig anzumerken ist in dem Zusammenhang, es geht eben dabei um eine kurz-, mittel- und langfristige Planung, die ohnehin im Kinder- und Jugendhilfegesetz vorgesehen ist.

Die Landesregierung wird weiters aufgefordert, diesen dem Landtag Steiermark im laufenden Kalenderjahr vorzulegen, sowie aufbauend auf den Ergebnissen des Bedarfs- und Entwicklungsplans mehr Ressourcen für die steirische Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung zu stellen und eben damit die Situation der betroffenen Kinder und Jugendlichen tatsächlich zu verbessern.“

Ich ersuche um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 10.51 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Frau Abgeordnete. Als Nächster am Wort ist der Abgeordnete Alexander Melinz.

**LTAbg. Melinz, Bakk. phil. - KPÖ (10.52 Uhr):** Vielen Dank, Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion, der KPÖ, zu Beginn bei der Volksanwaltschaft für diesen Bericht bedanken, der ja auch für den Landtag eine sehr wichtige Unterlage ist,

---

weil er nicht nur Problemlagen aufzeigt, die im Land Steiermark vorherrschen, sondern auch immer Ansätze, Forderungen und Vorschläge mitliefert, wie man diesen Problemen beikommen kann. Ich möchte mich ja generell für die Arbeit der Volksanwaltschaft bedanken. Wir haben ja als KPÖ in unserer politischen Arbeit sehr viel mit Menschen, sehr viel mit der Bevölkerung zu tun und haben ja immer wieder Leute mit gewissen Problemen dann weiterverwiesen an die Volksanwaltschaft, wo sie in der Regel dann auch sehr gut weitergekommen sind mit ihren Anliegen. Ich möchte in meiner Wortmeldung auf ein, zwei Punkte eingehen. Genannt worden ist schon die Kinder- und Jugendhilfe, die stationäre Kinder- und Jugendhilfe, wo es ja ein paar positive Entwicklungen gegeben hat. Ich möchte die Verkleinerung der Größe der Wohngruppen nennen, wo ja von 13 auf 9 Kinder bzw. Jugendliche diese gesenkt worden ist. Gleichzeitig gibt es natürlich auch bestehende Mängel und Problemlagen, z.B. bei der sozialtherapeutischen Versorgung von Minderjährigen. Hier fehlt es einerseits an psychiatrischer Betreuung in den sozialpädagogischen Wohngruppen, andererseits sind auch sozialpsychiatrische Einrichtungen vonnöten, wo die Kinder und Jugendlichen dann betreut werden können, wenn sie von einem stationären Aufenthalt kommen. Hier gilt es seitens des Landes, seitens der Landesregierung, das Angebot zu erweitern, und es wäre auch unser Wunsch, unsere Forderung seitens der KPÖ, auch diesem Vorschlag der Volksanwaltschaft nachzukommen. Sehr wichtig sind aber auch die Rahmenbedingungen, in denen die Beschäftigten in der stationären Kinder- und Jugendhilfe arbeiten. Hier sind vor allem die Springerdienste bei der Volksanwaltschaft ins Auge gestochen, weil die Steiermark hier weit unter dem Österreichdurchschnitt arbeiten muss. Das bedeutet, dass Ausfälle, wenn Krankenstände oder andere spontane Lücken entstehen, von den Betreuungsteams selbst abgedeckt werden müssen. Das führt in weiterer Folge natürlich zu Überstunden und, wie auch die Volksanwaltschaft festhält, zu Überforderungen und im Extremfall auch zu Burnout. Damit in Verbindung steht auch, dass die Personalfuktuation in diesem Bereich sehr, sehr hoch ist. Die Volksanwaltschaft berichtet, dass 80 % der Einrichtungen in der Steiermark mit einer sehr hohen Personalfuktuation zu kämpfen haben. Sie spricht da auch von einer kritischen personellen Besetzung in diesem Bereich und dementsprechend werden auch Maßnahmen gefordert, um hier Abhilfe zu schaffen. Das betrifft natürlich eine Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen, womit nicht nur die Personalschlüssel dann verbessert werden könnten, sondern in weiterer Folge auch die Arbeitszeiten. Wir haben das ja eben bei den Springerdiensten gehört. Es gibt hier zu wenig Personal. Das bedeutet, dass eben auch in der Freizeit die Beschäftigten quasi auf Abruf sein

müssen. Das ist natürlich eine psychische Belastung und in weiterer Folge dann aber auch ein sehr hoher Arbeitsdruck, wenn eben hier Überstunden geleistet werden müssen. Insofern hoffen wir, dass es hier auch seitens der Landesregierung als Problem erkannt wird und dass es zu einer Verbesserung dieser Rahmenbedingungen kommt, damit eben die Beschäftigten bessere Bedingungen vorfinden, was sich in weiterer Folge dann auch positiv auf die zu betreuenden Kinder und Jugendlichen auswirkt. Ich möchte dann noch auf einen weiteren Punkt kurz zu sprechen kommen, der betrifft die Sozialhilfe und konkret die Verfahrensdauer bei Beantragung von Sozialunterstützung. Da hat die Volksanwaltschaft festgestellt, dass es in manchen Fällen eine sehr lange Verfahrensdauer gibt, es ist hier die BH Murtal im Jahr 2023 beispielsweise geprüft worden, und da wurde festgestellt, dass im Schnitt die Bearbeitung mehr als 60 Tage gedauert hat. Und es ist natürlich sehr, sehr lang, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass die Menschen, die eben schon um Sozialunterstützung ansuchen, dann auch im Normalfall in einer prekären finanziellen Lage sind, dass es da keine finanziellen Rücklagen im adäquaten Ausmaß gibt, und dass eine lange Wartezeit dann, wie auch die Volksanwaltschaft schreibt, im Extremfall bis hin zur Existenzgefährdung führen kann. Und deswegen hoffen wir seitens der KPÖ auch, dass das Bekenntnis, das in dem Fall noch die alte Landesregierung gegeben hat, da auch von der neuen Landesregierung aufgegriffen wird, nämlich, dass man einerseits sich sehr genau anschaut, wie lange diese Verfahrensdauern jeweils sind und andererseits auch daran arbeitet, z.B. mit personeller Unterstützung, dass die Verfahrensdauern hier möglichst kurz sind, damit die Menschen eben auch möglichst schnell dann zu ihrem Recht kommen. Den vorliegenden Entschließungsanträgen der anderen Fraktionen zu diesem Tagesordnungspunkt werden wir zustimmen und ich möchte selbst noch einen Entschließungsantrag einbringen,

nämlich der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Sozialpsychiatrische Einrichtungen für die Betreuung von Minderjährigen nach einem stationären Aufenthalt dringend zu forcieren und
2. zweitens die finanziellen Rahmenbedingungen für das qualifizierte Personal in den stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe deutlich zu verbessern, um der Personalfluktuations entgegenzuwirken.

Dankeschön. *(Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 10.56 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Herr Abgeordneter. Am Wort ist die Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

**KO LTAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (10.57 Uhr):** Danke, Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier im Saal und via Livestream!

Es wurde schon viel über den Volksanwaltschaftsbericht gesagt, ich möchte nichts wiederholen, was nicht unbedingt notwendig ist, und möchte aber auch noch einmal Danke sagen vor allem dafür, dass wir auch in der Steiermark immer wieder die Gelegenheit haben, dass die Volksanwaltschaft zu uns kommt, und wir auch im Ausschuss die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen, die wir auch beantwortet bekommen und wir diesen Volksanwaltschaftsbericht, der auch gleichzeitig für uns als Abgeordnete immer wieder eine gute Arbeitsunterlage ist, zumindest sehen wir das so, bekommen. Auch ich möchte in meiner Wortmeldung auf die Behindertenpolitik, auf die Inklusion eingehen, und möchte noch einmal festhalten, für alle, die es vielleicht nicht mehr so im Kopf haben, vor rund 17 Jahren, also 2008, hat die UN-Behindertenrechtskonvention auch von Österreich die Ratifizierung bekommen. Demzufolge hat sich auch die Steiermark verpflichtet, diese UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Wie schaut es denn in der Steiermark generell aus? Lange Zeit war die Steiermark in puncto Behindertengesetz durchaus eine Vorreiterin in Österreich. Ich kann mich erinnern, ich bin 2005 in den Landtag gekommen, und ich glaube 2004 wurde damals ein aktuelles Behindertengesetz verabschiedet, das eigentlich sehr viel Inhalte auch schon hatte zum Thema Inklusion, zum Thema Mitbestimmung. Und dann ging es weiter. 2011 kam, einige werden sich noch erinnern, die Idee, in jedem Ressort minus 25 % zu kürzen. Und damit stand natürlich auch der Behindertenbereich sozusagen im Brennpunkt. Denn es war völlig klar, wenn man hier 25 % an Geldern kürzt, dann wird der Bereich ausgedünnt werden und dann werden sehr viele Leistungen, die die Menschen in Anspruch nehmen konnten, bis dorthin nicht mehr bezahlt werden können. Und damals schon gab es auch die Forderung, Behindertenpolitik ist Querschnittsmaterie, und das ist es heute auch noch. Es ist leider nur im Sozialressort angesiedelt. Was wir uns wünschen würden und diesen Wunsch nehmen wir auf, weil wir immer wieder mit Menschen, die selbst betroffen sind oder mit deren Angehörigen oder mit Einrichtungen in Kontakt sind, die sagen, eigentlich bräuchte es über die gesamte Landesregierung hindurch dieses Thema, dass man das bei allen Entscheidungen auch mitdenkt. Was es in der Steiermark auch gegeben hat, sind mehrere

Aktionspläne, die der Landtag auch beschlossen hat, um die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Es wurde von der vorangegangenen Landesrätin für Soziales, von Doris Kampus, auch eine Partnerschaft Inklusion ins Leben gerufen. Das von der SPÖ versprochene Inklusionsgesetz, nämlich eine Novelle und Verbesserung zum aktuell gültigen Gesetz, das sind sie uns leider schuldig geblieben, aber vielleicht können wir in diese Richtung ja weiterarbeiten. Was ich sehr positiv empfinde in der Steiermark ist, und das wurde, glaube ich, schon vom Kollegen Zenz erwähnt, es gibt einen Behindertenanwalt in der Steiermark, das ist der Herr Mag. Suppan. Auch der schickt uns immer wieder Berichte und gibt Empfehlungen ab, die dann, und ich sage es wie es ist, leider nicht umgesetzt werden. Es gibt auch den Monitoring-Ausschuss, auch das wurde schon positiv erwähnt, ein unabhängiges Kontrollgremium, das die Einhaltung und die Umsetzung der Rechte der Menschen mit Behinderung begleiten soll und überprüfen soll und gleichzeitig auch Stellungnahmen und Empfehlungen an die Landesregierung, an den Landtag abgibt. Vor allem aber, und das sehe ich sehr positiv, in der Steiermark gibt es eine Menge an engagierten Selbstvertreter\_innen. Es gibt sehr viele engagierte Menschen, die in dem Bereich mit Menschen mit Behinderung arbeiten. Und es gibt auch Geschäftsführungen, die sich immer wieder auch zu Wort melden und die durchaus ein wichtiger Teil auch sind, damit wir hier als Abgeordnete, als Landtag, als Landesregierung auch unsere Arbeit machen können. Innerhalb der KPÖ ist dieses Thema schon lange ein Thema, das sehr weit nach oben auf der Prioritätenliste gerutscht ist. Wir veranstalten regelmäßig runde Tische, wo Selbstvertreter\_innen, betroffene Angehörige, Menschen, die in Einrichtungen arbeiten, zu uns kommen und uns auch durchaus sagen, wo der berühmte Schuh drückt, wo man ansetzen muss. Und sehr viele unserer parlamentarischen Initiativen kommen auch aus diesen runden Tischen, aus diesen Zusammentreffen mit den Betroffenen. Jetzt steht in diesem Volksanwaltschaftsbericht durchaus auch das Thema, und das wurde jetzt auch schon mehrmals angesprochen, der Fall, wo eben kritisiert wird, dass in einer Einrichtung für mindestens 40 Menschen mit Behinderung ausnahmslos kein Fachpersonal zur Verfügung steht für die Verabreichung von Medikamenten. Daher konnte eben, wurde auch schon erwähnt, eine motivierte junge Erwachsene, die an epileptischen Anfällen litt, eine Einrichtung für Menschen mit Behinderung, die ansonsten für sie wunderbar geeignet gewesen wäre, wegen der Gefahr ihrer Anfälle nicht besuchen. Und das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das müssen wir uns auch immer wieder ins Bewusstsein rücken, das ist ein klarer Verstoß gegen das Inklusionsprinzip der UN-

---

Behindertenrechtskonvention. Und dem sollten wir uns auch verschreiben. Denn wenn wir darüber sprechen, dass wir alle Menschen in der Steiermark, die hier leben, gleich bewerten, wenn die die gleichen Rechte und Ansprüche haben, dann sind eben Menschen mit Beeinträchtigung nicht nur mit gemeint, sondern sie sollten, soweit es ihnen möglich ist, selbstständig agieren können. Das bedeutet Inklusion. Darum war ich auch ein wenig überrascht, wie ich im Regierungsprogramm von FPÖ und ÖVP gelesen habe, dass wir hier wieder über das Behindertenwesen sprechen. Ich denke, man sollte sich durchaus auch, wenn es um Begrifflichkeiten geht, überlegen, was sage ich denn damit aus. Nicht alles, was wir in puncto Behindertenpolitik vorantreiben, ist automatisch Inklusion. Da gibt es auf der Verwaltungsebene und anderen Themenbereichen sehr viele Punkte. Aber wenn es darum geht, dass Menschen mit Beeinträchtigung mitbestimmen sollen, dann können wir auch durchaus diesen Inklusionsbegriff verwenden. Ich für meinen Fall werde das künftig weiterhin tun. Jetzt nehmen wir diesen Fall auch zum Anlass, um wieder einmal darauf hinzuweisen, dass uns etwas in der Steiermark fehlt, nämlich eine Person, die Inklusionsbeauftragte oder Inklusionsbeauftragter ist. Jetzt kann man natürlich sagen, schon wieder Personal, brauchen wir wieder jemanden zusätzlich, ich erinnere an dieser Stelle gerne daran, dass die Steiermark durchaus auch einen Mountainbike-Beauftragten installiert hat, und gehe jetzt einmal davon aus, dass uns die Mountainbiker und Mountainbikerinnen gleich viel wert sind, wie Menschen mit Beeinträchtigungen. Es gibt sehr viele vielfältige Aspekte rund um das Thema Inklusion und es gibt viele Situationen, wo eine rasche Abwicklung entstehen muss. Es braucht die Vernetzung der Stakeholder und es braucht Koordination, und das würden wir als eine der Aufgaben dieses Inklusionsbeauftragten oder der Inklusionsbeauftragten sehen. Weiters wäre es wichtig, dass auch, auch das kritisiert die Volksanwaltschaft ja auch in ihrem Bericht, es immer wieder Mängel in der Landesverwaltung gibt. Auch hier könnte so eine Beauftragtenstelle dazu führen, dass man diese Mängel in der Landesverwaltung beheben könnte. Es geht in erster Linie natürlich darum, dass an dieser Stelle darauf geschaut wird, wie kommen wir in der Steiermark weiter, wie können wir die UN-Behinderten-Konvention auch wirklich umsetzen. Und wir brauchen durchaus jemanden, der, und da bin ich jetzt beim Klaus wieder, den Behindertenanwalt unterstützt. Du weißt genau so gut wie ich, in jedem Bericht, den der Behindertenanwalt abgibt, steht drinnen, wir haben personelle Probleme, oder umgekehrt, wir würden dieses oder jenes gerne machen, wenn wir das dementsprechende Personal hätten. Auch der Monitoring-Ausschuss gibt immer wieder Bescheid, es bräuchte zusätzlich jemanden, der eben dann,

wenn es schon nicht innerhalb der Landesregierung in allen Ressorts verankert ist, aber es gäbe mit dieser\_m Inklusionsbeauftragte\_n eine Stelle, wo man sagen könnte, die schaut, dass auf Landesregierungsebene Inklusion eine Querschnittsmaterie ist. Das wünschen wir uns, und in diesem Zusammenhang darf ich folgenden Entschließungsantrag stellen:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert:

Einen oder eine steirische Inklusionsbeauftragte\_n als Koordinationsstelle zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf Landesebene einzusetzen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Annahme des Antrages. *(Beifall bei der KPÖ – 11.06 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Frau Klubobfrau. Ich darf als nächstes Herrn Abgeordneten Philipp Könighofer aufrufen.

**LTAbg. Könighofer - FPÖ (11.06 Uhr):** Danke, Herr Präsident! Hoher Landtag, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Zuseher!

Eingangs darf ich mich von dieser Stelle auch bei der Volksanwaltschaft bedanken für den kritischen und umfassenden Bericht, der einige spannende Fälle behandelt, denen wir uns jetzt heute auch gewidmet haben im Rahmen der Debatte. Im Besonderen darf ich auch auf die Behindertenhilfe heute eingehen. Hierzu sind ja auch einige Entschließer eingebracht worden. An die Spitze meiner Rede möchte ich aber einen Bereich stellen, der eben noch nicht angesprochen wurde. Und zwar auf Seite 60 des Volksanwaltschaftsberichtes wird auch darauf eingegangen, dass es einen Sonderbericht gab zu Lohn statt Taschengeld. Und ich glaube, das ist ein Bereich, der auch vom Volksanwalt im Rahmen seiner Ausführungen ganz konkret angesprochen wurde und dem diese Regierung auch im Regierungsprogramm gerecht wird. Denn auf Seite 99 des Regierungsprogrammes heißt es: „Menschen mit Behinderung sollen für ihre Arbeit einen Lohn und eine eigene Sozialversicherung anstatt wie bisher Taschengeld erhalten.“ *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)*

Ich glaube, das ist schon ein Punkt, wo wir uns auch klar herausstellen, wir werden den Herausforderungen in der Behindertenhilfe auch entsprechend Aufmerksamkeit schenken und unser redliches Bemühen in diesem Bereich auch notwendige Reformen voranzutreiben. Zu den oppositionellen Entschließungsanträgen darf ich zunächst auf den der NEOS eingehen, der ja einen sehr, sehr, sehr sensiblen Bereich auch behandelt und zwar Hinterbliebene im Bereich des Behindertengesetzes. Und ich habe im Vorfeld auch mit dem Ressort Amesbauer

diesbezüglich das Gespräch gesucht und mir wurde zu diesem Fall, der ja im Pflegebereich sehr viel öfter auch vorgekommen ist in der Vergangenheit, mitgeteilt, dass es sich wirklich hier um ganz, ganz wenige Einzelfälle handelt. Nichtsdestotrotz gibt es diesen Entschließungsantrag und mir wurde diesbezüglich auch mitgeteilt, dass es die Möglichkeit gibt, in solchen kritischen Fällen, in diesen wenigen Einzelfällen, mittels vorläufigen Bescheiden, hier dieser Situation auch entgegenzuwirken und in diesem hochsensiblen Bereich letztlich auch für die Betroffenen, die Hinterbliebenen, eine Rechtssicherheit entsprechend auch zu schaffen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Ich glaube durchaus, dass das eine sehr gangbare Lösung ist, um solchen Einzelfällen entsprechend begegnen zu können. Des Weiteren hat die Kollegin Krautwaschl auch einen Bereich thematisiert, den der Ferienbetreuung für Kinder mit Behinderung. Und ich sage ganz offen, ja, das ist ein Thema, das zunehmend auch an die zuständigen Stellen herangetragen wird. Das ist ein Thema, dem man sich jedenfalls auch widmen soll und muss und das zweifelsohne auch eine Weiterentwicklung in den bestehenden Strukturen bedarf. Wir haben im Jahr 2024 diese Sommerbetreuung lokal in einzelnen Regionen bereits gehabt. Damals standen 180 Plätze auch zur Verfügung. Und ich glaube aber mit Sicherheit, dass dieser Bereich auf der Agenda des Ressorts letztlich auch stehen wird. Es ist doch so, dass hier die Anbringen der betroffenen Eltern auch zunehmen. Ich bitte aber diesbezüglich schon auch um Verständnis, dass wir hier nicht mittels Schnellschüssen arbeiten wollen, sondern konzeptionell, vernünftig, fundiert, budgetär, geplant entsprechende Maßnahmen setzen wollen in der Zukunft und deshalb eine Zustimmung dieses Entschließungsantrages an dieser Stelle, auch bevor die Regierungsklausur entsprechend stattgefunden hat, nicht möglich ist. Sie alle kennen auch die budgetären Situationen und Rahmenbedingungen, mit denen wir uns als Regierungsfaktionen letztlich auch konfrontiert sehen. Es gibt dann noch die Anträge der KPÖ, denen ich das ehrliche Bemühen, hier etwas zu verbessern, auch nicht absprechen möchte. Zur Koordinierungsstelle sei vielleicht gesagt, und da möchte ich beim Abgeordneten Zenz auch anschließen, es gibt hier die Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung, wo ein gesamtes Team auch an diesen Anliegen entsprechend arbeitet. Es gibt den Monitoring-Ausschuss und es gibt eine engagierte Abteilung und einen Landesrat, der sich diesen Anliegen auch annehmen wird, weswegen wir hier den Bedarf einer zusätzlichen Stelle, einer zusätzlichen Struktur zum derzeitigen Zeitpunkt nicht orten und dem Antrag deshalb nicht zustimmen werden, zumal man auch mit dem Mitteleinsatz in dem Bereich sicher vor allem auch an Projekten, ich habe eines schon genannt, eben Lohn statt Taschengeld, dort

Schwerpunkte setzen möchte und sich diesen auch im Regierungsprogramm entsprechend verschrieben hat. Ich darf abschließend zu dem Themenkomplex der Behindertenhilfe noch sagen, dass uns der sicher in der aktuellen Periode immer wieder befassen wird. Ich habe mir auch zur Aufgabe gestellt, als Behindertensprecher meiner Fraktion, verschiedene Organisationen in diesem Bereich zu besuchen. Gestern hatte ich bereits einen hochspannenden Termin beim BIOS-Institut in Bruck an der Mur, die großartige Arbeit leisten, die auch einen interessanten Inklusionsansatz haben. Und ich glaube, darüber werden wir in der einen oder anderen Debatte auch in weiterer Folge sicher noch diskutieren. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ – 11.12 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Herr Abgeordneter. Als nächstes am Wort ist die Frau Abgeordnete Klaudia Stroißnig.

**LTAbg. Stroißnig - ÖVP (11.13 Uhr):** Danke, Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Regierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörer hier im Publikum und auch via Livestream!

Es ist mir eine Ehre, es ist meine erste Rede als neue Abgeordnete, ich darf zwar als Bürgermeisterin das eine oder andere Mal zu Menschen sprechen, hier im Hohen Haus der Steiermark habe ich hier wirklich Premiere und freue ich mich auf die Arbeit für unsere schöne Steiermark. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Wir teilen das Ziel, niemanden zurückzulassen und allen Kindern eine gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und an Bildung zu ermöglichen. Das besteht ja zum Teil jetzt schon und ist gut abgesichert. Der Fall des Trisomie 21 Kindes, der hier auch geschildert wurde, ist uns auch bekannt. Es wird auch immer Einzelfälle geben, die man hier gut sich anschauen muss und auch versuchen muss, Lösungen zu finden. Solche Maßnahmen, wie wir wissen, bedürfen aber auch einer intensiven Prüfung, um hier auch tragfähige und gerechte Lösungen zu finden. Wir haben heute auch schon gehört, dass es gerade für Gemeinden finanziell fordernde Zeiten sind und Schulassistenten und das Ganze drumherum belastet natürlich auch die Gemeinden und das kann ich als Bürgermeisterin auch bestätigen und würde ich auch hier bitten, diese Prüfung im Vorfeld zuzulassen und ich danke Ihnen fürs Zuhören. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 11.14 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Frau Abgeordnete. Noch einmal zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Könighofer.

**LTabg. Könighofer - FPÖ (11.15 Uhr):** Danke, Herr Präsident! Hoher Landtag, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Zuseher!

Die Vielseitigkeit der Debatte erfordert es, dass ich jetzt auch noch auf den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe eingehe und hier auch auf einen Antrag der Grünen seitens der Abgeordneten Nitsche rekurriere. Es ist so, dass hier ein Bedarfs- und Entwicklungsplan auch gefordert wird. Und auch im Vorfeld dieses Antrages und der Debatte bin ich mit dem Ressort Amesbauer in Kontakt getreten, um den sachpolitischen Standpunkt derzeit auch entsprechend erörtern zu können und habe in Erfahrung gebracht, dass es tatsächlich innerhalb des Ressorts durchaus Bemühungen gibt, entsprechend hier an einem Bedarfs- und Entwicklungsplan zu arbeiten. Es ist auch so, dass hier einige Schritte im Vorfeld notwendig sind, das betrifft Datengrundlage, IT-Lösungen etc. Es gibt natürlich schon Maßnahmenkonzepte, wie im Ressort in diesem Bereich vorgegangen wird. Aber es ist hier durchaus auch die Planung, perspektivisch mittelfristig sich einem Entwicklungsplan zu nähern und dieser Idee durchaus auch näher zu treten. Der jetzige Antrag, der klare Fristensetzung entsprechend vorsieht, ist aus unserer Sicht so nicht praxistauglich, zumal die Abteilung hier auch mit großem personellen Einsatz an entsprechenden Konzeptionen arbeitet. Und ein ganz besonderer Punkt, der die Kinder- und Jugendhilfe ja auch in den letzten Wochen, Monaten und Jahren eigentlich befasst hat, ist die sich verändernde Situation. Und wir haben da insbesondere mit der Covid-Situation und der Ukraine-Krise für die Kinder- und Jugendhilfe, und ich bin hier auch unmittelbar im Austausch mit Sozialarbeitern, wirklich große neue Herausforderungen, die sich hier aufgetan haben. Und auch diese sollten wir einfließen lassen. Und wir würden uns hier ungern von der Opposition einen unnötigen Druck oktroyieren lassen mittels Anträge, die so eine Fristensetzung quasi vorsehen. Und dann vielleicht noch ein Punkt und zwar betrifft er die Herabsetzung der Strafmündigkeit, die da als populistische Maßnahme dargestellt wurde. Ich sage es ganz klar, diese Regierung bekennt sich und die Regierungsfaktionen bekennen sich dazu, dass das ein notwendiger Schritt ist. Und ich will jetzt gleich erklären, weshalb. Wir haben uns hier auch die jüngsten Zahlen angesehen, die sind noch von Abgeordneten Hannes Amesbauer abgefragt worden, vom Innenminister Karner damals. Und wir haben hier von 10- bis 14-Jährigen in den Jahren 21, 22, 23 3.423 Straftaten. Und das sind nicht nur leichte Vergehen, Kavaliersdelikte. Das

sind schwerste Straftaten: schwere Erpressung, schwere Nötigung, schwerer sexueller Missbrauch von Unmündigen, Brandstiftung, Tierquälerei, Widerstand gegen die Staatsgewalt. Das ist alles dieser Gruppe der 10- bis 14-Jährigen hier zuzurechnen an Anzeigen. Und auf die furchtbaren Missbrauchsfälle, die sich in Wien ereignet haben, begangen von 12- bis 13-Jährigen mit Migrationshintergrund, möchte ich an dieser Stelle gar nicht nochmals eingehen. Sie sind Ihnen aus der umfassenden Berichterstattung darüber umfassend bekannt, weswegen wir hier den Vorwurf des Populismus bei dieser Maßnahme aufs Schärfste zurückweisen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und Sie haben richtigerweise, Frau Abgeordnete, *(KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „Geht es da um Verurteilungen oder nur um Anzeigen?)* Sie haben richtigerweise, Frau Abgeordnete Nitsche, die Situation in der Schweiz angesprochen, wo ab zehn Jahren schon entsprechende Strafverfolgung möglich ist. Tatsächlich gibt es aber nicht nur das Beispiel der Schweiz, sondern es gibt die Beispiele England, Wales, Nordirland, es gibt das Beispiel Schottland, es gibt das Beispiel der Niederlande und es gibt auch die Herabsetzung der Strafmündigkeit in Ungarn. Also um nur einige Beispiele aus anderen Ländern hier auch zu nennen, *(LTAbg. Lercher: „Super Beispiele.“)* die hier bereits entsprechende Maßnahmen gesetzt haben, um die Strafmündigkeit herabzusetzen. Wir sehen uns hier einfach mit einer neuen Art der Jugendkriminalität konfrontiert, mit großen Herausforderungen. Und auf die gilt es im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten auf Bundesebene eben auch zu reagieren aus unserer Sicht. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Folglich werden wir dem Antrag, der im Begründungstext den Vorwurf des Populismus enthält, nicht zustimmen, wenngleich das Anliegen eines Bedarfs- und Entwicklungsplans etwas ist, wenn man ihn gemeinsam mit der Abteilung abgestimmt schauen muss, wann stehen die entsprechenden Kapazitäten zur Verfügung und wie wollen wir dann Maßnahmen in diesem Bereich auch sinnvoll setzen. Also das Grundanliegen ist schon etwas, Konzepte in dem Bereich zu entwickeln, den man etwas abgewinnen kann, aber ein bisschen weniger parteipolitische Agitation im Begründungstext wäre der Sache zuträglich gewesen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 11.20 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Herr Abgeordneter. Am Wort ist der Herr Landesrat Mag. Hannes Amesbauer.

**Landesrat Mag. Amesbauer, BA - FPÖ (11.21 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Zuallererst möchte ich mich bedanken für die Debatte zu diesem Bericht der Volksanwaltschaft, die ja äußerst konstruktiv auch verlaufen ist. Und Sie alle wissen ja, dass die Volksanwaltschaft als parlamentarischer Ombudsrat zum einen mit der Kontrolle der öffentlichen Verwaltung beauftragt ist und allen Bürgern bei Problemen mit Behörden kostenlos zur Verfügung steht. Das ist die eine wichtige Komponente dieser parlamentarischen Einrichtung. Es ist aber auch wichtig und vor allem für uns als Politiker im politischen Prozess und auch für Sie als Parlamentarier die Empfehlungen, die aus dem Berichtswesen der Volksanwaltschaft entlaufen, das ist für uns in der Politik ein wichtiges Instrument, um auch Verbesserungspotenzial zu erkennen und auch eine klare Handlungsmöglichkeit auch aufgezeigt zu bekommen. Also das ist einmal sicher eine gute Sache. Und zum aktuellen Bericht, oder aktuell ist er ja nicht mehr, zum aktuell debattierten Bericht, der ja in vielen Teilen das steirische Verwaltungswesen umfasst, hat man auch in der Debatte ganz klar gesehen, dass der Fokus auf den Bereich von Menschen mit Behinderung sowie auf die Kinder- und Jugendhilfe abzielt. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, dass gerade jene vulnerablen Gruppen unsere besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung bedürfen, ich glaube, das steht hier in diesem Haus völlig außer Frage. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Ich bin sehr dankbar für diesen Bericht der Volksanwaltschaft für die Jahre 2022 und 2023. Und dieser zeigt in sehr vielen Bereichen die hohe Qualität des steirischen Sozialsystems auf, wie es auch der Abgeordnete Zenz in seinen Ausführungen angemerkt hat. In anderen Bereichen wiederum weist er aber selbstverständlich Verbesserungsbedarf auf und auf Verbesserungsbedarf hin und wir in der steirischen Landesregierung, wir werden uns, auch wenn die Befunde bereits die letzte Periode betreffen, diesen Empfehlungen keinesfalls verschließen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern in enger Abstimmung mit der zuständigen Abteilung abklären, wo Verbesserungen bereits vorgenommen wurden einerseits und in welchen Bereichen noch nachgebessert werden muss. Ich darf allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren, um Verständnis bitten, dass dieser Bericht eben die Jahre 2022 und 2023 betrifft. Insofern wollen wir jetzt einmal den Ist-Stand erheben und dann abgleichen, was noch erforderlich ist. Denn es ist ja einiges auch schon passiert, wie Sie auch der Rede des Abgeordneten Könighofer entnehmen konnten. Da diese Landesregierung, meine Damen und Herren, erst seit wenigen Wochen im Amt ist, haben wir natürlich keine Schnellschüsse gesetzt und wir werden das auch weiterhin nicht tun. Sie wissen ja, dass viele

---

Maßnahmen, auch die Sie in den Entschließungsanträgen jetzt fordern, budgetwirksam sein werden. Wir werden weiterhin keine Schnellschüsse setzen, sondern wir werden, wie bereits erwähnt, in vertrauensvoller Abstimmung, einerseits mit dem Koalitionspartner, andererseits mit der zuständigen Abteilung 11 allenfalls notwendige Schritte eruieren. Das ist der erste Punkt, einmal eruieren, was braucht es, dann werden wir darüber beratschlagen, was wollen und können wir machen, was können wir auch im Sinne der budgetären Möglichkeiten machen und dann werden wir gegebenenfalls die Schritte auch setzen. In diesem Sinne hoffe ich auf eine gute, parteiübergreifende Zusammenarbeit im Sinne des steirischen Sozialwesens. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 11.24 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, Herr Landesrat, für deine Ausführungen. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 13/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe die einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, mit der Einl.Zahl 13/3, betreffend Hinterbliebene entlasten – ergänzende Regelungen im Steiermärkischen Behindertengesetz! ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Dieser Antrag fand mit den Stimmen von Grün, KPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, mit der Einl.Zahl 13/4, betreffend Ferienbetreuung für Kinder mit Behinderung sicherstellen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, mit der Einl.Zahl 13/5, betreffend Bedarfs- und Entwicklungsplan und mehr Ressourcen für die steirische Kinder- und Jugendhilfe ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, mit der Einl.Zahl 13/6, betreffend Steirische:r Inklusionsbeauftragte:r als Koordinationsstelle schaffen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, mit der Einl.Zahl 13/7, betreffend Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen für Berufe der stationären Kinder- und Jugendhilfe ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit Grün, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**2. Bericht des Ausschusses für Finanzen, Einl.Zahl 122/2, betreffend Änderungen der Budgetstruktur im Budgetprovisorium Steiermark 2025 zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 122/1.**

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Dann komme ich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, mit der Einl.Zahl 122/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und SPÖ die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**3. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 11/2, betreffend Bericht des Rechnungshofes (Reihe Einkommen 2024/1); Allgemeiner Einkommensbericht 2024 zum Bericht, Einl.Zahl 11/1.**

Und am Wort ist die Frau Abgeordnete Veronika Nitsche. Bitte Frau Abgeordnete.

**LTAbg. Nitsche, MBA – Grüne (11.27 Uhr):** Vielen Dank, Herr Präsident. Werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer\_innen!

Ja, es liegt eben der aktuelle Einkommensbericht des Rechnungshofes vor, wie alle zwei Jahre deckt er die Jahre 2022 bis 2023 ab und gibt eben einen Überblick über das durchschnittliche Einkommen der gesamten österreichischen Bevölkerung und damit eben eine Menge Zahlen, Daten, Fakten, die natürlich für uns eine gute Datenbasis sind für politische Entscheidungen. Es werden ja nicht nur die österreichischen Zahlen dargelegt, sondern es wird auch runtergebrochen auf die einzelnen Bundesländer, also auch auf die Steiermark. Und der Einkommensbericht des Rechnungshofes legt auch, wie in der Einleitung beschrieben, ein besonderes Augenmerk auf die Analyse der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede. Ich habe mir eh gedacht, dass ich bei dem Wort vielleicht ein bisschen stolpere, aber ich wollte das so zitieren, weil es tatsächlich in der Einleitung so steht, dass da ein Augenmerk darauf gerichtet wird, nämlich auf die ungleiche Bezahlung zwischen Männern und Frauen. Und da findet man in den verschiedenen Kapiteln entsprechende Auflistungen. Und warum wird das genau angeschaut? Weil es eben signifikant ist. Und darauf möchte ich jetzt eingehen. Denn die durchschnittliche Lohnlücke, und das muss man sich mal vor Augen führen, zwischen Männern und Frauen liegt in Österreich bei 34 %, in der Steiermark sogar bei 37 %. Und das wirkt sich natürlich ganz massiv auf das Leben von den Frauen in diesem Land aus, was finanzielle Abhängigkeit angeht, bis hin eben zur Altersarmut. Und dass die Schere zwischen den Männer- und Fraueneinkommen derart weit auseinanderklafft, dafür gibt es mehrere Gründe. Einerseits eben, dass Frauen, sagen wir, traditionell in Branchen arbeiten, die weniger bezahlt werden, wie das eben im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich ist, auch ein Thema, wo wir darüber reden sollten, aber ich habe tatsächlich im Regierungsübereinkommen dazu auch etwas gesehen. Dann ist es auch immer noch so, das ist das Thema Lohntransparenz, dass Frauen für die gleiche Arbeit weniger bezahlt bekommen, aber es liegt vor allem daran, also die Lohnlücke liegt vor allem daran, dass Frauen vorwiegend Teilzeit arbeiten. Wenn man also die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen schließen will, und das findet sich tatsächlich im Regierungsübereinkommen, dann ist es genau der falsche Weg, Frauen, weil in den allermeisten Fällen sind das ja tatsächlich Frauen, dafür zu bezahlen, dass sie bei den Kindern zu Hause bleiben. Denn das ist ja offensichtlich in der Steiermark geplant und wird ja auch auf Bundesebene diskutiert. Stattdessen muss das Geld in die ganztägige Kinderbildung und -betreuung fließen, damit dann die Frauen und auch die Männer wirklich die Wahl haben. Denn was die FPÖ da als Wahlfreiheit anpreist und wo die ÖVP offensichtlich mitgeht, obwohl es ja vor kurzem noch darum gegangen ist, Frauen in Vollzeit zu bringen, bewirkt nämlich genau das Gegenteil. Wer

nämlich Frauen, wie gesagt, in der Realität geht es vor allem um Frauen, es gibt nur ein bis zwei Prozent Väter, die mehr als sechs Monate Karenz gehen, es sind ein paar mehr, wenn man den Papamonat einrechnet, wenn man also sie dafür bezahlt, dass sie ihr Kind nicht in Kinderbildungseinrichtungen schickt und stattdessen mit dem Kind zu Hause bleibt, was passiert dann? Der verhindert und verzögert den Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf. Und die Folge ist, sie begeben sich in Abhängigkeit, in finanzielle Abhängigkeit von ihrem Partner. Und es droht eine Altersarmut, weil sie viel weniger in die Pensionskasse einzahlen. Das kann man sich ja vorstellen, wenn man schon weniger verdient, die Pension ist sowieso weniger, dann wird das noch weniger sein. Die echte Wahlfreiheit ist nämlich ganz was anderes. Die echte Wahlfreiheit ist, wenn es genügend ganztägige Kinderbildungs- und -betreuungsplätze in der ganzen Steiermark gibt, damit dann wirklich jede Frau selber entscheiden kann, wie lang sie nach der Geburt des Kindes bei ihrem Kind zu Hause bleibt und wann sie wieder arbeiten geht. Und ich möchte auch nicht, dass das dann wieder falsch dargestellt wird. Nein, wir Grüne sind nicht dagegen, dass die Kinder zu Hause betreut werden. Wir sind dafür, dass die Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass sich jede Frau das wirklich aussuchen kann, wie lange sie nach der Geburt des Kindes zu Hause bleibt. *(Beifall bei den Grünen)* Und leider ist es, besonders auch in ländlichen Regionen, aber auch in der Stadt, nicht immer möglich. Einfach, weil es nicht ausreichend Kinderbildungs- und -betreuungsplätze gibt. Und jeder, der Kinder hat, der weiß das. Und vor allem nicht ganztägig. Es gibt sehr viele Kindergärten und Kinderkrippen, die dann auch nur am Vormittag offen sind. Also wenn man da von einer Wahlfreiheit redet, ist das wirklich nur Augenauswischerei. Eine wirkliche Wahlfreiheit wäre eigentlich ein Rechtsanspruch. Ein Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Platz. Und ich finde da das finnische Beispiel sehr gut, weil da hat das Kind diesen Rechtsanspruch. Den Rechtsanspruch auf einen Kinderbildungs- und -betreuungsplatz. Und das macht schon was mit der Haltung dazu, das macht was mit dem Mindset. Weil ich höre ja in der Steiermark sogar immer wieder, die Frauen nehmen ja die Kinderbetreuung in Anspruch. Als würden sie in den Kinderkrippen und Kindergärten sitzen. Und apropos was Männer ansteht, Frauen in der Karenz zu halten, sollten wir politische Anreize schaffen, dass mehr Männer in Karenz gehen. Und wir könnten da wirklich auch in der Steiermark Vorbild sein und ganz konkret Initiativen setzen, um mehr Männer in die Karenz zu bringen und wir könnten da sehr gut beim Landesdienst ansetzen. Wir haben ja die Zahlen im Landesdienst, es gehen inklusive Papamonat ungefähr 5,9, also der Männeranteil in der Karenz ist 5,9, aber inklusive Papamonat, also das ist nur der eine Monat.

Und ich denke mir, das Land Steiermark könnte da tatsächlich Vorbild sein und auch den Männern den Rücken stärken, dass sie sich genauso um ihre Familien und um ihre Beziehungen kümmern können, wie das die Frauen tun. Und das auch für sie ohne berufliche Schlechterstellung und ohne kritisches Beäugen. Es ist schon klar, es ist auch nicht immer und überall so einfach für Männer in Karenz zu gehen. Denn auch die Väterkarenz ist eine Frage der Gleichstellung und trägt dazu bei, also wenn mehr Männer, mehr Väter in Karenz gehen, die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen. Danke sehr. *(Beifall bei den Grünen – 11.34 Uhr)*

**Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:** Danke, am Wort ist die Dritte Landtagspräsidentin Helga Ahrer.

**Dritte Präsidentin LTAbsg. Ahrer – SPÖ (11.34 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landesrätinnen, werte Landesräte, werte Kolleginnen und Kollegen im Plenum, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Besucherraum und via Livestream!

Meine Vorrednerin, Veronika Nitsche, hat ja bereits erwähnt, dass dieser Einkommensbericht alle zwei Jahre veröffentlicht wird und auch die Erläuterungen und dass hier der Rechnungshof auch entsprechend seinem gesetzlichen Auftrag nachkommt. Ich möchte auf ein paar Dinge eingehen, die in diesem Bericht enthalten sind. Zum einen ist hier ersichtlich, also Frauen mit einem Fachschulabschluss hatten im Durchschnitt den geringsten Einkommensunterschied gegenüber Männern. Und 34 % gab es bei den ganzjährig Vollbeschäftigten und 80 % aller ganzjährig erwerbstätigen Teilzeitbeschäftigten sind eben weiblich. Das spiegelt sich natürlich auch bei den Einkommen wider, weil natürlich Teilzeitbeschäftigte erzielten sowohl geringere Bruttojahreseinkommen als auch niedrige Stundenverdienste als Vollzeitbeschäftigte. Und der hohe Anteil an teilzeitbeschäftigten Frauen wirkt sich ja auch in weiterer Folge auf die allgemeinen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern aus. Daher gleicher Lohn bei gleicher Leistung, sowohl bei Vollzeit als auch bei Teilzeit, liegt hier noch in weiter Ferne und ist hier natürlich auch ganz klar in den Unterschieden erkenntlich und ersichtlich. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt 22 Stunden und 25 % der Teilzeitbeschäftigten waren bei den akademischen Berufen oder in den Dienstleistungsberufen, vor allem 45 % Verkäuferinnen und Verkäufer, aber auch 41 % im Beruf als Bürokräft. Nun warum? Teilzeitbeschäftigte sind vor allem Frauen, dafür verantwortlich für die Betreuung von Kindern und nahe pflegender

---

Angehörige. Warum ist das so? Weil meistens der Hauptverdiener nach wie vor der Mann ist und dementsprechend auch das höhere Einkommen hat und damit auch, sage ich einmal, die Lebenserhaltungskosten großteils trägt und die Frauen aus dieser Zuverdienstrolle dann dementsprechend nicht herauskommen. 80 % der teilzeitbeschäftigten Frauen gaben Betreuung eines Kindes unter 15 Jahren als Grund an oder eben, wie bereits erwähnt, die Pflege naher Angehöriger. Wobei nur 23 % der teilzeitbeschäftigten Männer gaben die Betreuung eines Kindes unter 15 an. Bei der Freiwilligkeit, das hat meine Kollegin auch schon angesprochen von Seiten der Grünen, sind wir nur bei 22 %, würden nämlich gerne mehr in Vollzeit arbeiten. Und hier sind wir genau bei der berühmten unbezahlten Arbeit, bei der Care-Arbeit. Und hier ist es nach wie vor so, dass es hier keine Lösung gibt. Die Lösung wäre z. B. eine neuerliche Bewertung, eine bessere Bewertung des Faktors Arbeit, die nämlich z. B. in Versicherungszeiten sich niederschlagen würde. Und, wie auch bereits erwähnt, der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, der Kinderrippen, Kindergärtenplätze, das ist unweigerlich unverzichtbar. Denn hier ist es nicht nur aus Sicht der Frauen wichtig, sondern auch die Wirtschaft möchte gern die Frauen haben. Nur damit Frauen, da reden wir noch nicht von Vollzeitbeschäftigung und ich weiß das aus unseren sozialpartnerschaftlichen Gesprächen mit Wirtschaftskammer und junger Industrie, dass es hier sehr wohl die Wünsche auch hier gibt, bessere Kinderbetreuungsplätze dementsprechend auszubauen, weil wir es sonst gar nicht schaffen, dass Frauen von Teilzeit nur in eine höhere Stundenanzahl, wenn jetzt eine 20 Stunden hat, dass sie z. B. 30 Stunden arbeiten kann, das alleine würden wir brauchen. Denn genau dieser Einkommensunterschied trägt dann auch dazu bei, dass wir über 42 % Unterschied bei den Pensionen haben zwischen Frauen und Männern. Und dementsprechend Frauen auch jene sind, die meistens in der Armutsfalle sind. Und dementsprechend ist entgegenzuwirken und dafür ist alles zu tun, dass dieser Einkommensbericht dementsprechend besser gestaltet wird. Danke für eure Aufmerksamkeit.  
*(Beifall bei der SPÖ – 11.40 Uhr)*

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Ja, danke für die Wortmeldung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie alle in einer neuen Funktion und Rolle begrüßen und darf Ihnen versichern, dass ich die Aufgabe als Zweiter Präsident in diesem Haus nach bestem Wissen und Gewissen und in der gebotenen Überparteilichkeit auszuüben gedenke. Ich darf Ihnen versichern, bin daraufgekommen, dass ich jener Mandatar in diesem Hause bin, der nun am längsten in diesem Hause Dienst tut. Das ist ein durchwachsenes Gefühl, aber ich werde

---

mich zumindest bemühen, die Erfahrung aus mehr als 24 Jahren in die Sitzungsführung einzubringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Detlev Eisel-Eiselsberg und ich darf es ihm erteilen.

**LTAbg. Eisel-Eiselsberg – ÖVP (11.41 Uhr):** Vielen Dank, Herr Präsident! Ich freue mich, dass ich bei deiner Premiere gleich am Rednerpult bin. Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Die beiden Vorrednerinnen, Frau Abgeordnete Nitsche und die Frau Dritte Landtagspräsidentin Helga Ahrer, haben ja schon einiges zu diesem vorliegenden Bericht ausgeführt. Er ist wirklich sehr in die Tiefe gehend und sehr, sehr detailreich. Also was man da an Tabellen vorfindet und an Informationen abrufen kann, ist beachtlich. Einige wenige Punkte möchte ich herausgreifen und möchte bei der Frau Kollegin Nitsche anschließen. Ja, auch 2023 lag das mittlere Jahreseinkommen der Frauen deutlich unter jenem der Männer und es betrug tatsächlich das Einkommen der Frauen nur 66 % des Männereinkommens. Und im Bericht wird auch darauf hingewiesen, dass ein Teil dieser Einkommensdifferenz zwischen den Geschlechtern auf einen höheren Anteil an Teilzeitbeschäftigung bei Frauen zurückzuführen ist. Und für mich war bemerkenswert zu lesen, dass seit 2016 Frauen schon mehr in der Teilzeit als in der Vollzeit arbeiten. Und der Anteil der ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung ging in den letzten zehn Jahren sowohl bei den Frauen, nämlich von 37 auf 35 %, aber auch bei den Männern von 63 auf 61 % zurück. Vergleicht man allerdings vollzeitbeschäftigte Männer und Frauen ergibt sich schon ein anderes Bild. Mit einem mittleren Bruttojahreseinkommen von Frauen in der Höhe von 47.154 Euro kommt man zumindest auf 88 % des mittleren Männereinkommens von 53.694 Euro. Jetzt könnte man sagen, 88 %, 100 %, das ist auf den ersten Blick ja nicht so dramatisch. Ich meine, das kann trotzdem nicht akzeptabel sein. Die Einkommensschere wurde in den letzten Jahren geringer, aber unser Ziel muss wohl sein, diese Schere zur Gänze zu schließen. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Das bedeutet, dass die Politik auf allen Ebenen dazu angehalten ist, mit großem Nachdruck und auch mit großer Ernsthaftigkeit bei diesem Thema dran zu bleiben, damit tatsächlich erreicht werden kann, dass gleiche Leistung gleich entlohnt wird, unabhängig vom Geschlecht. Und wer auch immer von uns hier im Hause die Möglichkeit hat, auch darauf einzuwirken, sei es als Dienstgeber, auch wir Parteien beschäftigen ja Mitarbeiterinnen oder auch in den Unternehmen, wo man vielleicht in einer Position ist, darauf einwirken zu

---

können, dass das erreicht werden kann, appelliere ich an uns alle, dass wir hier unsere Kraft einsetzen. Für die steirische Volkspartei kann ich sagen, selbstverständlich werden hier die Kolleginnen und Kollegen gleich entlohnt. Dieses Ziel sollte uns einen, dafür sollten wir arbeiten. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 11.44 Uhr)*

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Danke für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Günter Wagner. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Günter Wagner - FPÖ (11.45 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher!

Sehr viel ist zu dem Tagesordnungspunkt jetzt schon gesagt worden. Ich möchte mich aber von dieser Stelle aus sehr herzlich beim Rechnungshof für diesen sehr guten, ausführlichen und auch sehr wichtigen Bericht bedanken. Alle zwei Jahre legt der Rechnungshof im Nationalrat, dem Bundesrat und dem Landtag den allgemeinen Einkommensbericht vor. Und die Datengrundlage hierfür sind die Einkommen eben aus rund 4,7 Millionen der unselbstständig Erwerbstätigen aus dem Jahr 2023, rund 877.000 der selbstständigen Erwerbstätigen, da sind die Zahlen aus dem Jahr 2021 fortgeschrieben worden, und eben der 2,3 Millionen Pensionistinnen und Pensionisten aus dem Jahr 2023. In mehreren Kapiteln ist es unterteilt. Im ersten widmet sich der Bericht eben der Entwicklung der Brutto- und Nettoeinkommen von 1998 bis 2023. Im Kapitel zwei eben die Einkommensverhältnisse der unselbstständig Erwerbstätigen, nach acht Kriterien unterteilt, Kapitel drei die Analyse der Einkommen der selbstständig Erwerbstätigen Personen, Kapitel vier widmet sich eben den Pensionistinnen und Pensionisten, das fünfte eben den Bundesländern und regionalen Einkommensunterschieden und sechs und sieben dann eben mit den Begrifflichkeiten und mit der Methodik insgesamt. Dieser Bericht bietet auf jeden Fall die Möglichkeit, sich ein umfassendes Bild der Einkommensentwicklung zu machen. Unterschiede eben im Einkommen zwischen Frauen und Männern, das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen eben nach Altersgruppen, Branchen, Berufsgruppen, Funktionen, Dauer- und Betriebszugehörigkeit, Bildung, Voll- und Teilzeitbeschäftigung, die Gruppe der atypischen Beschäftigungen sowie auch eben den Bundesländervergleich. Für uns als Politik wie auch für die Unternehmer soll das eine Ist-Aufnahme sein, um die Lage einmal richtig beurteilen zu können, sowie auch ein Kompass für zukünftige Entscheidungen. Und unter diesem

Aspekt nehmen wir diesen Bericht natürlich sehr gerne zur Kenntnis. Danke. (*Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 11.47 Uhr*)

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Herzlichen Dank. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Robert Reif. Ich erteile ihm das Wort.

**LTabg. Reif – NEOS (11.47 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Vorweg auch von unserer Seite ein großes Danke an den Rechnungshof, der wie immer einen wirklich fundierten Bericht abgegeben hat. Und es ist heute schon mehrfach gesagt worden, es dient auch so ein bisschen als Leitfaden, wohin soll man sich entwickeln, wo ist ein Verbesserungspotenzial und wo ist noch wirklich Aufholungsbedarf? Es geht heute um den Einkommensbericht und es geht um ein Thema, das wir vor allem in der letzten Gesetzgebungsperiode, hier herinnen, sehr oft und wirklich auf Augenhöhe und teilweise, glaube ich, auch wirklich mit Nachdruck debattiert haben. Und ich bin der Meinung, auch überparteilich haben wir doch einige Dinge in Bewegung gesetzt. Es geht darum, dass Frauenrechte, dass Frauen grundsätzlich in der Steiermark einfach noch gestützt werden müssen, dass wir es einfach schaffen müssen, bei diesen Themen ins 21. Jahrhundert zu kommen. Und dazu gehört nun einmal diese Einkommensschere. Diese Einkommensschere, die es einerseits gibt, grundsätzlich in der Gesellschaft, wo es immer mehr auseinander driftet, wo immer mehr das Problem besteht, dass zwischen Arm und Reich diese Schere immer größer wird. Und dann zusätzlich noch die zweite Geschichte, wo es eben zwischen Männern und Frauen diese Einkommensschere gibt, die es jetzt endlich zu schließen gilt. Und es ist heute schon von Zahlen gesprochen worden. Und ich glaube, es ist schon wichtig, dass man da immer wieder auch gewisse Zahlen in den Vordergrund rückt. Und wenn man da liest, dass z. B. wirklich, und das ist heute auch schon gesagt worden, nur 66 % des Bruttojahreseinkommens von Männern, Frauen verdienen im Durchschnitt, dann ist das erschütternd. Dann ist das auch deshalb erschütternd, wenn man weiterliest, warum das so ist. Und warum das so ist, das ist ein Thema, das gerade in diesem Haus herinnen permanent diskutiert wird und das auch jetzt in Zukunft gilt, ein ganz, ganz großes Augenmerk darauf zu legen, das ist die Betreuung von Kindern und pflegenden Angehörigen. Geschätzte Damen und Herren, es kann bitte nicht sein, dass das das Hauptthema ist, warum Frauen so wenig verdienen. Dass das das Thema ist, warum wir herinnen seit Jahren diskutieren, seit Jahren

fordern wir, vor allem die Opposition oder hauptsächlich die Opposition auch immer, dass hier in Zukunft etwas getan wird, dass ein Rechtsanspruch gilt auf Kinderbetreuung. Und das ist heute von der Kollegin Nitsche auch schon angesprochen worden: Kinderrechte, Kindern müssen wir das Recht geben, dass sie den Anspruch auf Betreuung haben, egal aus welchem Elternhaus sie kommen. Und es kann nicht sein, dass das Geldtascherl darüber entscheidet, ob ein Kind eine Betreuung bekommt oder nicht. Es muss unsere innerste Verpflichtung sein, dass wir den Kindern gegenüber geben können, dass sie einen Anspruch auf Betreuung haben, egal wo in der Steiermark sie zu Hause sind. Und diese Betreuung darf nicht um 13.00 Uhr enden. Wir haben ein Beispiel bei mir im Ort, da arbeitet die Mutter im Lebensmittelhandel. Und das Geschäft sperrt leider schon um 16.00 Uhr zu. Und wir haben in unserer ganzen Gemeinde drei Kindergärten und wir haben eine Nachmittagsbetreuung, eine gemeinsame. Und die endet um 16.00 Uhr. Jetzt ist das aber im anderen Ortsteil. Jetzt hört sie um 16.00 Uhr in einem anderen Ortsteil zum Arbeiten auf und der Bus geht um 17.30 Uhr zurück. Was tut das Kind dann? Und das kann es bitte nicht sein, geschätzte Damen und Herren. Wir müssen es endlich schaffen, dass jedes Kind dieses Recht auf Betreuung hat und dass es echte Wahlfreiheit gibt. Und davon ist heute auch schon mehrfach gesprochen worden. Wahlfreiheit bei jedem Menschen in der Steiermark, egal ob Mann oder Frau und vor allem bei Frauen, dass sie der beruflichen Tätigkeit nachgehen können, dass sie wählen können, wie viel sie arbeiten möchten. Und nicht, dass sie sich nur aussuchen können, ich kann nur 10 oder 15 Stunden arbeiten, weil dann muss ich auf das Kind schauen. Die Zeiten sind vorbei. Und mit einer Herdprämie, geschätzte Damen und Herren, werden wir das definitiv nicht lösen können. Wir müssen in die Zukunft schauen, wir müssen investieren in die Bildung und wir müssen die Verpflichtungen unseren Kindern gegenüber setzen, dass wir es schaffen, dass Kinderrechte ganz, ganz oben stehen und dass Frauen endlich gestärkt werden, indem wir die Kinderbildung und -betreuung in der Steiermark ausbauen und ins 21. Jahrhundert holen. Und ich hoffe, dass wir auch bei diesem Thema in dieser Legislaturperiode auf Augenhöhe weiterarbeiten können. Ich hoffe, dass wir auch in der Gender-Agents Gruppe weiterarbeiten können. Ich glaube, wir haben da wirklich einen guten Grundstein gelegt. Wenn ich in die Runde schaue, die Helga Ahrer, Doris Kampus oder Veronika Nitsche oder auch die Frau Landeshauptfraustellvertreterin Manuela Khom, wir haben da wirklich auf guter Augenhöhe Grundsteine gelegt. Und ich hoffe, dass wir diese Grundsteine jetzt weiterbauen können. Dass wir auf diesem Fundament etwas aufbauen können, damit in dem Land, gerade bei

Frauenrechten, was weitergeht. Herzlichen Dank. (*Beifall bei den NEOS und Grünen – 11.53 Uhr*)

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Martina Kaufmann. Ich darf ihr das Wort erteilen.

**LTAbg Kaufmann, MMSc BA - ÖVP (11.54 Uhr):** Danke, Herr Präsident, für das Wort. Liebe Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, liebe Zuseherinnen und Zuseher hinten auf der Tribüne oder auch zu Hause beim Livestream! Herr Präsident bitte gestatte mir zwei Sätze off topic, ich freue mich nach sieben Jahren im Nationalrat jetzt hier im Landtag auch tätig sein zu dürfen und bedanke mich vorerst einmal explizit bei den Kolleginnen und Kollegen im Landtagsklub der Steirischen Volkspartei fürs Willkommen-heißen und beim Arbeiterteam auch, damit man schnell hier auch hereinfindet und ich freue mich auch auf gute Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen. (*Allgemeiner Beifall*) Den vorliegenden Bericht des Rechnungshofes, wo ich mich an dieser Stelle sehr herzlichen bedanken darf beim Rechnungshof, kenne ich ja sehr, sehr gut, weil wir den auch einige Male im Nationalrat diskutiert haben und er gibt ein sehr, sehr schönes Bild, wie sich auch das Einkommen verändert, wie es im Verhältnis zu Männern und Frauen steht. Aber, und das möchte ich vielleicht auch noch als Fakt mit hereinbringen, es gibt keinen Aufschluss darauf, wie z. B. das Haushaltseinkommen auch gegeben ist. Oder es gibt z. B. auch keinen Aufschluss darüber, ob jemand armutsgefährdet ist oder nicht. Denn der Bericht umfasst einfach alle, die erwerbstätig sind auf der einen Seite oder die in Pension sind. Und ich glaube, das muss man auch in der Betrachtung auch mit berücksichtigen, weil ja da sehr, sehr viele Zahlen auch immer wieder genannt werden. Weil es auch einige Male besprochen worden ist und unterstrichen worden ist, dass Frauen weniger verdienen nach wie vor als Männer. Ja, das ist Fakt und das zeigt auch dieser Bericht gut auf. Allerdings, wenn man sich das anschaut, kein Kollektivvertrag, kein Gesetz sagt, dass Frauen weniger verdienen sollen als Männer, sondern das ist halt rein auch noch etwas, was systemisch auch irgendwie gemacht ist und wo man sich auch einmal anschauen muss, wie kann es auch gelingen, Frauen z. B. leichter in Führungspositionen zu bringen. Wie ist es auch möglich, Stichwort auch diverse MINT-Initiativen, Frauen vielleicht auch nicht in so typische Frauenberufe, sondern vielleicht auch in Männerberufe hineinzubringen, damit sich das auch ein bisschen mehr durchmischt und

man sich da auch in Zukunft bei dem Vergleich ein bisschen das auch anders anschauen kann. Was mir auch noch wichtig ist zu sagen, was der Bericht auch herausstreicht und gar noch nicht irgendwie in die Debatte hineingekommen ist, die Teilzeitbeschäftigung nimmt nicht nur bei den Frauen zu und ist bei den Frauen hoch, sondern sie nimmt auch bei den Männern zu. Und das ist schon ein wesentlicher Aspekt, wo wir, glaube ich, die Aufgabe haben, sehr, sehr genau hinzuschauen, warum das so ist auf der einen Seite und auf der anderen Seite, und das ist auch ein paar Mal von meinen Vorrednern schon angesprochen worden, für die Wirtschaft und für das Miteinander in unserer Gesellschaft besonders wichtig, weil wir haben einen Wohlstand, den wir uns geschaffen haben. Und es ist unsere Aufgabe auch zu schauen, dass wir, meine Generation, die nachfolgenden Generationen, auch im Erwerbsleben unseren Beitrag leisten, damit es auch möglich ist, diesen Wohlstand auch weiter zu erhalten. Und das ist auf der einen Seite sicher, wie schon angesprochen, die Schaffung der notwendigen Kinderbildungs- und -betreuungsplätze für die, die das auch wirklich brauchen. Und da hat sich in den letzten 20 Jahren die Anzahl der Kinderbildungs- und -betreuungsplätze verdoppelt. Und wir sind uns alle einig, es ist noch nicht genug und es braucht auch sozusagen noch mehr. Das wird auf der einen Seite notwendig sein und auf der anderen Seite auch das Bewusstsein, dass Arbeit auch etwas Schönes ist, dass Arbeit auch wichtig ist, dass man einen Beitrag leistet, damit wir uns auch viele Ausgaben auf der anderen Seite auch wiederum leisten können. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Dafür haben wir einiges zu tun, einige Herausforderungen, vor denen wir stehen. Ich bin davon überzeugt, dass wir hier mit guter Sachpolitik in der Steiermark vieles dazu beitragen können, dass sich auch diese Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, aber natürlich auch insgesamt in Richtung Vollzeitbeschäftigung und damit auch dem Erhalt unseres Wohlstandes in unserem Land auch beitragen werden können. Ich freue mich schon auf diese Tätigkeit. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 11.58 Uhr)*

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Hohes Haus, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme daher nun zur Abstimmung:

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 11/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke.

Gegenprobe:

Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Antrages fest.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit haben wir die Tagesordnung erledigt und ich komme zur Behandlung einer Dringlichen Anfrage.

Am Freitag, dem 17. Jänner 2025 wurde von Abgeordneten der SPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 171/1, an Herrn Landesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl betreffend „**Akutambulanzen in vollem Umfang erhalten – Steirer:innen fordern ihre Gesundheitssicherheit zurück**“ eingebracht.

Ich erteile Herrn LTAbg. Maximilian Lercher das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

**LTAbg. Lercher – SPÖ (11.59 Uhr):** Sehr Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem sehr verehrte Steirerinnen und Steirer!

Ja, es ist schade, versteht mich nicht falsch, ich freue mich, dass ihr anwesend seid auf der Regierungsbank, aber es ist trotzdem ein wenig schade, dass Landeshauptmann und Landeshauptmann-Stellvertreterin nicht anwesend sind, weil ich glaube, dass die Debatte über die steirische Gesundheit als Ganzes der Landesregierung auch gutgetan hätte, weil wir ja heute schon so oft auch von dem Steirischen Weg gesprochen haben, dem guten Miteinander, das wir pflegen. Ich glaube, dieses Miteinander sollte keine Einbahnstraße sein. Dieses Miteinander soll ja auch oppositionelle Ideen aufnehmen, und genau aus diesem Grund machen wir heute auch eine Dringliche. Nicht aus parteitaktischen Gründen, sondern weil es dringliche Probleme vor Ort, aktuell in Bruck an der Mur und in Voitsberg gibt, wo die Versorgung eingeschränkt wird. Und ich sage das ganz offen am Beginn: Die steirische Sozialdemokratie hat in Regierungsverantwortung viele sinnvolle Maßnahmen, die die KAGes betroffen haben, mitgetragen. Das werden wir auch in Zukunft tun, da ist unsere Hand definitiv ausgestreckt. Aber was wir hier jetzt sehen, ist für uns ein klarer Wortbruch. Denn in unserer Regierungszeit war die Aufrechterhaltung der Akutambulanz in Bruck an der Mur und die Öffnungszeiten in Voitsberg definitiv anders besprochen. Deswegen sehen wir hier heute Handlungsbedarf, weil sich die Bevölkerung und die Mitarbeiter in diesen Regionen

Klarheit verdient haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)* Und ich möchte auch ein paar Punkte anführen, die uns darauf bringen. Vor der Wahl war nämlich aus der KAGes heraus noch zu hören, dass es in Leoben die Kapazitäten gar nicht gibt für die Aufnahme der Akutambulanz und der vollständigen Verlegung. In Voitsberg, Herr Landesrat, wurde der Betriebsrat zwei oder drei Wochen vor der Wahl, so glaube ich, von dir persönlich informiert, dass die Öffnungszeiten so bleiben, wie sie sind. Und jetzt stellt sich für mich die Frage – und ich sehe ja diese Dringliche heute als eine Hilfeleistung –, stellt sich für mich die Frage, wer wortbrüchig geworden ist. Es kann ja natürlich auch sein, dass die KAGes-Führung selbst Fakten geschaffen hat, ohne mit der Politik zu sprechen, im Zeitraum der neuen Regierungsverhandlungen. Wenn das der Fall ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann haben wir heute hier die Möglichkeit, parteiübergreifend zu sagen: „So geht es nicht!“ Die Gesundheitsversorgung in diesem Land ist und muss eine politische Entscheidung bleiben und darf nicht von irgendeiner Managementstruktur getroffen werden. *(Beifall bei der SPÖ)* Und deswegen ist es ja heute, glaube ich, auch eine Chance, Herr Landesrat, dass wir genau über diese Punkte sprechen. Denn wenn das der Fall ist, dass hier aus dem System KAGes heraus die Politik vor vollendete Tatsachen gestellt wird, dann ist das definitiv nicht der richtige Weg. Haben wir Handlungsbedarf? Definitiv! Gibt es Probleme, die man anpacken muss? Ja, selbstverständlich! Aber eines muss doch immer im Vordergrund stehen: Die Versorgungssicherheit im Akutfall der steirischen Bevölkerung und die muss Tag und Nacht, egal in welcher Region, gewährleistet sein. *(Beifall bei der SPÖ)* Und ganz offen, es ist ja vieles passiert, da oder dort, aber wenn es um die Akutversorgung geht, geht es immer auch um Minuten. Da geht es um Schicksale, da geht es um Herausforderungen, wenn ein Kind krank wird, wenn ein Arbeitsunfall passiert, die ich niemandem wünsche, aber die stattfinden. Und gerade dort geht es auch ganz stark um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, da darf es keine offenen Fragen geben. Da müssen wir bedingungslos stehen und als Politik auch Sicherheit ausstrahlen, damit hier keine Sorgen entstehen, wo keine Sorgen kommen müssten. Und da geht es mir auch ganz stark darum, Klarheit zu definieren für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den betroffenen Häusern. Denn wir hören schon jetzt, ausgehend von dieser Umstellung, dass es keine Klarheit gibt bei den Beschäftigten zwischen Leoben und Bruck. Und erst gar nicht gibt es Klarheit, welche Fälle jetzt noch behandelt werden: Wo fahren wir jetzt hin in Zukunft mit einem Arbeitsunfall, wenn es um Minuten geht? Das heißt, das, was passiert ist – ich erwähne es noch einmal – unabgesprochen ist meiner Meinung nach ein Wortbruch und eine Verschlechterung für die

Gesundheitsversorgung in unserem Bundesland. (*Beifall bei der SPÖ*) Und ich möchte auch kurz die allgemeinen Rahmenbedingungen anführen. Ich komme ja von der Bundesebene, wir wissen ja, dass das Geld immer knapper wird, im Übrigen von der ÖVP verursacht. Weil dieses Budgetloch, das es heute gibt, hat federführend eine Partei zu verantworten, das ist die ÖVP. (*LTAbg. Frostner, MPA: „Du hast den Kreisky vergessen!“*) Und ich hoffe ... mit dem Kreisky braucht ihr bitte niemanden vergleichen, der hat diesem Land Wohlstand und Aufstieg gebracht und ihr Schulden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und deswegen möchte ich eines sagen: Wenn wir heute dieses Budgetloch auf Bundesebene sehen, wenn wir die Herausforderungen auf Bundesebene sehen, haben wir hier jetzt auch eine Landesregierung, die dementsprechend mitverhandelt. Und ich hoffe, dass die Ausweitung und Verdoppelung der Medizinstudienplätze nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben, weil jetzt werden sie gefordert. Ich habe den Antrag zweimal gebracht, sie wurden immer abgelehnt. (*LTAbg. Triller, BA, MSc: „Ihr habt sie immer abgelehnt!“*) Wir haben sie ja gemeinsam mit euch sogar auf Bundesebene gefordert. Dementsprechend hoffe ich ja auch auf die Zustimmung. Ist ja gut, dass wir da gemeinsam gearbeitet haben: Rot und Blau für die Ausweitung dieser Studienplätze. Jetzt sehen wir, ob es kommt. Die Bürgerinnen und Bürger, der Landesrat wird es dringend brauchen. Ich glaube, es wäre ein guter und richtiger Schritt.

Der nächste Punkt, den wir ehrlich ansprechen müssen: Der Druck im intramuralen Bereich, der ist ja nicht weniger geworden, der ist gestiegen bei unseren Krankenhäusern. Warum? Da hat es ja eine legendäre Krankenkassenreform gegeben in Österreich, federführend von Sebastian Kurz: „Eine Milliarde Euro werden wir den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen!“ Durchgeführt von der Ministerin Hartinger-Klein. Bekannt ist eines: Aus der versprochenen Milliarde wurde ein Millionengrab. Und zur Ehrenrettung von der Frau Hartinger-Klein, die hat zumindest zugegeben im Nachhinein: „Es ist ein Marketing-Gag gewesen!“ Und all diese Maßnahmen von der Bundesebene, die führen natürlich auch dazu, dass der Druck in der Steiermark bei unserer Bevölkerung, bei unseren Systemen steigt. Und dementsprechend appelliere ich an die Verhandlerinnen und Verhandler der steirischen Landesregierung, diese Standpunkte einzubringen, auch bei den bundespolitischen Herausforderungen. Da habt ihr uns definitiv als starken Partner an eurer Seite, weil da geht es uns ums Gleiche. Und ich glaube, das ist wichtig. Ich sehe das heute nicht als Geplänkel. Ich sehe das als ehrliche Chance, die Akutmaßnahmen, die dringend gebraucht werden, wieder sicherzustellen. Denn das hat sich die Bevölkerung verdient. Das hat sich, glaube ich, die gesamte Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterstruktur verdient. Wenn wir wollen, können wir

heute gemeinsam parteiübergreifend Beschlüsse fassen, die die regionale Versorgung besser machen. Und wenn es die ÖVP vielleicht nicht möchte, ergeht ja die Einladung an die Freiheitliche Partei, da vielleicht mit uns doch diesen konstruktiven Weg zu gehen. In diesem Sinne, im Sinne der steirischen Bevölkerung, im Sinne einer guten Gesundheitsversorgung, einer guten regionalen Gesundheitsversorgung, stelle ich heute dringlich folgende Fragen an den zuständigen Landesrat.

1. Wie wurden die Änderungen in den Ambulanzen Bruck und Voitsberg der Bevölkerung und dem Roten Kreuz kommuniziert? Im Übrigen unglaublich wichtig, das Rote Kreuz mitzunehmen und nicht nur immer Tag für Tag zusätzlich zu belasten.
2. Wie sollen Patient\_innen und Mitarbeiter\_innen des Roten Kreuzes wissen, was Bagatellverletzungen und was schwerere Verletzungen sind, und wann sie nach Bruck oder Leoben fahren sollen?
3. Wurden Gespräche mit dem Roten Kreuz im Bezirk Bruck-Mürzzuschlag bezüglich der längeren Transportwege und Wartezeiten aufgenommen?
4. Wenn ja, hat das Rote Kreuz die Kapazitäten für diesen zusätzlichen Mehraufwand?
5. Wenn nein, warum nicht?
6. Ist das Pilotprojekt MedMobil 1450 im Raum Bruck-Kindberg in die Schließungspläne der Akutambulanz im LKH Bruck eingebunden?
7. Wenn ja, in welcher Form?
8. Wenn nein, warum nicht?
9. Wurde mit den Spitälern in Niederösterreich Kontakt aufgenommen, um den Anstieg an „steirischen“ Fällen zu besprechen, da der Weg nach Niederösterreich vom oberen Mürztal kürzer ist als nach Leoben?
10. Können Sie garantieren, dass die niederösterreichischen Spitäler steirische Patient\_innen versorgen werden?
11. Wie viele Mitarbeiter\_innen müssten von Bruck nach Leoben wechseln, um das System in Leoben am Laufen zu halten?
12. Können Mitarbeiter\_innen gezwungen werden, vom LKH Bruck ins LKH Leoben zu wechseln?
13. Wie viele Mitarbeiter\_innen sind aktuell in den betroffenen Abteilungen von Bruck nach Leoben gewechselt?
14. Gibt es ausreichend Personal, um die OTR-Ambulanz in Leoben 24/7 voll zu betreiben?

15. Bis wann können Sie laut aktuellen Dienstplänen eine 24/7-Betreibung der OTR-Ambulanz in Leoben garantieren?
16. Wie viele Dienstposten waren für die OTR-Ambulanz in Bruck bis 12.01.2025 vorgesehen?
17. Wie viele Dienstposten waren zuletzt in der OTR-Ambulanz in Bruck besetzt?
18. Wie viele Dienstposten sind für die OTR-Ambulanz in Leoben ab 13.01.2025 vorgesehen?
19. Wie viele Dienstposten sind aktuell in der OTR-Ambulanz in Leoben besetzt?
20. Wurde Mitarbeiter\_innen, die von Bruck nach Leoben gewechselt sind, ein Anreiz geboten?
21. Welche baulichen Maßnahmen mussten im LKH Leoben getroffen werden, um bis zu 120 zusätzliche Patient\_innen täglich aufzunehmen?
22. Sind diese baulichen Maßnahmen bereits abgeschlossen?
23. Welche Kosten verursachten diese baulichen Maßnahmen in Leoben?
24. Sind diese Kosten im KAGes-Budget für 2024 und 2025 berücksichtigt?
25. Werden aktuell sogenannte Freelancer im Bereich Anästhesie und Chirurgie im LKH Leoben eingesetzt?
26. Wenn ja, verdienen diese Freelancer mehr als festangestellte KAGes-Mitarbeiter\_innen?
27. Wenn ja, wie viel mehr pro Stunde verdienen sie prozentuell?
28. Wie viele Kündigungen gab es seit dem 01.12.2024 im LKH Bruck und im LKH Leoben in den Abteilungen Orthopädie-Traumatologie, Chirurgie und Anästhesie?
29. Wie oft mussten selbst eingewiesene Akutpatient\_innen seit dem 13.01.2025 von Bruck nach Leoben weitergeschickt werden?
30. Wie oft mussten Akutpatient\_innen, die mit der Rettung eingewiesen wurden, seit dem 13.01.2025 von Bruck nach Leoben weitergeschickt werden?
31. Unterstützen Sie den Plan von Primar Schaflinger, Personal vom LKH Murtal Standort Judenburg ins LKH Leoben abziehen und dort keine Operationen mehr durchzuführen?
32. Wann wurde über die gekürzten Akutambulanzzeiten im LKH Voitsberg entschieden?
33. Wer hat über die gekürzten Akutambulanzzeiten im LKH Voitsberg entschieden?
34. Waren Sie als Landesrat über diesen Schritt informiert?
35. Wenn ja, ab wann?

36. Was hat sich seit Ihrem Brief vom 08.11.2024 geändert, in dem Sie schreiben, dass das aktuelle Versorgungsangebot am Standort Voitsberg in dieser Form fortgeführt wird?
37. Wie wurden die gekürzten Akutambulanzzeiten im LKH Voitsberg der Bevölkerung kommuniziert?
38. Wie wurden die gekürzten Akutambulanzzeiten dem Roten Kreuz kommuniziert?
39. Wird es angestrebt, wieder mehr Unfallchirurgen für die Akutambulanz in Voitsberg zu gewinnen?
40. Wenn ja, wie?
41. Wenn nein, warum nicht?

Ich bitte Sie, diese Fragen zu beantworten und uns alle gemeinsam bitte ich, danach Entscheidungen im Sinne der Versorgungssicherheit zu treffen. Danke, Glück auf! (*Beifall bei der SPÖ – 12.14 Uhr*)

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Ich erteile Herrn Landesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und darf darauf verweisen, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt.

**Landesrat Dr. Kornhäusl – ÖVP (12.15 Uhr):** Vielen Dank sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, werte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, vor allem aber sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Zuseherinnen und Zuseher hier im Raum und die via Livestream zugeschaltet sind!

Der Herr Landeshauptmann hat es heute schon im Rahmen der Befragung gesagt, dass vielleicht das Wort „Danke vielmals“ ein bisschen zu viel wäre, das ist bei der Dringlichen ja nicht ganz unähnlich. Also zu sagen jetzt: „Danke vielmals für die Dringliche“, wäre vielleicht ein bisschen to much, aber ... (*KO LTAbg. Lercher: „Wäre okay, oder?“*) und lieber Herr Abgeordneter, lieber Max, worüber ich mich trotzdem immer freue, ist, wenn es die Möglichkeit gibt, über Gesundheitsversorgung zu reden. Und wenn ich eines gelernt habe, ganz egal, ob jetzt in der Politik oder im Arztberuf, dann das, dass man eigentlich gar nicht zu viel reden kann, dass man gar nicht zu viel kommunizieren kann. Und ich glaube, gerade in so einem sensiblen Bereich wie der Gesundheitsversorgung ist das einfach unheimlich wichtig. Weil eines ist für mich klar, eines ist für uns als Steiermärkische Landesregierung klar und ich glaube, eines ist für uns alle hier herinnen, ganz egal, ob jetzt Regierungsfraktion oder Oppositionspartei, klar: Wir wollen die bestmögliche Versorgung und das egal, wo jemand

lebt. Die bestmögliche Versorgung nämlich in ihrer Gesamtheit, jetzt nicht nur wenn es um Spitäler geht, sondern wenn es um die Gesamtheit der Versorgung geht und das muss unser Leitstrang und unser Leitmotiv sein. Dafür braucht es, wenn es um Spitäler geht, natürlich Spezialistinnen und Spezialisten mit der entsprechenden Erfahrung und dafür braucht es selbstverständlich die Zusammenarbeit über die einzelnen Fachbereiche und Fachdisziplinen hinaus, und deshalb dieses vielschichtige Versorgungsspektrum. Eines ist natürlich klar, dieses vielschichtige Versorgungsspektrum an allen Standorten, nämlich wirklich den einzelnen Standorten abzubilden, das ist nicht möglich aufgrund des medizinischen Fortschritts, aufgrund eines demografischen Wandels, eines gesellschaftlichen Wandels, aufgrund von Arbeitszeit- und ausbildungsrechtlichen Bestimmungen. Und es wäre jetzt ganz egal, wenn man doppelt und dreimal so viele Ärztinnen und Ärzte, Pflegefachkräfte hätten, es gäbe – und das sage ich jetzt wirklich unter Anführungszeichen – zum Glück, wirklich zum Glück, gar nicht genug Patientinnen und Patienten, um an jedem Standort eine derartige Expertise, wie es aber im LKH Hochsteiermark möglich ist, sich erarbeiten zu können. Das bedeutet, ich brauche eine Top-Ausbildung für unsere Pflege, für die Nachwuchsmedizinerinnen und Nachwuchsmediziner und zusätzlich zur Ausbildung braucht es natürlich die Erfahrung, die ich mir im Laufe von Jahren aneignen kann, wenn ich viele Patientinnen und Patienten behandle. Und das ist mit ein Grund, warum an Strukturmaßnahmen – das ist eigentlich ein furchtbares Wort, so technokratisch –, aber warum daran letzten Endes kein Weg vorbeiführt. Und wir haben oft darüber gesprochen, auch im letzten Jahr, was die KAGes-Strukturreform anbelangt, die eben dieser Spezialisierungen auch Rechnung trägt. Und insbesondere – und da waren wir auch gemeinsam stolz darauf, und das können wir auch sein – bringt es am LKH Hochsteiermark mit seinen drei Standorten Leoben, Bruck an der Mur und Mürzzuschlag eine Verbesserung der Versorgungsqualität für die gesamte Region. Und ich habe das unlängst erst gesagt: Die KAGes, wenn man so will, arbeitet daran, aus dem LKH Hochsteiermark ein weiteres, ein zweites Flaggschiff innerhalb der KAGes-Flotte zu bauen und zu etablieren. Weil eines muss man schon sagen an dieser Stelle: Diesen Fächerkanon, den wir am LKH Hochsteiermark haben, den gibt es ansonsten nur und ausschließlich auf der Universitätsklinik LKH Graz. Und ich glaube, jeder, der mich kennt, der weiß, ich habe nie etwas schöngeredet, ganz im Gegenteil, ich spreche die Dinge da schon an. Und ja, da gebe ich dir sehr, sehr recht, was das Thema Klarheit anbelangt, nämlich auch Klarheit in der Kommunikation und in der Sprache und da braucht es vielfach Erklärungen. Da bin ich auch den Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern der KAGes sehr dankbar, insbesondere jetzt natürlich in dem Fall am LKH Hochsteiermark, dass sie diese Veränderung auch in vielen Gesprächen mittragen und dass das dazu beiträgt, zu einem besseren Verständnis. Und mir ist völlig klar, dass gerade am Anfang von solchen Prozessen, die große Umbrüche bedeuten, da viele Sorgen sind, viele Fragen aufkommen. Jetzt können wir im medizinischen Jargon bleiben und sagen, dass es da Kinderkrankheiten gibt. Aber es wird uns gemeinsam gelingen, diese Kinderkrankheiten auch auszukurieren. Und ja, da braucht es definitiv eine bessere Kommunikation zwischen unseren Spitälern und der Bevölkerung, zwischen den Verantwortlichen da wie dort, auch mit dem Roten Kreuz, mit den Einsatzorganisationen, mit all unseren Partnerinnen und Partnern im Gesundheitswesen. Da möchte ich einfach noch einmal wiederholen, was sowohl die Ärzteschaft am LKH Hochsteiermark als auch die Führungskräfte mehrmals erklärt haben, dass dieser Schritt, den wir hier ja gemeinsam auch getätigt haben, nämlich aus dem Standort Leoben einen Standort zu machen, wo alle operativen, wenn man so will, schneidenden Fächer gebündelt werden und am Standort Bruck einen sogenannten konservativen Standort zu machen. Man darf eines nicht vergessen: Aus dem Standort Bruck an der Mur wird das zweite Herz-Lungen-Zentrum, wenn die Lungenabteilung von Leoben nach Bruck wandert, dass das definitiv zu einer besseren Behandlungsqualität führen wird. Und auch angesprochen auf die Abteilung Orthopädie und Traumatologie, da muss man vielleicht schon auch eines sehen und ich glaube, das ist auch wichtig, dass man das an dieser Stelle schon auch erwähnt und betont, weil wie ist die Situation jetzt gewesen? Wir hatten oder haben drei Standorte und es gibt eine Abteilung mit einer 24-Stunden-Ambulanz, das war die Situation. In Zukunft, also seit dem 13. Jänner, haben wir die drei Standorte wir haben eine Abteilung mit einer 24-Stunden-Ambulanz und wir haben zusätzlich eine Abteilung, die von sieben bis 15 Uhr geöffnet hat. Das ist eine Ambulanz, die es ja nicht gegeben hat in diesem Verbund bisher. Und das ist etwas, was wir auch gemeinsam in der Landeszielsteuerung so beschlossen haben. Das ist etwas, was Weitblick beweist und wo ich mir sicher bin, dass es für die Region auch den entsprechenden Mehrwert bringen wird. Dass wir es vor allem mit dem LKH Hochsteiermark mehr als nur ernst meinen – mehr als nur ernst meinen –, das beweist allein schon die Tatsache, dass wir in keinem Spitalsverbund so viel Geld investieren – Ausnahme ist jetzt das Universitätsklinikum LKH Graz –, aber in keinem anderen Spitalsverbund so viel Geld investieren, wie in das LKH Hochsteiermark. Das sind 100 Millionen Euro in den nächsten Jahren, das sind allein 60 Millionen Euro nur am Standort Bruck an der Mur. Wenn ich daran denke, dass, wie bereits erwähnt, die Lungenabteilung von Leoben runtersiedeln

wird, dort ein Herz-Lungen-Zentrum entsteht, der zweite Herzkathedertisch, den wir beschlossen und implementiert haben, arbeitet bereits. Es wird noch im Frühjahr den Spatenstich geben für eine Abteilung für Psychiatrie mit 100 Betten, die die ganze Obersteiermark versorgen soll, ein tageschirurgisches Zentrum für kleine Eingriffe, eine Tagesklinik für Hauterkrankungen, das alles wird ja entstehen und kommt im Laufe der Monate und Jahre in Bruck an der Mur. Das, glaube ich, ist schon wichtig, dass man das bei dieser Diskussion nicht ganz außer Acht lässt und schon auch erwähnt, was da an Mehr und an Plus kommen wird. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Was mir persönlich aber wichtig ist, und das sage ich jetzt auch bewusst als einer der fast ein Jahr lang als junger Turnusarzt in einer Hausarztordination arbeiten durfte – in dem Fall in einem anderen Winkel der Steiermark, nämlich im schönen Bezirk Leibnitz –, ich glaube, es ist wichtig, dass man die Spitäler nicht nur als einzigen Träger der Gesundheitsversorgung sieht. Ich habe das immer schon gesagt: Die Zukunft der Versorgung muss in der Vielfalt liegen. Und wenn man so will, sind die Spitäler die Spitze der Versorgungspyramide und dann gibt es aber viele andere Ebenen, ich denke an unser Gesundheitstelefon 1450, das in der Steiermark dankenswerter Weise gut angenommen wird. Ich denke an die vielen niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen, ganz gleich, ob sie jetzt hausärztlich tätig sind oder ob sie fachärztlich tätig sind. Ich denke an unsere Gesundheitszentren, mein Gott, Hannes Schwarz und ich sind ganze Jahr durch das Land getingelt und haben Gesundheitszentren eröffnen dürfen, die wir gemeinsam auch einstimmig in der Landeszielsteuerung, in der Plattform beschlossen haben. Das ist der Grund, warum die Steiermark hier wirklich an der Spitze der Bundesländer liegt und andere Bundesländer in die Steiermark schauen. Und natürlich ist mir klar, dass Oppositionsarbeit auch Reibung bedeutet und Kritik, ich bin auch sehr dankbar für die konstruktive Kritik, auch für das Angebot, lieber Herr Abgeordneter, dass man diese Dinge auch gemeinsam bespricht. So wie deine Hand ausgestreckt ist, hoffe ich auch wahrgenommen zu werden als jemand, dessen Hand immer ausgestreckt war und immer ausgestreckt sein wird, weil es natürlich wichtig ist, dass man die bestmögliche Versorgung gemeinsam sicherstellt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt Veränderungen in den Spitalsstrukturen nicht nur in Österreich, nicht nur in der Steiermark, in ganz Europa. Ich habe es bereits erwähnt, das ist vielen Umständen geschuldet, einem zu Glück rasend voranschreitenden medizinischen Fortschritt, natürlich der Demografie, natürlich der Ausbildung der jungen Kolleginnen und Kollegen. Und du hast etwas angesprochen, lieber Herr Abgeordneter, lieber Max, wo du bei mir, na ja, ich sage nicht nur offene Türen, sondern offene Scheunentore einrennst, weil, wie

---

wir alle wissen, liegen viele Dinge, was die Kompetenzen anbelangt, eben nicht in Landeshänden. Wir haben heute ein Kompetenzwirrwarr, einen Kompetenzdschungel in der Gesundheit mit vielen verschiedenen Verantwortungsträgern, von Bund, Kommunen, Länder, die verschiedensten Sozialversicherungsträger, Standesvertreter etc. etc. Und das ist etwas, was ich mir schon erwarte von der nächsten Bundesregierung, nämlich einen Masterplan Gesundheit Österreich auf die Beine zu stellen, einen Reformprozess, der wirklich diesen Namen Reformprozess auch verdient und da muss jeder am Tisch sitzen. Da kann sich keiner wegducken, da kann niemand sagen: „Nein, das geht mich nichts an, da bin ich nicht dabei!“ Und ein Reformprozess, wo am Ende des Tages die Vorschläge, die hoffentlich gemeinsam erarbeitet werden, nicht in einer Schublade verschwinden, sondern wirklich zur Umsetzung kommen – das wird nicht von heute auf morgen gehen, das wird seine Zeit brauchen –, aber wir müssen diesen Schritt gehen. Und ja, da wird die nächste Bundesregierung gefordert sein, einen entsprechenden Masterplan Gesundheit ins Leben zu rufen.

So, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein sehr gutes Gesundheitssystem, wir wollen das beste, ich glaube, es ist wichtig, dass es da keine Standesdünkel gibt, dass es keine Denkverbote gibt, diskutieren wir offen, tauschen wir uns die Argumente aus und geben wir den Steirerinnen und Steirern das, was sie sich verdienen in allen Bereichen, aber ganz besonders auch in der Gesundheit, nämlich Sicherheit. Die an mich gerichteten Fragen beantworte ich wie folgt – eingangs darf ich festhalten, dass sich die Zuständigkeit des Landes Steiermark lediglich auf das Rettungswesen bezieht. Das Krankentransportwesen ist ein bundesgesetzliche, nach dem allgemeinen Sozialversicherungsgesetz normierte Leistung und ist von der Sozialversicherung zu erbringen. Ergänzend dazu darf ich der Form halber darauf hinweisen, dass es kein LKH Bruck an der Mur, kein LKH Leoben gibt, sondern seit 2015 das LKH Hochsteiermark mit den Standorten Leoben, Bruck und seit 2022 auch mit dem Standort Mürzzuschlag etabliert ist. Somit stellt das LKH Hochsteiermark seither als Schwerpunktkrankenanstalt im Sinne des § 2a Abs. 1 lit. b KAKUG die Schwerpunktversorgung für die Obersteiermark sicher. Sowohl am Standort Bruck als auch am Standort Voitsberg ist eine Rund-um-die-Uhr-Notfallversorgung selbstverständlich gewährleistet, dies durch die dort etablierten internistischen Abteilungen, die zusätzlich auch Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner einsetzen. Medizinische Notfälle werden selbstverständlich an allen Standorten der KAGes notfallmedizinisch versorgt und erforderlichenfalls entsprechend der jeweiligen Indikation weitertransferiert. Gemäß § 8 Abs. 1 Ziff. 3 KAKUG muss in Schwerpunktkrankenanstalten jedenfalls in Abteilungen der

Organisationseinheiten für Anästhesiologien, Intensivmedizin, Chirurgie, Innere Medizin, Frauenheilkunde, Geburtshilfe, Kinder- und Jugendheilkunde, Neurochirurgie (Rufbereitschaft, in dem Fall in Kooperation mit der Universitätsklinik), Psychiatrie, Neurologie und Unfallchirurgie bzw. Orthopädie und Traumatologie eine Fachärztin oder Facharzt des betreffenden Sonderfaches in der Anstalt dauern anwesend sein. Diese Norm hat den Zweck, dass die genannten Fächer allenfalls in der Versorgung eines Notfalls zusammenarbeiten müssen. Aus diesem Grund ist die Zusammenführung zumindest der Fächer Allgemein- und Viszeralchirurgie, Allgemein- und Gefäßchirurgie, Orthopädie- und Traumatologie an einem Standort sinnvoll. Der Umstand, dass bisher die Allgemein- und Viszeralchirurgie am Standort Leoben, aber die Orthopädie- und Traumatologie am Standort Bruck verortet waren, konterkariert diesen Zweck, sodass Polytraumata, also wirklich Schwerstverunfallte und -verletzte zumeist nach Graz geflogen werden mussten. So war die Strukturänderung zur Herstellung des gesetzeskonformen Zustandes angezeigt. Auch der Umstand, dass bisher am Standort Leoben keine Traumaambulanz stattgefunden hat – das habe ich bereits erwähnt – und Patientinnen und Patienten etwa aus Treglwang schon bisher zum Standort Bruck fahren mussten, ist in der bisherigen Diskussion untergegangen. Und wie bereits erwähnt: Es handelt sich um keine Reduktion des Leistungsspektrums, sondern in Wahrheit um eine Vermehrung, weil es zusätzlich zu 24-Stunden-Ambulanz jetzt eine Tagesambulanz geben wird. Das bedeutet auch für das Rettungswesen, dass längere Wege aus dem Osten kürzere Wege aus dem Westen gegenüberstehen. Weiters darf ich festhalten, dass es kein LKH Voitsberg gibt in Analogie zu vorhin genannt, sondern der Standort Voitsberg seit 01.01.2025 ein Standort im Verbund LKH Graz II ist. Davor war der Standort Voitsberg Teil des LKH Weststeiermark.

Zur Frage 1 – LKH Hochsteiermark:

Es wurde in der Projektabwicklung ein Kommunikationskonzept erarbeitet. In diesem war unter anderem die Aussendung einer Presseinformation für die Bevölkerung, die Entwicklung von Plakaten bzw. Flyern als Informationsquelle für Patientinnen und Patienten, sowie das Verschicken eines Informationsschreibens an Zuweiser und Zubringer des LKH Hochsteiermark vorgesehen. Alle Maßnahmen wurden umgesetzt. Zudem kam es seit Ende November 2024 in regelmäßigen Abständen zu Pressemeldungen, in denen die Bevölkerung über die notwendige Umsetzung der Strukturmaßnahme informiert wurde. Allein der ORF, die Kleine Zeitung, die Steirerkrone und Mein Bezirk haben in über 20 Beiträgen darüber berichtet.

Auf mein Ersuchen werden und wurden in regelmäßigen Abständen Informationsgespräche mit dem Roten Kreuz – da bin ich dem Präsidenten Schrittwieser außerordentlich dankbar, das ist so eine Zusammenarbeit, die sehr, sehr gut funktioniert –, aber auch mit anderen Rettungsdiensteanbietern im Einzugsgebiet des LKH Hochsteiermark geführt. Übrigens nicht nur LKH Hochsteiermark, ich habe ersucht, dass die Direktoren auch der anderen Spitalsverbände LKH Oststeiermark z. B. mit ihren Einsatzorganisationen regelmäßig Rücksprache halten. Diese Gespräche finden je nach Dringlichkeit in einem Abstand von zwei bis sechs Wochen, entweder in den Örtlichkeiten des Roten Kreuz oder der KAGes statt. Seitens des Roten Kreuz sind eingebunden: Bezirksgeschäftsführung, Bezirksrettungskommandanten, Bezirksstellenleiter und eben, wie gesagt, der Präsident des Roten Kreuz, mit dem ich mich selber regelmäßig austausche. Seitens der KAGes sind die betroffenen Primare, Pflegedirektion, Betriebsdirektion sowie die Ärztliche Direktion eingebunden. Natürlich wird der Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei Bedarf entsprechend erweitert. Aktuell ist ein weiteres Informationsgespräch – das ist angeblich das 18. – im Rahmen der Strukturmaßnahmen am LKH Hochsteiermark geplant für Ende Jänner.

LKH Graz II:

Seit Dezember 2024 sind Plakate mit den geänderten Rahmenbedingungen in den Räumlichkeiten des Standortes Voitsberg angebracht. Am 20.12.2024 fand eine Infoveranstaltung mit Vertretern des Roten Kreuzes sowie mit betroffenen Primari des LKH Graz II statt.

Zur Frage 2:

In der Steiermark ist das System virtEBA, die sogenannte virtuelle Erstaufnahme, zur Lenkung von Rettungstransporten etabliert. Die Disposition der Patientinnen und Patienten erfolgt direkt im Rettungsauto mit Hilfe von Patientenzuweisungs-codes, die für jeden Standort – dem jeweiligen Leistungsangebot entsprechend – hinterlegt sind. Dies erlaubt auch eine Differenzierung des Schweregrades. Die Patientenzuweisungs-codes für das LKH Hochsteiermark wurden in Zusammenschau mit den jeweiligen Übersiedlungsphasen angepasst und so eine exakte Patientenzuteilung ermöglicht. Die Rettungsdienste wurden seitens des Direktoriums Hochsteiermark in routinemäßigen Sitzungen über die Änderungen im Leistungsangebot informiert. Parallel erfolgte eine Information der Patientinnen und Patienten über die Medien und Zuweiserinnen und Zuweiser.

Zu den Fragen 3. bis 5.:

Die Rettungsdienste wurden seitens des Direktoriums Hochsteiermark in routinemäßigen Sitzungen über die Änderungen im Leistungsangebot informiert. Es wurden auch Gespräche betreffend Transportwege und Wartezeiten geführt – siehe Beantwortung Frage 1. Die Disposition der Fahrten erfolgt durch das Rote Kreuz.

Zu den Fragen 6., 7., 8.:

Nein. Da geht es um MedMobil 1450, da muss man dazusagen: Das MedMobil 1450 in erster Linie hausärztliche Tätigkeiten, Husten, Schnupfen, Heiserkeit, Durchfallerkrankungen etc. abarbeitet und weniger bis keine Traumata oder Unfallverletzungen.

Zur Frage 9.:

Soweit bekannt, war es bereits zuvor, im Sinne einer optimalen Versorgung von Patientinnen und Patienten gängige Praxis, dass Erkrankte bzw. Verunfallte in die räumlich nächstgelegenen fachlich zuständigen Krankenanstalten transportiert werden. Also das gilt für das bodengebundene Rettungswesen, Notarztwesen, nie natürlich für das luftgebundene.

Zur Frage 10.:

Niederösterreichische Spitäler versorgen auch jetzt schon steirische Patientinnen und Patienten. So wie steirische Spitäler auch jetzt schon Patientinnen und Patienten aus anderen Bundesländern versorgen. Um länderübergreifende Kooperationen zu fördern und damit auch den Patientennutzen stärker in den Mittelpunkt zu stellen, bekräftige ich an dieser Stelle auch meine Forderung nach einem Masterplan Gesundheit Österreich. Nur um ein Beispiel zu nennen: Da gibt es einen regen Austausch mit dem Burgenland z.B.: Wo kann man hier versuchen, zusammenzuarbeiten? Auch mit dem Land Kärnten, das ist ja etwas, was absolut Sinn macht.

Zu den Fragen 11. und 12.:

Keine Mitarbeiterin bzw. kein Mitarbeiter muss vom Standort Bruck an den Standort Leoben wechseln, um das System am Standort Leoben zu verstärken. Selbstverständlich könnten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch einseitig versetzt werden, rein arbeitsrechtlich. Aber der arbeitsverfassungsrechtliche Versetzungsschutz wäre dabei zu beachten und erfreulicherweise war und ist dies nicht erforderlich. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der siedelnden Abteilung für Orthopädie und Traumatologie sowie allen betroffenen Berufsgruppen wurden Stellen am Standort Bruck und in anderen Abteilungen bzw. Funktionsbereichen angeboten. Die meisten Mitarbeitenden wollten aber an der Abteilung auch am neuen Standort bleiben und haben die neuen Örtlichkeiten mittlerweile bezogen. Ich

habe da selber mit einigen Kolleginnen und Kollegen aus der Pflege und dem medizinischen Bereich telefoniert, das muss ich sagen, hat wirklich sehr kollegial, sehr freundschaftlich und sehr professionell funktioniert. Es freut mich besonders, dass es sowohl in der ärztlichen als auch in der pflegerischen Belegschaft der OTR eine hervorragende Stimmung gibt und der Wechsel an den Standort Leoben erfolgreich gelaufen ist.

Zur Frage 13.:

Derzeit sind 77 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Standort Bruck an den Standort Leoben gewechselt.

Zur Frage 14.:

Ja, es gibt ausreichend Personal. Das war die Frage nach der 24-Stunden-Ambulanz am Standort Leoben. Und erlauben Sie mir anzumerken, dass die OTR-Ambulanz einen Teil der interdisziplinären chirurgischen Ambulanz darstellt. Diese interdisziplinäre chirurgische Ambulanz setzt sich weiters aus den Fächern Allgemein- und Viszeralchirurgie, also das ist die gesamte Bauchchirurgie, sowie Allgemein- und Gefäßchirurgie zusammen.

Zur Frage 15.:

Die OTR-Ambulanz am Standort Leoben wird bereits seit 13.01.2025 rund um die Uhr, sieben Tage die Woche betrieben.

Zur Frage 16.:

Das Pflegepersonal wird für die Ambulanzen insgesamt berechnet und eingesetzt. Daher können die Diensträder auch nicht nur einer Ambulanz zugerechnet werden. Es muss daher die gesamte interdisziplinäre chirurgische Ambulanz betrachtet werden. Natürlich resultiert ein Teil des Personaleinsatzes und damit des Personalbedarfs aus der Orthopädie/Traumatologie. Es gibt aber Synergien insbesondere außerhalb der Regelbetriebszeit, wo Mitarbeitende für Patientinnen und Patienten verschiedener Sonderfächer eingesetzt werden. Insgesamt waren am 31.12.2024 für die interdisziplinäre chirurgische Ambulanz am Standort Bruck 37,66 Soll-Stellen vorgesehen. Nunmehr sind aufgrund der Verlagerung der Orthopädie/Traumatologie-Versorgung nach 15.00 Uhr und auch der Verschiebung von gefäßchirurgischen Leistungen an den Standort Leoben 28,89 Stellen vorgesehen.

Zur Frage 17.:

Zum 31.12.2024 waren an der interdisziplinären chirurgischen Ambulanz am Standort Bruck 35,43 Stellen besetzt. Anmerken möchte ich, dass eine Trennung der Dienstposten dieser interdisziplinär geführten Ambulanz nicht möglich ist, da die Mitarbeitenden interdisziplinär eingesetzt werden – siehe auch Beantwortung Frage 16.

Zur Frage 18.:

Das Pflegepersonal wird insgesamt für die Ambulanzen berechnet und eingesetzt. Natürlich resultiert ein Teil des Personaleinsatzes und damit des Personalbedarfs aus der Ortho/Trauma. Es gibt aber Synergien eben außerhalb der Regelbetriebszeit, wo Mitarbeitende für Patientinnen und Patienten verschiedener Sonderfächer eingesetzt werden. Aufgrund der Größe des Standortes Leoben ist aber eine Trennung in konservative und schneidende Fächer etabliert. Die interdisziplinäre chirurgische Ambulanz am Standort Leoben ist ab Jänner 2025 etabliert mit chirurgischen, gefäßchirurgischen und die orthopädisch/traumatologischen Leistungen. Die genaue Anzahl der Dienstposten für die Ortho/Trauma-Ambulanz kann nicht klar abgegrenzt werden, weil eben gemeinsamer Pool. Insgesamt sind aktuell für die interdisziplinäre chirurgische Ambulanz am Standort Leoben 26,9 Soll-Stellen vorgesehen. Ohne die Ortho/Trauma hätten sich 18,53 Stellen ergeben.

Frage 19.:

Mit Stichtag 20.01.2025 sind an der interdisziplinären chirurgischen Ambulanz am Standort Leoben 23,75 Stellen besetzt. Zusätzlich zur vorhandenen Pflege braucht es auch das ärztliche Personal. Dieses wird aber nicht auf Ambulanzebene wie in der Pflege, sondern insgesamt auf Abteilungsebene geplant. Derzeit sind an der Abteilung für Orthopädie und Traumatologie neben dem Primar 8,6 Fachärztinnen und Fachärzte sowie vier Assistenzärztinnen und Assistenzärzte sowie ein Allgemeinmediziner in Teilzeit und sechs Turnusärztinnen und Turnusärzte tätig. Diese Besetzung reicht aus, um den 24/7 Betrieb am Standort Leoben mit zwei Diensträdern – eine Fachärztin bzw. ein Facharzt und eine Assistentin bzw. ein Assistent oder eine Turnusärztin bzw. ein Turnusarzt im Dienst – aufrecht zu erhalten. Unter Berücksichtigung der Abwesenheiten ergeben sich daraus ca. sieben anwesende Ärztinnen bzw. Ärzten pro Tag. Diese sind notwendig, um den OP-Betrieb, die Ambulanzen an den Standorten Leoben und Bruck während der Regelbetriebszeit und die Versorgung der Station unter Berücksichtigung von Qualitäts- und Ausbildungsaspekten gut besetzen zu können. Eine Trennung der interdisziplinären chirurgische Ambulanz in chirurgische-Ambulanz,

Gefäßambulanz und OTR-Ambulanz ist nicht möglich, da die Mitarbeitenden interdisziplinär eingesetzt werden.

Frage 20.:

Monetäre Anreize wurden nicht geboten. Es gilt die Betriebsvereinbarung Sozialplan, sodass im Falle verlängerter Wege abhängig vom Wohnort befristet für fünf Jahre eine finanzielle Abfederung des zusätzlichen Fahrtaufwandes geleistet wird. Der große Anreiz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war es, in eine moderne medizinische Infrastruktur zu wechseln.

Frage 21.:

Ambulanzbereich: Schaffung und Adaptierung von Ambulanzzräumen, Errichtung einer neuen zentralen Anmeldung für die interdisziplinäre chirurgische Ambulanz, Adaptierung Wartebereich Ambulanz, Errichtung eines „Schockraum CT's“, Adaptierung Schockraum.

Zentral-OP / AEMP (Aufbereitungseinheit für Medizinprodukte): Da hat es eine Erweiterung/Adaptierung der Lagerkapazitäten im OP-Bereich für OTR-OP, sowie zusätzliche Aufbereitungsanlagen gegeben.

Allgemein: Erweiterung Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterparkplatz um zusätzliche 80 Parkplätze, Erweiterung „Grüne Zone“ zur Verbesserung der Parkplatzsituation, Erweiterung der Kapazität der Zentralgarderobe, Errichtung/Adaptierung Dienstzimmer.

Frage 22.:

Großteils ja. Die baulichen Maßnahmen sind – bis auf die noch notwendige Adaptierung von Dienstzimmern – vorerst abgeschlossen. Nicht unspannend: Die neuen Wartesessel werden auf Grund von langen Lieferzeiten voraussichtlich erst in der KW 07 geliefert. Gut, ist so.

Frage 23.:

Gesamtkosten Bau und Investitionen betragen bis dato: 3,138.693 Euro. Sämtliche Ausgaben beziehen sich ausschließlich auf die Orthopädie und Traumatologie und nicht auf weitere Strukturmaßnahmen am Standort Leoben.

Frage 24.:

Die Kosten für die baulichen Maßnahmen der OTR-Ambulanz am Standort Leoben sind im KAGes-Budget 2024 und 2025 berücksichtigt.

Frage 25.:

Nein, Freelancer werden nicht eingesetzt.

Fragen 26. und 27: Siehe Frage 25.

*(Zweiter Präsident Mag. Drexler: „Herr Landesrat, ich darf dich nur daran erinnern, dass ein bisschen Zügigkeit angebracht wäre, denn die Zeit neigt sich dem Ende zu, ich weiß, wovon ich spreche!“)* Ja, es ist sehr umfangreich mit 41 Fragen.

Frage 28.:

Seit dem 01.12.2024 hat es in den Abteilungen für Orthopädie und Traumatologie, Chirurgie und Abteilung für Anästhesie und Intensivmedizin folgende Kündigungen gegeben:

Es haben zwei Pflegekräfte der Abteilung für OTR und eine Pflegekraft der Abteilung für Anästhesie und Intensivmedizin am Standort Bruck a. d. Mur gekündigt. Weiters hat ein Arzt der Abteilung für Allgemein- und Viszeralchirurgie am Standort Leoben gekündigt. Wir haben uns auch die Eintritte angeschaut, weil es verlassen nicht nur Leute die Abteilung, sondern es kommen Gott sei Dank auch. Allgemeinchirurgie: 2 Assistenzärzte seit 01.12.2024, 1 Assistent in Basisausbildung, und 1 Pflegefachassistent, OTA: 1 Oberarzt, 1 Assistenzarzt, 1 Pflegeassistent und Anästhesie: 1 Oberarzt.

Frage 29.:

Soweit es aus dem patientenführenden System openMEDOCs auswertbar ist, wurde im Zeitraum vom 13.01.2025 bis 17.01.2025 ein Selbstzuweiser an den Standort Leoben vermittelt.

Frage 30.:

Soweit es aus dem patientenführenden System openMEDOCs auswertbar ist, wurde im Zeitraum vom 13.01.2025 bis 17.01.2025 keine Akutpatientin bzw. kein Akutpatient, die bzw. der mit der Rettung an den Standort Bruck a. d. Mur gebracht wurde, an den Standort Leoben transferiert.

Frage 31.:

Mit Strukturfragen beschäftigen sich Expertinnen und Experten im Rahmen des RSG 2030.

Frage 32.:

Im vierten Quartal 2024.

Frage 33.:

Der Projektausschuss des Projektes „Erweiterung Verbund LKH Graz II um den Standort Voitsberg“ hat die bedarfsorientierten Änderungen der Ambulanzzeiten am Standort Voitsberg beschlossen.

Fragen 34. und 35.:

Die organisatorischen Entscheidungen werden durch die Verantwortlichen des Managements in der KAGes getroffen. Eine Information erfolgte schließlich knapp vor der allgemeinen Veröffentlichung.

Frage 36.:

Ich habe in meinem Schreiben an die Bürgermeister ein Bekenntnis zum Verbleib der chirurgischen Ambulanz in Voitsberg abgegeben. Die Anpassung der Öffnungszeiten ist eine medizinische Entscheidung: Wir beginnen früher, enden ein bisschen später, das stimmt, aber da haben mir die Verantwortlichen gesagt, dass das den Patientenströmen entspricht, um eben den Bedarf patientengerecht abdecken zu können. Die Versorgung in der Weststeiermark ist mir ein großes Anliegen und das wird sich auch im neuen Regionalen Strukturplan Gesundheit, der im nächsten Jahr adaptiert wird, definitiv abbilden, das kann ich versprechen an dieser Stelle.

Frage 37.:

Es gab vorab eine interne Kommunikation durch das ärztliche Direktorium an den Standort Voitsberg über die neuen Ambulanzzeiten. In der KW 51 wurde für Patientinnen und Patienten sowie die Besucherinnen und Besucher ein Plakat publiziert, das die geänderten Ambulanzzeiten kommuniziert. Diese Information wurde zeitgleich auf der Homepage veröffentlicht, wie es zeitgleich auch ein direktes Schreiben an Zuweiserinnen und Zuweiser und Stakeholder gab.

Frage 38.:

Die adaptierten Öffnungszeiten wurden in einem gemeinsamen Termin/Informationsveranstaltung am 20.12.2024 kommuniziert. Die Änderungen im Leistungsangebot und den Öffnungszeiten wurden auch in der virtEBA eben für das Rote Kreuz hinterlegt.

Frage 39.:

Ich möchte dazu festhalten, dass der aktuelle RSG-Steiermark Versorgungsregion 1 und 2 am Standort Voitsberg eine Ambulanz für Allgemein- und Viszeralchirurgie vorsieht und derzeit keine umfallchirurgische, was nicht heißt, dass man nicht im neuen RSG entsprechend über das diskutieren kann.

Fragen 40. und 41.:

Siehe Beantwortung der Frage 39.

Herr Präsident, es tut mir leid, dass ich jetzt zwei Minuten überzogen habe, aber es war eine umfangreiche Dringliche Anfrage, es ist ein wichtiges Thema. Sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank und ich freue mich auf die Diskussion. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 12.46 Uhr)*

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl. Ich erteile es ihr.

**KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (12.47 Uhr):** Danke, Herr Präsident, werte Landesrätinnen und Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber vor allem natürlich auch liebe betroffene Bevölkerung und Zuhörende!

Ich möchte vielleicht so einsteigen wie ich das seit zehn Jahren erlebe in diesem Haus: Die Geschichte der steirischen Gesundheitspolitik ist in den allermeisten Belangen eine Geschichte gebrochener Versprechen und intransparenter Kommunikation. Und auch wenn die Antworten des Herrn Landesrats jetzt aufgrund der Zeitknappheit – verstehe ich schon – sehr schnell durchgeführt wurden, hat man doch auch klar erkannt, dass genau diese Intransparenz ein wesentliches Problem ist in der Akzeptanz jeglicher strukturellen Veränderungen im Gesundheitssystem. Und ich komme auf das dann später noch zu sprechen. Max Lercher hat von einer Chance heute gesprochen. Also die Chance wäre für mich in erster Linie, zu erkennen, dass man mit dem schon sehr überraschenden Rollenwechsel von FPÖ und SPÖ alleine noch nicht Vertrauen zurückgewinnt. Und dass nämlich gerade die FPÖ, die bisher jegliche Veränderung lauthals beklagt hat und sofort aufgeschrien hat, wenn sich irgendwas verändert, sich jetzt in absoluter Stille übt, seit diese Probleme in den angesprochenen Bezirken benannt werden, ist schon äußerst erstaunlich, finde ich. Also es ist zumindest erstaunlich. Es macht jedenfalls aber das Vertrauen in die Gesundheitspolitik nicht größer. Die SPÖ hat hingegen in der Vergangenheit meistens dazu geschwiegen und hat jetzt eine Dringliche gemacht. Für die Fragen bin ich im Übrigen im Großen und Ganzen dankbar, auch wenn wir vielleicht ein paar weniger machen hätten können, damit sie ein bisschen klarer beantwortet werden können. Aber das Hauptproblem sehe ich eigentlich in dem Kontinuum, das hier sichtbar wird. Das Kontinuum ist nämlich die ÖVP, die gerade im

---

Hinblick auf die Information der Mitarbeiter\_innen, aber auch der Bevölkerung – und da muss ich jetzt schon auch noch einmal dem etwas entgegensetzen, was der Herr Landesrat gesagt hat – aus meiner Sicht eine gewisse Täuschung auch zu verantworten hat. Denn alle Informationsmaßnahmen – und das habe ich wirklich gehört trotz der Geschwindigkeit deiner Antwort –, alle Informationsmaßnahmen, die du aufgezählt hast, sind nach der Landtagswahl erfolgt. Davor hat man offensichtlich durch die nicht klare Information und nicht transparente Information in den Abteilungen zu den Mitarbeiter\_innen, (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Das war im Sommer bekannt!“*) aber auch zur Bevölkerung, hat man jedenfalls offensichtlich nicht so kommuniziert, dass sie verstanden worden ist oder hat einen falschen Eindruck erweckt. Und was da jedenfalls ganz, ganz klar ist, ist, dass weder das eine noch das andere – weder Versprechen geben, die man dann nicht halten kann, noch zu fordern, dass alles immer gleichbleibt, wie es ist, weil das einfach auf Basis der medizinischen Entwicklungen nicht sinnvoll ist –, keines davon löst die Gesundheitsprobleme, die wir haben, oder die gesundheitspolitischen Probleme. Und nichts davon stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in eine zuverlässige Gesundheitspolitik. (*LTAvg. Mag. Schnitzer: „Permanentes Schlechtreden, das ist das Ziel!“*) Was wir brauchen ... nein, nicht permanentes Schlechtreden, Lukas, sondern das, was der Herr Landesrat ja heute wieder betont hat, was ihm so wichtig ist, nämlich eine ganzheitliche Versorgung, was wir in vielen Gesundheitsdebatten in diesem Landtag immer wieder gefordert haben, egal in welchem Bezirk, dass es nämlich einen guten Aufbau einer niederschweligen, niedergelassenen Versorgung braucht. Primärversorgung, die sicherstellt, dass die Menschen die Anlaufstellen haben, die sie brauchen, damit sie eben nicht mit den von dir genannten Bagatellverletzungen ins Krankenhaus müssen oder in die Ambulanzen. All das hätte man in den vergangenen Jahren auch in den Bezirken, über die wir sehr häufig hier diskutiert haben, oder in einem dieser Bezirke, (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Wir haben 20 Gesundheitszentren!“*) hätte man sicherstellen können. (*LTAvg. Fartek: „Sandra, es ist ja viel passiert, vergleich das mit anderen!“*) Wir haben in vielen Bezirken gesehen, dass genau dort, wo man Strukturveränderungen geplant hat, genau diese Versorgungssicherheit – die gefühlte, aber auch die faktische – teilweise viel zu lange nicht funktioniert hat. Und dann kann ich nicht der Bevölkerung erklären, wie eine Strukturveränderung letztlich in Zukunft funktionieren kann und wirklich eine Verbesserung darstellen soll. Das haben wir eh oft genug in diesem Haus besprochen. Und was jedenfalls klar ist für mich: Das Einzige, was dieses Vertrauen wieder stärken kann von den Menschen, ist, dass es wirklich sichtbar wird, dass sie in jeder Region genau diese abgestufte Versorgung

---

vorfinden und auch wirklich ganz klar, ehrlich und transparent informiert werden über die Vorgänge, die geplant sind. Wie du jetzt gesagt hast, ich habe mir das Gremium nicht gemerkt, wer diese Entscheidung in Voitsberg getroffen hat, vielleicht kannst du das schnell noch einmal wiederholen, irgendein Planungsgremium? Ausschuss? (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Der Planungsausschuss!“*) Ja, aber die Frage war ja, und die war schon sehr berechtigt, finde ich, von Max Lercher: Wer hat denn das politisch entschieden? Wer hat die politische Entscheidung zu verantworten? Diese Antwort bist du schuldig geblieben, meiner Ansicht nach. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Das ist der jetzige RSG und jetzt schreiben wir den neuen!“*) Was ich jetzt auch noch einmal betonen will, damit es auch klar ist, dass ich hier eine sehr differenzierte Position einnehme, weil ich komme ja auch aus dem Gesundheitsbereich und habe genug Erfahrung, was passiert, wenn eben die unterste Versorgungsebene, also die niedergelassene und die Primärversorgung, nicht ausreichend vorhanden ist. Dann gehen halt die Leute mit einer Knieverletzung entweder sofort ins Krankenhaus, auch wenn es eigentlich vielleicht mit einer physiotherapeutischen Abklärung sogar schon klar wäre, was da jetzt ist, dann werden unnötige bildgebende Verfahren angeordnet, die unfassbar viel Geld kosten und die Leute in riesige Schleifen schicken, wo sie dann ewig auf irgendwas warten, was sie vielleicht gar nicht bräuchten. Also, was ich klar sagen will damit: Krankenhäuser, Ambulanzen, Krankenhausstandorte per se machen niemanden gesund und stellen auch keine sichere Versorgung dar. Der Standort versorgt gar niemanden, sondern wer versorgt, ist das richtige Personal an der richtigen Stelle in einer guten Ausbildung und auch fit – fit in dem Sinne, dass sie nicht überlastet sind. (*Beifall bei den Grünen*) Das stellt die Versorgung sicher. Und auch längere Öffnungszeiten per se stellen nichts sicher, wenn ich dort dann nicht ausreichend Personal habe, das nicht komplett überlastet ist. Also das ist auch ein Teil der Wahrheit und das möchte ich schon in alle Richtungen nochmal betonen, auch jetzt in dem Fall in Richtung der SPÖ, aber auch in Richtung aller, die hier von ernsthafter, guter Versorgung sprechen. Ihr habt ja eh die Reaktionen teilweise von dem gut ausgebildeten Personal an den einzelnen Standorten gehört. Ich werde auch noch kurz darauf eingehen. Also wir brauchen diese abgestufte Versorgung. Die beginnt im Übrigen aus Grüner Sicht immer bei der Prävention, auf die nach wie vor meines Erachtens viel zu wenig Wert gelegt wird, die mit viel zu wenig Geld hinterlegt ist und die, ja, da bin ich schon bei dir, die sich sicher erst dann ernsthaft auch finanziell abbilden lassen wird, wenn wir das Gesundheitssystem auf völlig neue Beine stellen. Aber auch da kann ich es dir nicht ersparen, lieber Charlie, lieber Herr Landesrat, darauf hinzuweisen, dass

---

meines Erachtens – und ich weiß nicht, wie andere im Raum das von anderen Parteien wahrnehmen, aber alle wirklich grundlegenden Reformen, die den Föderalismus betreffen, scheitern schon bisher ganz eindeutig in erster Linie an Bündeln und Pfründen der ÖVP und ihrer Landeshauptleute. Und wenn da kein Umdenken einsetzt, dann wird sich das nicht ändern. (*LTabg. Mag. Schnitzer: „Das ist schon eine sehr verkürzte Sicht. Soviel zur Sachlichkeit!“*) Dann wird sich das nicht ändern – dann wird sich das nicht ändern –, weil auch hier, das wurde ja angesprochen von Max Lercher, auch die verbochenen ... die gebrochenen Versprechen (*LTabg. Mag. Schnitzer: „Das war ein Freud'scher Versprecher von dir!“*) der letzten schwarz-blauen Bundesregierung, die haben auch ganz viel Vertrauen in der Bevölkerung vernichtet. Und so kann es eben nicht weitergehen. Wenn man es gemeinsam angehen will, muss man ehrlich hinschauen.

Ich komme jetzt, nachdem meine Zeit schon ganz knapp ist – werde mich vielleicht dann nachher noch einmal melden – zu dem, was der Primar und Leiter des Koordinationsgremiums Versorgungssicherheit, Erich Schaflinger, aus Leoben ins Leben gerufen hat. Nämlich eine Resolution, Gesunde Steiermark, Gesundes Österreich. Das ist mir deswegen so wichtig, weil er in dieser Resolution genau das fordert, was ich schon seit 2015 immer wieder gefordert habe: Eine bedarfsorientierte, abgestufte Spitalstruktur mit klarer Schwerpunktsetzung bedeutet eben klarzustellen: Wo findet wer welche Leistung und wo braucht es die Spitzenmedizin und wo braucht es etwas anderes? Und die Stärkung und den Ausbau des niedergelassenen Bereichs zur Entlastung der Spitäler. Und wenn ich darf, würde ich noch einen Entschließungsantrag schnell einbringen, dann habe ich das erledigt. Und genau das ist auch der Grund, warum wir unseren Entschließungsantrag sehr stark an diese Forderungen angelehnt haben.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Steiermark bekennt sich dazu, eine nachhaltige und zukunftssichere Gesundheitsversorgung in der Steiermark durch bedarfsorientierte, abgestufte Spitalstrukturen mit klaren Schwerpunktsetzungen sowie durch Stärkung und Ausbau des niedergelassenen Bereichs inklusive Primärversorgung umzusetzen.

Ich bitte um Annahme.

Und abschließend noch die Anträge der SPÖ-Entschließer, da würden wir eine getrennte Abstimmung verlangen. Danke sehr. (*Beifall bei den Grünen – 12.57 Uhr*)

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler. Ich darf Sie darum bitten.

**KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (12.58 Uhr):** Danke, Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier im Saal und via Livestream!

Also, das Thema Gesundheitspolitik war sicher unbestritten das heißeste Thema im letzten Wahlkampf. Das zeigen vor allem ja auch die Ergebnisse. Vor allem im Bezirk Liezen, wo es sehr viel darum gegangen ist, wie man dort mit der Gesundheitsversorgung weitertut. Die bestehenden Spitäler Rottenmann, Schladming und Bad Aussee sollten ja nach den ursprünglichen Plänen der Landesregierung von ÖVP und SPÖ geschlossen werden. Stattdessen hätte dort ein Leitspital in Stainach kommen sollen. Konkret hat die FPÖ versprochen, dass, wenn Sie den Landeshauptmann stellen, es auf keinen Fall zu diesen Schließungen der Spitäler oben kommt, sondern, dass es einen Plan B geben wird, mit dem Rottenmann zum Leitspital ausgebaut werden soll und die Standorte Schladming und Bad Aussee mit Spezialisierung erhalten bleiben sollen. Konkret hat die FPÖ versprochen, alle steirischen Krankenhausstandorte aufrechtzuerhalten und sie sollen auch aufgewertet werden. So, jetzt haben sich natürlich sicher sehr viele Menschen, vor allem auch im Bezirk Liezen und generell Menschen, die in der Steiermark leben, sicher vorgestellt, dass mit einer neuen Landesregierung auch eine neue Gesundheitspolitik zutage treten wird. Davon merkt man aber bis dato nicht wirklich was. Das muss man ganz ehrlich zugeben. (LTAbg. Hirschmann: „Nach einem Monat“!) (KO LTAbg. Triller: „Es ist ein Monat.“) Ich werde es auch begründen, wie du weißt, Marco, ich sage nicht einfach nur irgendwas, ich habe auch einen Grund dafür. Es ist so, und das sind Fakten, dass im LKH Voitsberg eben die Ambulanzzeiten eingeschränkt wurden, dass es auf der Akutambulanz in Bruck an der Mur eine Schließung gab am 13. Jänner und das heißt, das Ausdünnen und Zusperrren geht munter weiter, als hätte es inzwischen keine Landtagswahl gegeben. Ich frage mich, was ist jetzt mit den Versprechen der FPÖ und vor allem, wo ist der Herr Landeshauptmann, für den ja auch die Gesundheitspolitik ein ganz ein großes Thema war und er immer wieder betont hat auch, wie wichtig das auch ist und dass es Chefsache ist. Jetzt kann man natürlich sagen: Da ist alles weitergelaufen, wahrscheinlich eh. Aber es ist eben nicht so, dass mit Einzug der Freiheitlichen in die Landesregierung sich hier etwas dramatisch geändert hat. Und auch im Regierungsprogramm spiegeln sich die Versprechen, die die FPÖ gemacht hat, nicht wirklich

---

wider. Denn tatsächlich wird darin für die bestehenden Spitäler geschrieben: Eine entsprechende allgemeinmedizinische Akutgrundversorgung soll an allen Standorten fixiert werden. Und jetzt ist die Frage: Was ist eigentlich genau eine allgemeinmedizinische Akutgrundversorgung? (*LTAvg. Triller, BA, MSc: „Ist gegeben!“*) Ich habe den Begriff gegoogelt, finde ihn nur im Regierungsprogramm. Denn, was da genau damit gemeint ist, wurde mir auch nicht eröffnet durch ein Interview, das der zuständige Gesundheitslandesrat gegeben hat. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Was ist daran nicht zu verstehen?“*) Ja, ich darf - ich kann es gleich erklären, was ich nicht daran verstehe. Bitte zuhören. Der Landesrat Kornhäusl - du hast in einem Interview mit der Kleinen Zeitung am 16. Jänner gesagt und ich zitiere, die Frage hat gelautet: Im Regierungsprogramm ist in Bezug auf Schladming und Bad Aussee von Gesundheitsstandorten die Rede. Was ist denn ein Gesundheitsstandort? Und darauf antwortet der zuständige Gesundheitslandesrat: „Ich habe immer schon gesagt, dass die Zukunft der Versorgung in der Vielfalt liegen muss. Und ein Gesundheitsstandort kann ein großes Gesundheitszentrum sein, ein Facharztzentrum, wo man auch kleine chirurgische Eingriffe vornehmen kann. Das ist ein breites Spektrum. Gesundheitsversorgung heißt nicht immer High-End-Spital.“ (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Richtig, ja.“*) Genau. Dann kommt die Nachfrage des Journalisten: „Ich frage deswegen so genau, weil die FPÖ im Wahlkampf betont hat, die Spitäler in Schladming und Bad Aussee erhalten zu wollen.“ Daraufhin antwortet der zuständige Gesundheitslandesrat: „Im Regierungsübereinkommen steht Gesundheitsstandort.“ Jetzt gehe ich einmal davon aus, Ihr werdet euch das schon ausgedrückt haben und schon wissen, was ihr mit diesen Begriffen meint. Fakt ist aber auch, dass die Bevölkerung das nicht nachvollziehen kann. Und den Begriff „allgemeinmedizinische Akutgrundversorgung“ müsste man vielleicht auch noch einmal definieren, um den Steirern und Steirerinnen zu sagen, was damit gemeint ist. Lieber Herr Landesrat, du hast sehr viel von Klarheit gesprochen in deinen ausschweifenden, einleitenden Worten, sage ich jetzt einmal. (*KO LTAvg. Mag. Schnitzer: „Das ist auch richtig. Ja, so steht es drinnen.“*) Und deswegen ist sich das ja dann mit der Hausfragebeantwortung nicht mehr ganz ausgegangen. Aber sei es drum. Du hast sehr viel von Klarheit gesprochen und ich muss ganz ehrlich sagen, die vermisse ich aber gerade jetzt, denn jede Einschränkung von Öffnungszeiten und jede Schließung einer Abteilung oder eine geplante Schließung eines kompletten Krankenhauses endet in deinem... (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Es ist eine mehr, du hast mir nicht zugehört.“*) Endet im ... Wenn du mir zuhören würdest, würden wir vielleicht auf gleich kommen irgendwann einmal. Ich vollende den Satz. Alles, was du jetzt aufgezählt hast, endet bei dir

dann immer am Ende damit, dass alles besser wird. Das hast du in der letzten Legislaturperiode so gemacht, das machst du auch jetzt wieder. Aber das ist nicht der Fall. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Das ist auch so.“*) Denn ich denke nicht, dass es sich ausschließlich bei deinen Ausführungen um Kinderkrankheiten handelt, sondern wer etwas einschränken will, wer etwas anderes haben will, wer was zusperren will, der muss ja dementsprechende Alternativen anbieten. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Haben wir ja!“*) Und am besten vor der Schließung und der Einschränkung der Öffnungszeiten. Denn das ist, was jetzt hier passiert, weder logisch noch nachvollziehbar und schon gar nicht verantwortungsvoll, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*KO LTAvg. Mag. Schnitzer: „100 Millionen Investition.“*) Und auch wenn Begriffe – auch wenn Begriffe, wie Flaggschiff Hochsteiermark fallen oder High-End-Spital, dann heißt das noch überhaupt nichts für die Versorgung der Menschen in der Steiermark. Das sind schöne Begriffe, mit denen gearbeitet wird. Aber was heißt das unterm Strich? Ist das inzwischen für irgendjemanden besser geworden? Und wenn es keine Alternativen gibt, ich weiß nicht, wie oft ich das hier schon gesagt habe, ich werde nicht müde werden, es auch weiter zu tun, solange es die Alternativen nicht gibt, kann man nicht zusperren. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Jetzt haben wir zwei Ambulanzen!“*) Das ist einfach so. Und ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, aus deiner Wortmeldung, Herr Landesrat. Du hast sehr oft davon gesprochen, jetzt braucht es einen Masterplan. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Ja“*) Eh. Aber vielleicht sollten wir uns diesen Masterplan, wenn er dann auch kommen möge, einmal genau anschauen, bevor wir sagen, das ist schon wieder das Beste, was wir uns vorstellen können. Sondern wir müssen mitarbeiten, ich arbeite sehr gerne mit, (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Wir müssen mitarbeiten!“*) werde wahrscheinlich nicht gebeten werden drum um die Mitarbeit. Aber kurzum, wenn dieser Masterplan am Tisch liegt, dann möchte ich daran erinnern, auch beim Regionalen Strukturplan Gesundheit für die Steiermark, der ja auch eine Sache ist, die uns über den Bund zugetragen wurde, standen am Papier Dinge, die vielleicht am Papier super ausgeschaut haben. Aber ein Beispiel: Geburtenstation in Voitsberg wurde geschlossen. Im Regionalen Strukturplan stand drinnen, die Frauen, die Gebärenden, gehen dann alle nach Deutschlandsberg. Nichts ist passiert. Deutschlandsberg hatte Schwierigkeiten, „Kundinnen“ - unter Anführungszeichen - zu kriegen. Warum? Weil ganz viele Voitsbergerinnen nach Graz gefahren sind. (*KO LTAvg. Mag. Schnitzer: „So unsachlich!“*) Was ist der Output dieser Geschichte gewesen? In Graz musste man die Geburtenstation ausweiten. Da gab es plötzlich zu wenig Plätze. Also, Masterplan hin oder her, aber wenn man schon so etwas schreibt, muss

man auch schauen, wie sind die Auswirkungen. Und letztendlich müsste man dann halt hier davon auch ausgehen, wenn man merkt, uh, das funktioniert jetzt vielleicht nicht so, wie wir es uns vorgestellt haben, auch etwas ändern. So, was steht im Krankenanstaltengesetz eigentlich über die Versorgung? In § 2a wird ganz klar definiert, ein Standardkrankenhaus muss zumindest zwei Abteilungen haben. Und zwar eine davon für innere Medizin und jeweils eine Ambulanz für, in Klammer, Unfall, chirurgische Akutfälle. Und jetzt kann man davon ausgehen, dass sich die Steirer und Steirerinnen, dass sich die Bevölkerung unter einer flächendeckenden, guten Gesundheitsversorgung Standardkrankenhäuser erwarten wird, nämlich, dass sie geografisch gerecht in den Regionen dorthin fahren können, wo sie es nicht weit haben und wo sie durch ihren Wohnort nicht benachteiligt werden. Diese Diskussion haben wir auch schon hundertmal geführt. Und, Herr Landesrat, du weißt, *(KO LTAbg. Mag. Schnitzer: „Du verstehst es nicht. Du willst es einfach nicht verstehen!“)* ich schätze dich sehr, aber ich komme nochmal auf das Interview zurück. Wenn du jetzt sagst, ein Gesundheitszentrum ist auch ein Gesundheitsstandort, dann glaube ich reden wir von verschiedenen Paar Schuhen. Die SPÖ, die in der letzten Periode die Gesundheitspolitik der ÖVP eins zu eins mitgetragen hat, sieht jetzt *(KO LTAbg. Mag. Schnitzer: „Die Steiermark hat am meisten Gesundheitszentren!“)* in der Oppositionsrolle sehr wohl den Tatsachen ins Auge und fordert, dass die Akutambulanz, das wissen wir von den Entschließungsanträgen, in vollem Umfang erhalten bleiben soll. Wir gehen da mit dieser Forderung 100 % d'accord. Schade ist nur, dass die SPÖ immer dann mit den guten Ideen herkommt, wenn sie selbst politisch nicht mehr dafür verantwortlich ist. Für uns als KPÖ gilt, dass wir auch nach der Wahl zu dem stehen, was wir vor der Wahl gesagt haben. Wir freuen uns über eine konstruktive Zusammenarbeit und ich muss noch einen Entschließungsantrag einbringen, den ich nachher noch einmal einbringen muss, weil sich das zeitlich jetzt nicht mehr ausgeht. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 13.08 Uhr)*

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mag. Stefan Hofer. Ich erteile ihm das Wort.

**LTAbg. Mag. (FH) Hofer – SPÖ (13.08 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmannstellvertreterin, werter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte vielleicht so beginnen, weil ich glaube, das sollte uns alle hier im Haus einen, dass ich feststellen möchte, dass eine gute, der Landesrat hat gesagt, bestmögliche Gesundheitsversorgung für alle Steirerinnen und Steirer in gleicher Art und Weise wir sicherstellen sollten und das eine wesentliche Aufgabe für die steirische Landespolitik ist. Und in diesem Zusammenhang, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, darf ich mich gleich zu Beginn meiner Ausführungen bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gesundheits- und Pflegeberufen bedanken, die Tag für Tag unter schwierigsten Bedingungen Großartiges leisten. (*Beifall bei der SPÖ*) Ich finde es wichtig und auch richtig, dass sich heute auch der Hohe Landtag mit der aktuellen Situation in den steirischen Krankenhäusern beschäftigt. Insbesondere der LKH-Verbund Hochsteiermark in meiner Heimatregion, das haben wir heute ja schon in diversen Ausführungen gehört, ist derzeit ja besonders intensiv von Strukturänderungen betroffen. Hier geht es zum einen um die Frage, wie ein Krankenhaus strukturell sinnvoll, soll heißen, mit welchem Fächermix, ausgestattet werden soll. Das ist eine äußerst sensible, sehr verantwortungsvolle Aufgabe für das Krankenhausmanagement. Denn Krankenhäuser sind immer auch kommunizierende Gefäße, wo jedes Rädchen in ein anderes greift. Noch wichtiger ist aber eine frühzeitige und auch eine ernsthafte Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Prozess, denn ohne eine ausreichende Anzahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und so habe ich auch die Klubobfrau Sandra Krautwaschl verstanden, ist jede Krankenhausstruktur zum Scheitern verurteilt. Innerhalb des KAGes-Systems sucht man aber leider Kommunikation auf Augenhöhe oftmals vergebens. Viel öfter heißt es dort: Wenn dir etwas nicht passt, kannst du eh gehen. Das ist eine Feststellung, lieber Herr Landesrat, die nicht von mir stammt. Dies wird uns in zahlreichen Schreiben und auch in Gesprächen (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Da reden wir unter vier Augen!“*) von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern berichtet. Die Folge sind Massenkündigungen von Anästhesistinnen und Anästhesisten. Das ist aus meiner Sicht ja ein Kern des Problems. Die Folgen sind Kündigungen von Fachärzten und auch von Führungskräften. Insbesondere im LKH Hochsteiermark war das der Fall. Immer wieder wurde versprochen, Anregungen ernst zu nehmen und die Dinge zu verbessern. Und eine Ausführung, geschätzter Herr Landesrat, was die Abteilungen betrifft, die kann ich ja nachvollziehen. Aber heute geht es nicht um die Abteilungen, sondern um die unfallchirurgische Akutambulanz. Und hier glaube ich schon, sagen zu können, dass die Verlegung dieser unfallchirurgischen Akutambulanz von Bruck an der Mur nach Leoben die medizinische Versorgung in unserem Bezirk Bruck an der Mur, d.h. von 100.000

Einwohnerinnen und Einwohnern, viele davon mit weiten Anfahrtstrecken weiter geschwächt hat. Und zudem fällt dieser Schritt in eine Zeit, in der uns, und das wissen wir alle auch, vielerorts Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner fehlen. In meiner unmittelbaren Heimat hatten wir früher fünf Kassenärzte. Heute sind es drei und auch hinter dieser Zahl steht ein großes Fragezeichen. Eine Kassenarztstelle in Thörl kann seit Jahren nicht besetzt werden. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Bruck bekommt ein Gesundheitszentrum!“*) Ich rede nicht von Bruck, ich rede von der Hochschwab-Süd-Region. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Kindberg auch!“*) Dass die durchgeführte Ambulanzverlegung auch eine massive Mehrbelastung für das ohnedies schon äußerst geforderte Rote Kreuz ist, weiß ich als Rotkreuz-Ortstellenleiter nur allzu gut. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin für gewöhnlich als besonnener, als konstruktiver Politiker bekannt. Aber diese Ambulanzverlegung ist für mich absolut eine rote Linie, die hier seitens des KAGes-Systems überschritten wurde. Aber es ist auch nicht meine Art, hier gegenseitige Schuldzuweisungen auszusprechen. Darum geht es heute nicht. Klar ist nämlich auch, dass die Entscheidung, die unfallchirurgische Akutambulanz zu verlegen, nicht hier in diesem Landtag getroffen wurde, sondern innerhalb des KAGes-Systems gefasst wurde. Um was es heute geht, und ich glaube, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das erwartet sich auch die Bevölkerung von uns, ist ein parteiübergreifender Schulterschluss für die Rückführung dieser Maßnahme. Dazu fordere ich Sie heute auf und daher bringe ich folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. Die unfallchirurgische Akutambulanz am LKH Bruck wieder im, bis 12.1.2025, geübten Umfang zu öffnen und damit die akutmedizinische Versorgung von 100.000 Menschen im Bezirk zu gewährleisten.
2. Von der KAGes strukturelle und personelle Maßnahmen einzufordern, die sicherstellen, dass der Standort Bruck an der Mur auch in Zukunft die Gesundheitsversorgung der Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirkes sicherstellen kann.
3. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LKH Hochsteiermark Respekt und Planungssicherheit entgegenzubringen.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag und danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ – 13.15 Uhr*)

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist neuerlich die Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler.

**KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (13.16 Uhr):** Danke, Herr Präsident!

Ich bringe unseren Entschließungsantrag ein, der lautet: „Keine Ausdünnung der Spitalsinfrastruktur mehr“ - und stelle folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag spricht sich dafür aus, dass alle derzeit bestehenden Spitalsstandorte in der Steiermark jedenfalls als Standard-Krankenhäuser im Sinne des § 2a KaKuG (zwei Abteilungen, davon eine für Innere Medizin sowie unfallchirurgische Notfallambulanz) bestehen bleiben.

Und ich bitte um Annahme. *(Beifall bei der KPÖ – 13.16 Uhr)*

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Robert Reif.

**LTAbg. Reif – NEOS (13.17 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Thema Gesundheit ist etwas, was wir, glaube ich, in jeder Sitzung in den letzten fünf Jahren da herinnen in irgendeiner Art und Weise diskutiert haben. Und so ist es auch heute. Das Spannende dabei ist natürlich immer wieder zu beobachten, wie sich manche Ansichten verschieben und wie sich nach Wahlen halt auch manche Aussagen verschieben und manche Parteien halt dann doch auf einmal draufkommen, dass es vielleicht doch nicht so richtig war, was sie oft gemacht haben und andere vielleicht draufkommen, wenn sie in Verantwortung sind, dass nur laut schreien auch nicht immer hilft, wenn man dann einmal liefern muss. Und genauso passiert es jetzt, glaube ich, gerade im Gesundheitsbereich bei den beiden Diskussionen, die wir heute haben, bei den beiden Standortdiskussionen. Eines, was uns, glaube ich, Herr Gesundheitslandesrat, und lieber Charlie und mich, und uns vereint, ist das und auch viele herinnen, dass wir gerade im Gesundheitsbereich einen Strukturwandel brauchen. Dass wir nach vorne blicken müssen und nicht zurück. Und vor allem, was auch den Spitalsbereich betrifft, dass ein Strukturwandel unumgänglich ist. Wir sind im 21. Jahrhundert, es hat sich sehr vieles geändert und es muss sich noch sehr vieles ändern. Was nicht passieren darf, ist allerdings, dass die Gesundheitsversorgung in Regionen aufgrund dieser Strukturänderungen und aufgrund vergessener Maßnahmen, die davor zu treffen sind,

ins Wanken gerät. Und da spreche ich jetzt ganz dezidiert den niedergelassenen Bereich an, weil ich glaube, oder ich bin überzeugt davon und das sagt auch jeder Experte, wenn ich eine Spitalsreform angehe, dann muss ich davor schauen, dass die Strukturen in dieser Region passen, dass die Menschen in dieser Region auch nach einer etwaigen Strukturreform bestmöglich versorgt sind. Dass wir Krankenhäuser, so wie sie oft früher waren und teilweise jetzt auch noch sind, in der vollen, umfangreichen Abteilungskompetenz auch weiterhin betreiben können und sollen, das finde ich auch nicht für richtig. Es braucht definitiv eben diese Zusammenschlüsse, es braucht definitiv Spezialisierungen an Standorten und dazu gehören noch einmal eben auch Verschiebungen von einem Haus ins andere. Was es aber definitiv auch braucht, ist eine ehrliche Diskussion über das Ganze. Und zu einer ehrlichen Diskussion, glaube ich, ist es das Grundsatzcredo von uns allen, dass Gesundheit kein politischer Spielball ist. Dass die Gesundheitsversorgung der Steirerinnen und Steirer auf Basis von Fachwissen und von Expertise, von Expertinnen und Experten dargelegt werden muss und aufgrund dessen auch eine Reform angegangen werden muss. Und ich finde es auch nicht in Ordnung, wenn dann heraußen gesprochen wird von irgendeiner Managementstruktur hat gesagt, das machen wir so und fertig. Ich glaube schon, dass wir, auch wenn es sehr viele in der KAGes noch Unstimmigkeiten gibt, und darauf komme ich jetzt noch, dass es trotzdem sehr viele Menschen in der KAGes, gerade auch im Management gibt, die sich sehr viele Gedanken machen und die auch die Expertise haben, wie man in Zukunft die Spitälerstruktur und die Gesundheitsstruktur in der Steiermark verbessern kann. Dass es in der KAGes Probleme gibt, das haben wir da herinnen schon sehr oft gesprochen. Es ist auch heute mehrfach angesprochen worden. Eines der Hauptthemen und Probleme in der KAGes ist nach wie vor die Kommunikation. Die Kommunikation seitens des Managements gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch gegenüber den Patientinnen und Patienten. Und vor allem auf Mitarbeiter-Ebene ist es die Wertschätzung. Und geschätzte Damen und Herren, wenn es dann Umfragen gibt unter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, warum verlassen sie das Unternehmen und der größte Anteil davon sagt, es ist die Wertschätzung und nicht das Geld, dann gibt es schon zu denken. Und da muss es jetzt endlich Reformen auch innerhalb der KAGes geben, dass man diese Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erhöht, dass es uns gelingt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Unternehmen zu halten, dass sie mehr Stunden arbeiten, dass sie aus der Teilzeit herausgehen, dass wir wieder Vollzeit arbeiten, dass wir auch dort Anreize schaffen. Das ist die Aufgabe der Politik, dass wir diese Rahmenbedingungen schaffen. Aber ich glaube nicht, dass es Aufgabe der

Politik ist, sich in gesundheitsmedizinische Fragen einzumischen, weil, für das gibt es Expertinnen und Experten, die Medizin studiert haben, die genau dort sitzen, wo sie jetzt sitzen. Und ich glaube, das ist auch etwas Wichtiges und auch eines der doch immer wieder grundsätzlichen Probleme, die gerade, wenn es in Debatten im Gesundheitsbereich geht, vermischt werden. Wo sind politische Verantwortungsträger, wo sind Expertinnen und Experten auf Seiten der KAGes oder auch im Gesundheitsbereich. Und ich glaube, wenn man diese beiden Grundsatzprobleme, einerseits das Thema mit dem Personal, mit der Wertschätzung, mit der Aufwertung des Jobs, mit den Rahmenbedingungen in den Grund kriegt, vor allem auch die Verringerung der Bürokratie, was ja auch im Wahlkampf immer wieder ein Thema war und was nach wie vor in den KAGes-Häusern ein riesengroßes Thema ist, aber auch im niedergelassenen Bereich ein riesengroßes Thema ist. Es ist erst jetzt vor kurzem ein Artikel in der Kleinen Zeitung gewesen über Scheifling, wo es jetzt endlich gelungen ist, dass man eben im niedergelassenen Bereich zwei Ärzte gefunden hat, die dieses Gesundheitszentrum betreiben und die sprechen beide davon, dass die größte Hürde die Bürokratie ist. Geschätzte Damen und Herren, da ist es schon unsere Aufgabe als Politik, dafür zu sorgen, dass wir diesen Bürokratieabbau endlich in den Griff bekommen. Und es ist auch ein Auftrag an Sie, liebe Regierungsfractionen der FPÖ und ÖVP, dass das jetzt endlich angegangen wird, dass Bürokratie abgebaut wird, dass sich Ärztinnen und Ärzte wieder auf Patientinnen und Patienten konzentrieren können und nicht irgendwo hinter einem großen Haufen von lauter Mappen verschwinden, weil sie vor lauter Schreiben nicht zusammenkommen. Und ich glaube eben, wenn man diese eine Seite und die zweite Seite, die Stärkung des niedergelassenen Bereichs endlich richtig angeht, dass der niedergelassene Bereich auch flächendeckend funktioniert, dann steht auch einer Strukturreform definitiv nichts im Wege. Weil ich glaube, es kann nur Verbesserung bringen. Es kann nur Verbesserung bringen, wenn man spezialisierte Krankenhäuser hat, wenn die Fallzahlen stimmen und wenn man dort auch das Personal hat, dass diese oft schwerwiegenden Operationen oder auch psychische Geschichten, was ja auch Spezialisierungen sind, dann auch abwickeln kann. Unsere Hand ist definitiv ausgestreckt, wenn es darum geht, echte Strukturreformen anzugehen. Geschätzter Herr Landesrat, ich hoffe auch, dass wir in Zukunft, so wie in der Vergangenheit, auch bilateral sehr gute Gespräche führen können. Es war ja bisher doch auch die Geschichte, dass du immer eingeladen hast, die Verantwortlichen auf einen Tisch zu holen und darüber zu sprechen, was steht an, wo können wir gemeinsam, wo geht es nicht. Ich hoffe aber auch, und ich betone etwas, was ich am Anfang schon gesagt

habe, dass die Gesundheit der Steirerinnen und Steirer nicht zu einem Spielball wird, nur weil jemand gekränkt ist und nicht mehr in der Regierung sitzt. Ich glaube, nur gemeinsam und mit einem breiten Schulterstoß kann es uns gelingen, dass wir in Zukunft wirklich ein Gesundheitssystem schaffen, das dem Namen „Starke Steiermark“ gerecht ist, wo jeder das Gefühl hat, dass er in seiner Region auch das Sicherheitsgefühl hat, dass er dort abgeholt ist und dass er die bestmögliche Versorgung so wohnortnahe als möglich hat. Herzlichen Dank.  
*(Beifall bei den NEOS – 13.25 Uhr)*

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Maximilian Lercher. Ich erteile es ihm.

**LTAbg. Lercher – SPÖ (13.25 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, Frau Landeshauptmannstellvertreterin!

Vielen Dank, dass du dieser Debatte jetzt auch beiwohnt. Ich habe vorher angemerkt und möchte das aber jetzt auch dementsprechend auch lobend erwähnen, dass die Landeshauptmannstellvertreterin die gesamte Debatte, so glaube ich, dieser wichtigen Debatte auch gefolgt ist. *(Beifall bei der SPÖ)* Eine Anmerkung: Wir haben heute zwei Fragen gestellt. Grundsätzlich geht die Dringliche heute darum, dass die Akutambulanz in Bruck unabgesprochen verlegt wurde und die Öffnungszeiten in Voitsberg eingeschränkt werden. Zu diesen zwei Fragen, neben allen Problemen im Gesundheitsbereich, aber zu diesen zwei Fragen wollten wir Antworten und Entscheidungen, die gibt es bis dato nicht. Dazu gibt es keine Klarheit, auch nach vielen Ausführungen. Geschätzter Herr Landesrat, du bist zweifelsohne sympathisch, brauchen wir nicht reden, aber du bist ein sympathisches Gesicht von schlechten Maßnahmen. Und die kann man nicht wegreden. Ich sage das ganz offen und ehrlich, wir haben ganz konkret in dem Bereich antworten wollen, die haben wir heute so nicht bekommen. Vielleicht kann man das auf eine andere Art und Weise noch klären. Glauben tue ich es erst, wenn die Entschließungsanträge, die wir eingebracht haben, angenommen werden. Und da sind wir nicht daran interessiert, da nur ein parteipolitisches Spielchen zu machen. Sondern wir sind interessiert, das parteiübergreifend heute hier abzustimmen. Es wurde in der Regierungserklärung erklärt: Der steirische Weg, der gemeinsame Weg, soll auch das bedeuten, dass die Opposition mit ihren guten Ideen gehört wird. Ich glaube, das ist keine schlechte Idee, die wir heute hier einbringen. Weil da geht es um die konkrete Versorgungssicherheit in der Obersteiermark und in der Weststeiermark.

Und deswegen, glaube ich, ist es unglaublich wichtig, dass wir heute die Sorgen und Nöte ernst nehmen und es hier heute beschließen. Noch etwas zum Masterplan im Bund. Ich habe das genau gehört und ich finde das inhaltlich komplett richtig. Als jemand, der die Bundesebene erlebt hat und viele Parteien auf der Bundesebene erlebt hat, glaube ich halt erst etwas, wenn ich es wirklich sehe. Weil, das ist dann meistens der Wunsch ans Christkind, den wir hier formulieren. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Da müssen wir lästig bleiben.“*) Ja, natürlich müssen wir lästig bleiben. Dann lasst uns doch einen gemeinsamen Entschließer an die Bundesregierung formulieren. Gleich in der nächsten Sitzung, alle gemeinsam, wo wir die Regierungsparteien auffordern, bzw. die verhandelnden Parteien, Regierung gibt es noch keine, dass sie das ernst nehmen und aufnehmen. Wäre doch ein Zugang, wäre ein Zugang vielleicht zu einem neuen steirischen Weg. Wir sind definitiv bereit. Aber ich bin nicht mehr bereit, dass wir hier jetzt ausschließlich Lippenbekenntnisse wahrnehmen, was wir uns alles vom Bund wünschen. In Wien muss man hart kämpfen, um gehört zu werden. Glaubt mir es, ich kann euch ein Lied davon singen. Insofern würde ich diese Einladung nicht ausladen, sondern ernst nehmen, ob wir da vielleicht gerade in diesem Bereich, der dir ja auch so wichtig ist, etwas gemeinsam zusammenbringen. Und damit wir heute auch abstimmen, möchte ich jetzt zur Reduktion der Akutambulanzen im LKH Voitsberg einen Entschließungsantrag einbringen.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Die Akutambulanz im LKH Voitsberg im bisherigen Umfang zu erhalten.
2. Von der KAGes strukturelle und personelle Maßnahmen einzufordern, die sicherstellen, dass der Standort Voitsberg auch in Zukunft die Gesundheitsversorgung der Einwohner und Einwohnerinnen des Bezirkes sicherstellen kann.
3. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LKH Voitsberg Respekt und Planungssicherheit entgegenzubringen.

Ich bitte Sie um parteiübergreifende Annahme im Sinne der Bevölkerung. Danke schön.  
(*Beifall bei der SPÖ – 13.30 Uhr*)

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Dr. Sandra Holasek. Ich erteile ihr das Wort.

**LTA**bg. Mag. Dr. Holasek – ÖVP (13.30 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmannstellvertreterin, geschätzter Herr Landesrat, geschätzte Kollegen und Kolleginnen auf den Abgeordnetenbänken, geschätztes Hohes Forum dieses Landtags!

Ja, die Debatte war vielfältig und das ist gut so bei diesem wichtigen Thema. Es geht um die Struktur unseres Gesundheitswesens. Klar ist, dass Anforderungen, aber auch Möglichkeiten in der medizinischen Versorgung einem ständigen Wandel unterliegen und damit auch die Herausforderungen sich ständig wandeln und neue Strukturen notwendig machen. Deshalb möchte ich auch zu Beginn gleich, so wie der Kollege Hofer das getan hat, einen Dank an die Mitarbeiter richten, die nämlich mit uns diese Veränderungen auch tragen. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem medizinischen, pflegerischen Bereich, aber auch die Kollegen und Kolleginnen aus dem Management. Herausforderungen müssen gemeinsam getragen werden. Danke für den Einsatz jedes Einzelnen, jeder Einzelnen. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Nun replizierend zu den einzelnen Diskussionspunkten, die von den Kollegen und Kolleginnen gekommen sind. Liebe Sandra Krautwaschl, Populismus ist sicher nicht das, was wir wollen. Das tragen wir ganz sicher mit und deshalb hat auch die Information seit dem Sommer, wie es der Herr Landesrat auch ausgeführt hat, seit dem Sommer klare Informationen sind weitergegeben worden. Natürlich ist es nicht einfach, diese komplexe Strukturveränderung auch gut und klar zu kommunizieren. Das ist eine Herausforderung, die aber aufgegriffen wurde. Wichtig ist, dass wir keine Verunsicherung stiften, indem wir Panikmache zulassen und eine schnelle Kommunikation, die nicht vollständig ist, hinausgeben. Klar ist auch, dass in Hinblick Voitsberg hier nach dem RSG die Entscheidungen getroffen wurden und wichtig ist auch hier zu betonen, dass ja auch das Personal fachlich gewappnet in diese neue Struktur gehen muss und damit eine gute Planung notwendig war und auch vorgenommen wurde. Liebe Claudia Klimt-Weithaler, Voitsberg, hier gibt es jetzt diese Veränderung von zwei Stunden in der Ambulanz, die nicht zu besetzen sind, dazu aber im Gegenzug einen starken Schwerpunkt in der Altersmedizin vor Ort. Ganz wichtig, gerade in der Veränderung der Struktur der Bevölkerung. *(KO LTA*bg. Klimt-Weithaler: *Das ist ja nicht die gleiche Zielgruppe.*“) Die gleiche Zielgruppe deshalb, weil wir auch gerade in der alternden Bevölkerung Akutfälle sehr stark vorherrschend haben und damit die gute Behandlung auch dieser Personengruppe ganz, ganz wichtig ist. Zum Bereich der Gynäkologie, du hast erwähnt, dass in Graz ausgebaut wurde, ja natürlich, weil ja auch die Einwohner steigen und damit auch mehr Geburten hier in der Landeshauptstadt zu verzeichnen sind. *(KO LTA*bg. Klimt-Weithaler: *Und weil die Voitsbergerinnen nach Graz gefahren sind, das kann man*

*nachweisen!“*) Und Deutschlandberg ist gut ausgelastet, wie Kollege Amon bestätigt hat. Und wir haben auch das Hebammenzentrum in Voitsberg, das nach wie vor weitergeführt wird und stark unterstützt und ausgebaut ist. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Kollege Reif hat betont, wie wichtig die Maßnahmen sind, die in den letzten Monaten getroffen wurden. Wertschätzung der Mitarbeiter, ja, Anreize sind notwendig. Wir müssen aber wirklich, und das möchte ich unterstreichen, die Expertisen der jeweiligen Fachbereiche auch anerkennen. Nur so können wir gemeinsam auch Strukturen ändern und halten. Und dann möchte ich noch replizieren zum Kollegen Lercher, der zum Schluss noch einmal den Entschließer hier angesprochen hat. Die Akutambulanz in Bruck wurde nicht geschlossen. Sie wurde verändert in den Öffnungszeiten und wir haben eigentlich eine Erweiterung des Angebots mit der Verlegung der 24/7-Ambulanz in Leoben ein erweitertes Angebot der Akutversorgung. Und Voitsberg, minus zwei Stunden, Gesundheitssicherheit ist gegeben, klarer Auftrag nach langjähriger Planung, auch des Abschätzens der Kapazitäten an den jeweiligen Standorten. Darum geht es, um tatsächlich nachhaltig auch Kompetenzen bündeln zu können, um Ressourcen gemeinsam nutzen zu können und damit diese Pointierung von konservativ und chirurgisch mit den Expertisen sicherzustellen und letztendlich damit die Sicherheit der Patienten und Patientinnen zu gewährleisten. Weil, was passiert, wenn während einer Schwerverletzten-Operation, es passiert, dass weitere Komplikationen auftreten im Gefäßbereich etc., dann ist es notwendig, dass vor Ort die Möglichkeit besteht, schnell agieren zu können. Und das war in den letzten Jahren nicht möglich und hat zu großen Problemen geführt. Diese Verbesserung ist jetzt mit dem pointierten Traumazentrum in Leoben gegeben. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Dazu gesagt vielleicht auch, dass im Bruck ja Fachambulanzen aktiv bleiben, weitere Fachambulanzen ja aktiv bleiben und das jetzt nicht heißt, dass ambulant hier ein völliger Stillstand vorliegt. Gerade in den letzten Jahren oder noch pointierter im letzten Jahr ist ganz viel passiert. Gemeinsame wichtige Schritte wurden gesetzt, um die Medizin näher an die Menschen zu bringen. Und da geht es eben gerade auch ums Rettungswesen, das heute auch mehrfach angesprochen wurde. Neben der virtuellen EBA auch um die Telenotärzte, die mit einer Ergänzung hier im Notfall Expertisen einholen können und auch in der Entscheidung der Wahl des Zielkrankenhauses mithelfen können. Die ärztliche Erstversorgung, wo mit einer speziellen App Ärzte über Notfälle in der Nähe informiert werden und schnell vor Ort sein können, auch das hilft mit, um gesamthaft Notfallsituationen besser bewältigen zu können. Oder eben auch der Online-Lotse, eine Plattform, wo es darum geht, die Bevölkerung zu informieren, Gesundheitskompetenz zu

verstärken und eine Orientierung zu geben, welches Angebot es überhaupt gibt und wo es es gibt, wenn gesundheitliche Probleme sich ergeben. Mit all dem was letztes Jahr hier passiert ist und alledem was in Bruck aufgerollt jetzt passiert und neu installiert wird, ergibt ein sattes Zehn-Punkte-Programm, das diesen Standort Bruck massiv stärkt und zu einem, so wie es der Herr Landesrat ja auch pointiert, uns vorgestellt hat, ein Zentrum entsteht, das seinesgleichen sucht und damit einen breiten Auftrag übernimmt im konservativen Bereich mit - auf alle Fälle den Schwerpunkten auch der Dermatologie, dem Schwerpunkt der Augenheilkunde, intensivmedizinische Versorgung wird aufgestockt und natürlich die Abteilung der inneren Medizin und Pneumologie wird hier ein starkes Zentrum ergeben. In Voitsberg, es ist auch mehrfach betont worden, geht es nicht nur um den Standort selber, es geht um den Verbund, in dem dieses Krankenhaus eingepflegt wurde und das ist auch ein Thema unserer Zeit, nämlich, dieses Zusammenarbeiten in Expertenbereichen von Häusern. Es sind nicht mehr die einzelnen Krankenhäuser, sondern die Verbände, die die Stärke der Versorgung ausmachen und damit auch eine konkrete Hilfe und Sicherheit für die Steirer und Steirerinnen ergeben lässt. Das ist es, was der Auftrag auch von uns hier im Landtag ist, nämlich, Entscheidungen zu treffen, die eine gesamthafte gute Versorgung im Medizinbereich möglich machen. Da gilt es jetzt dran zu bleiben und weitere Schritte gemeinsam zu gehen. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 13.39 Uhr)*

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Marco Triller. Ich erteile es ihm.

**KO LTAbg. Triller, BA, MSc – FPÖ (13.40 Uhr):** Vielen Dank, Herr Präsident! Frau Landeshauptmannstellvertreterin, geschätzter Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Zuseher!

Ja, die Gesundheitspolitik spielt auch in dieser Legislaturperiode wieder eine große Rolle. Wir können uns erinnern, es war eine bisschen andere Situation, auch für mich. Ich war der Gesundheitssprecher einer Oppositionspartei, jetzt bin ich weiterhin Gesundheitssprecher, aber einer Regierungspartei. Und liebe Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, ich ersuche schon um ein wenig Verständnis, dass man nach einem Monat, wo diese Landesregierung jetzt steht, nicht all diese Maßnahmen, die wir im Regierungsprogramm oder im Arbeitsübereinkommen verankert haben, gleich umsetzen können. Das ist absolut unrealistisch. Aber ich bin dir sehr dankbar dafür, dass du intensiv dieses Regierungsprogramm gelesen hast und studiert hast.

Ich würde das allen anderen Abgeordneten genauso empfehlen, sich vor allem diesen Gesundheitsteil anzuschauen, weil, da sind viele Dinge, die heute angesprochen wurden, von allen Parteien deckungsgleich. Im Grunde genommen wollen wir alle die bestmögliche Gesundheitsversorgung für unsere Steirerinnen und Steirer. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und genau das wird in diesem Arbeitsübereinkommen wiedergegeben, gerade im Themenfeld Gesundheit, wo vieles drinsteht. Wohnortnahe, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung. Ja, das ist das Ziel dieser Landesregierung, dass wir das in Zukunft auch umsetzen. Nur geht das nicht in einem Monat, Frau Klubobfrau. *(KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „Aber Stopp hätte man sagen können!“)* Wir sind diejenigen, die daran arbeiten, dass wir eben genau das schaffen für die steirische Bevölkerung. Und dasselbe ist genauso: Wir bekennen uns eben zu einer flächendeckenden Spitalstruktur samt versorgungswirksamer Leistungsangebote. Und da darf ich zitieren: „Dazu sind sinnvolle Kooperationen und Schwerpunktsetzungen an den bestehenden Krankenhausstandorten notwendig, wobei eine entsprechende allgemeinmedizinische Akutgrundversorgung an allen Standorten sicherzustellen ist.“ Ich weiß nicht, was man daran nicht versteht. Steht klipp und klar in diesem Arbeitsübereinkommen drinnen, dass es an jedem Standort eine Akutversorgung auch in Zukunft geben wird. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* *(LTAbg. Lercher: „Da steht das nicht drinnen.“)* Und natürlich befindet sich auch die SPÖ jetzt in einer anderen Rolle. Das ist halt einfach in einer Demokratie so. Und mich freut es natürlich, lieber Max Lercher, dass du als Bundespolitiker da jetzt auch in der Landespolitik wiederum tätig bist und auch deine Expertise mitnehmen kannst. Das ist gut und wichtig und Ihr seid ein wichtiger Faktor für diese Steiermark als Sozialdemokratie. Aber ich möchte schon auch daran erinnern, dass es einen regionalen Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025 gibt, den genau deine Sozialdemokratie mitbeschlossen hat. *(LTAbg. Lercher: „Um das geht es nicht.“)* mitbeschlossen hat. Du warst nicht dabei, das ist richtig, aber der Klubobmann Hannes Schwarz, Ihr habt es mitbeschlossen und unter anderem auch der Zusammenführung der chirurgische Fächer am LKH-Standort Hochsteiermark mitgestimmt. Da wart Ihr als Sozialdemokratie dabei. Und wenn du, lieber Max Lercher, die Kontrolle angesprochen hast, ja, wer ist denn der oberste Kontrolleur innerhalb der KAGes im Aufsichtsrat? Ein Sozialdemokrat. Dann solltest du vielleicht einmal mit deinen Parteifreunden reden, dass er das ordentlich kontrolliert, wenn du ein Problem damit hast, lieber Herr Kollege Lercher. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* *(LTAbg. Lercher: „Alles gut, alles gut.“)* Ja, und wie hat das denn begonnen, weil du das jetzt mit den Schließungen ansprichst? Begonnen hat das Ganze

eigentlich unter dem Kollegen hier, meines Wissens ein Sozialdemokrat. Also man muss schon ein bisschen die Kirche im Dorf lassen, lieber Herr Kollege und liebe Kollegen von der Sozialdemokratie. Ein bisschen einen Blick in die Vergangenheit und den Zustand jetzt noch anschauen. Aber es geht nicht darum, was in der Vergangenheit war, es geht darum, in die Zukunft zu blicken. Und das machen wir. Das machen wir aus denjenigen, die in der Gesetzgebung tätig sind, aus Vertretern der Freiheitlichen Partei, aus Vertretern der Steirischen Volkspartei. Aber vor allem machen es auch unsere Mitglieder der Landesregierung, die gerade einen Monat im Amt sind und ein großartiges Regierungsprogramm Arbeitsübereinkommen für diese Steiermark ausgearbeitet haben. Und ich selbst war bei den Verhandlungen im Gesundheitswesen dabei. Und das kann sich sehen lassen. Und lieber Max Lercher, da decken sich auch eure Themenbereiche. Und für das setzen wir uns ein. Und uns ist natürlich wichtig, dass alle Oppositionsparteien in Zukunft auch mitarbeiten, weil Gesundheit, und das ist heute angesprochen worden, ich glaube vom Kollegen Reif, hat mit Parteipolitik nichts zu tun. Es hat damit zu tun, dass man gemeinsam das Beste für die steirische Bevölkerung herausholt. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und in diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, geben Sie auch dieser Regierung nach einem Monat – nach einem Monat - die Chance, da wirklich Gas zu geben. Wir werden es angehen. Also in diesem Regierungsprogramm steht einiges drin, was in den nächsten fünf Jahren abzuarbeiten ist und ich ersuche trotzdem uns die Chance zu geben, eben das zu machen, dieses Programm abzuarbeiten und für uns alle gemeinsam das Beste in dieser Steiermark herauszuholen. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 13.46 Uhr)*

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Cornelia Izzo. Ich erteile es ihr.

**LTAbg. Izzo – ÖVP (13.46 Uhr):** Vielen Dank, Herr Präsident! Frau Landeshauptfrau, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Eigentlich ist eh alles gesagt worden, nicht von mir, aber ich muss heute noch etwas sagen. Es ist mein erster Tag wieder da und ich freue mich ganz besonders, für meinen Bezirk weiterhin tätig sein zu dürfen. Und weil es um meinen Bezirk geht, darf ich auch dazu berichten, das funktioniert bei uns in unserem Bezirk. Ich habe heute bereits mit Kolleginnen und Kollegen aus den diversen Krankenhäusern, aus dem LKH, aus dem Verbund Hochsteiermark

gesprochen. Und ich darf euch die freudige Botschaft überbringen, die Orthotrauma in Leoben funktioniert. Wider Erwarten hat ein Plan, der bereits letzten Jahr Anfang Sommer geschmiedet worden ist, gut funktioniert. Sie haben da sukzessive auch aus Fehlern gelernt und haben Schritt für Schritt eine Abteilung nach Leoben übersiedelt, die jetzt wirklich auch hervorragend angekommen ist. Es sind Menschen, die zuerst sich gefürchtet haben vor einer Veränderung, die nicht einen Ortswechsel haben wollten, sich dann aber entschlossen haben, als Team nach Leoben zu gehen, um nämlich die Versorgung noch besser zu machen. Und zwar noch besser, weil wir jetzt in Leoben die Akutversorgung 100 % gewährleisten können. Weil wir jetzt nämlich bei einem schwierigen Skiunfall auch die Gefäße sofort reparieren können. Und nicht dann ein Ärzteteam von Leoben nach Bruck bringen müssen, um eine gute Versorgung gewährleisten zu können. Wir haben jetzt ein gesamtes Team, das so gut ist, dass wir Akutfälle nicht mehr nach Graz oder Wiener Neustadt bringen müssen, sondern direkt in Leoben versorgen können. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Ja, natürlich gibt es räumlich auch ein bisschen Schwierigkeiten im Moment noch, denn sobald die Pulmo bei uns in Bruck ist, haben wir die Kapazitäten auch von der Raumaufteilung. Und wenn wir die Pulmologie in Bruck haben, haben wir das zweitgrößte Herz-Lungen-Zentrum in der Steiermark auf dem neuesten Stand. Und ich glaube, darauf können wir wirklich stolz sein. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Und weil es so schön ist, dass man die Mitarbeiter befragt, wie sie sich das vorstellen, haben wir das einige Male getan. Und unser Herr Landesrat war immer vor Ort. Und in solchen Gesprächen ist herausgekommen, was brauchen wir denn wirklich, was tun wir? Herausgekommen ist, aus einem Brainstorming heraus, dass die Mitarbeiter gesagt haben: Aber was ist, wenn wir diesen tagesklinischen Bereich in Bruck verstärken? Wenn wir die Teams tageweise nach Bruck schicken und zwar die eingespielten Teams? Das heißt, wir haben in Bruck jetzt eine Versorgung, die wir gar nie hatten oder schon Jahrzehnte nicht mehr, weil jetzt plötzlich können wir auch im tagesklinischen Bereich in die Gyn gehen oder uns eine Hauterkrankung anschauen lassen usw. Dazu kommt, dass wir nach wie vor unsere Augenabteilung in Bruck haben, die großartig ist. Wir werden in Kürze den Spatenstich für die Psychiatrie bekommen und, weil es ja auch wichtig ist, haben wir auf die Infrastruktur geschaut. Wir haben sogar den Spatenstich für das Parkhaus und wir arbeiten schon sehr daran, dass wir für unsere tagesklinischen Patienten genug Parkplätze haben, aber natürlich auch für unsere Ärztinnen und Ärzte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und siehe da, das ist auch die Wertschätzung unserer Mitarbeiterinnen, die sie jetzt auch bekommen. Zum Schluss möchte ich mich bedanken, dass wir wirklich ein Jahr lang die Mitarbeiterinnen, die

---

Ärzte usw. ins Boot geholt haben, dass sie wirklich eine Ansprechperson mit unserem Herrn Landesrat haben, der vom Fach ist, der weiß, worum es geht und der weiß, was wir brauchen. Ich bin überzeugt, wenn wir weiterhin so arbeiten, dann kommen wir ganz schnell dorthin, dass alle auch glücklich sind. Ich bitte nur alle darum, nicht alles schlecht zu reden. Warten wir ab, bis die Sachen wirklich aufgestellt sind. Wir sind auf einem großartigen Weg und dafür möchte ich mich herzlich bedanken. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 13.50 Uhr)*

**Zweiter Präsident Mag. Drexler:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme daher nun zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 171/2, betreffend **keine Ausdünnung der Spitalsinfrastruktur mehr**, ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe. Dieser Antrag hat lediglich mit den Stimmen der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die den Entschließungsantrag der Grünen, Einlagezahl 171/3, betreffend **Weg vom Populismus hin zu seriöser Gesundheitspolitik**, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe. Auch dieser Antrag hat in diesem Fall lediglich mit den Stimmen der Grünen keine erforderliche Mehrheit gefunden. Und der NEOS. Jawohl.

Meine Damen und Herren, bei den kommenden zwei Entschließungsanträgen wurde eine punktuelle Abstimmung verlangt.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ Einlagezahl 171/4 betreffend **Schließung der notfallchirurgischen Ambulanz im LKH Bruck an der Mur ist inakzeptabel, Gesundheitssicherheit wird zurückgefordert**, in seinem Punkt 1 ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Danke schön. Gegenprobe. Lediglich mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ zugestimmt, also keine erforderliche Mehrheit gefunden.

Bitte all jene Damen und Herren, die dem Punkt 2 dieses Entschließungsantrags ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke schön. Auch hier keine erforderliche Mehrheit mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ, Grünen und NEOS, keine erforderliche Mehrheit gefunden.

Bitte jene Damen und Herren, die dem Punkt 3 dieses Entschließungsantrags ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch hier wiederum keine erforderliche Mehrheit mit den Stimmen von SPÖ, NEOS, KPÖ und Grünen.

Ich komme damit zum Entschließungsantrag der SPÖ, Einl.Zahl 171/5 betreffend **Reduktion der Akutambulanzen im LKH Voitsberg ist inakzeptabel, Gesundheitssicherheit wird zurückgefordert.**

Darf jene Damen und Herren, die den Punkt 1 dieses Entschließungsantrages, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten.

Findet keine erforderliche Mehrheit mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ.

Darf jene Damen und Herren, die den Punkt 2 des nämlichen Entschließungsantrags ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten.

Danke schön. Wiederum keine erforderliche Mehrheit, obwohl Zustimmung von den Stimmen SPÖ, NEOS, KPÖ und Grünen.

Darf daher all jene Damen und Herren, die dem Punkt 3 dieses Entschließungsantrages zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand bitten.

Danke schön. Gegenprobe. Wiederum keine erforderliche Mehrheit. SPÖ, NEOS, KPÖ und Grüne hatten zugestimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet und gleichzeitig auch die Tagesordnung erledigt. Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Steiermärkischen Landtags findet die nächste reguläre Sitzung voraussichtlich am 11. Februar 2025 statt. Zu dieser Sitzung wird in gewohnter Manier verbindlich auf schriftlichen, d.h. elektronischen Wege eingeladen werden.

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist damit beendet 13.55 Uhr.